

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 je Zeile oberer Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigensprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Anzeigensprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 16. November 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Anzeigensprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Politik des Unsinn.

Vier Wochen lang haben die Vertreter der Mächte über dem Bunde gebrütet, das als „décision irrevocable“ endlich pomphaft der Öffentlichkeit kundgethan worden ist. Diese „unwiderrufliche Entscheidung“ stellt Grundzüge für die Friedensbedingungen auf, deren Undurchführbarkeit sofort jedem einleuchten mußte, der sich in Folge des Chinakriegs auch nur ein wenig mit den chinesischen Zuständen vertraut gemacht hatte. Doch unsere ganze bürgerliche Presse einschließlich der freisinnigen Blätter, den diplomatischen Fachlingstreich des Friedensvertrags als eine ganz „maßvolle“ und verständige Aktion bezeichnete, beleuchtet bligartig ihre völlige Unkenntlichkeit, die sie nicht nur nichts lernen, sondern auch das vergessene ließ, was sie noch kürzlich gewußt hatten.

Einzig die amerikanische Regierung behandelt die Friedensbedingungen der Mächte, wie sie behandelt zu werden verdienen, mit überlegenem Sarkasmus. Ob Amerika wirklich die Absicht hegt, zu Gunsten des gesunden Menschenverstandes und der handelspolitischen Erschlüpfung Chinas ernsthaft zu intervenieren, ist noch nicht recht ersichtlich. Amerika kann auch einstweilen das Raskafener der Hunnenmächte ruhig zu Kohlen werden lassen. Wenn aber jetzt behauptet werden soll, daß auch die „Vereinigten Staaten“ der „décision irrevocable“ im großen und ganzen ihre Billigung erteilt hätten, so ist das eine kindische Fiktion. Das Reutersche Bureau meldet zwar, daß auf eine Frage an zuständiger Stelle in Washington die Antwort erteilt worden sei, daß die amerikanische Regierung nicht daran denke, dem Vorgehen der verbündeten Mächte Hindernisse in den Weg zu legen. Sie habe ja nicht einmal gegenüber den Mächten ihre Meinung über die Zweckmäßigkeit des China-Kreuzzugs zum Ausdruck gebracht — als ob die Zurückziehung ihrer Truppen nicht eine viel deutlichere Meinungsäußerung gewesen wäre! Das Reuters-Telegramm meldet dann weiter folgende Sarkasmen der interviewten „zuständigen Stelle“:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten befindet sich im Einklang mit den Mächten hinsichtlich der Forderung einer entsprechenden, ersten Bestrafung der Hauptbeldhäter, hinsichtlich der Entschädigung und schließlich auch hinsichtlich der Sicherheit für die Zukunft. Sie traut es sich jedoch auf die weite Entfernung nicht zu, zu entscheiden, wer am schuldigsten ist, welche Strafe in jedem besonderen Fall verhängt werden muß, und die Exekution welcher Urteile im Bereiche der Möglichkeit liegt. Diese Fragen, wie die Entschädigungsfrage sind den Unterhändlern zu überlassen. Man kann ohne weiteres annehmen, daß diese keine Genugthuung, weder persönlicher noch weltlicher Natur beanspruchen werden, die zu letzten China nicht die Macht hat.“

Amerika ist also der Meinung, daß von China jede Genugthuung verlangt werden müsse — die es leisten könne.

Aus den Erklärungen Amerikas über das China gegenüber zu Erreichende spricht unbegrenzter Skeptizismus, während die Vergewaltigungsakte der Mächte unbegrenzte Prohigkeit atmet.

Da ist zunächst die Forderung: „China muß den Mächten für Staat und Private entsprechende Entschädigung leisten.“ Da die Entschädigung an Private sich sogar, wie ausdrücklich bemerkt, auf geschädigte Chinesen bezieht, ist anzunehmen, daß man unter der entsprechenden Entschädigung an den „Staat“ doch zum mindesten die Erstattung der Kriegskosten der Mächte versteht. Diese Entschädigung würde sich aber auf Milliarden belaufen, zumal das Ende des Kulturkreuzzugs noch gar nicht abzusehen ist.

Wie soll denn aber China diese Summen aufbringen? Chinas Einkünfte belaufen sich auf insgesamt 250 Millionen Mark. Die Seegölle betragen ca. 80 Millionen Mark und sind obendrein für Anleihen verpfändet. Eine Erhöhung der Seegölle würde aber den Einfuhrhandel schädigen, dessen Willen der ganze Kulturerschließungskrieg geführt wird. Es bliebe also die Erhöhung der Grundsteuer, der Einkommensteuer und der Salzsteuer übrig. Eine Erhöhung dieser Steuern würde aber alles eher als ein Mittel sein, das ohnehin mächtig aufgewühlte Reich zu pacifizieren.

Hier hat freilich ein japanischer Mitarbeiter des „Hamb. Korresp.“ entdeckt, daß man die Einkünfte der chinesischen Regierung erhöhen könne, ohne die Steuerlast zu erhöhen. Man müsse einfach dem Beamtenunfug steuern, den Löwenanteil der eingezeichneten Steuern für sich zu behalten. Man müßte eine gründliche Reorganisation des Beamten- und Steuerapparats vornehmen, und zwar unter Kontrolle eines fremden Beamtenstabs, der nach Art der Seegollverwaltung die Finanzen überwache.

Das Projekt erscheint von wahrhaft schwindelnder Kühnheit, wenn man an die ganze Organisation des vierhundertmillionenreichen denkt. Es setzt eine Zentralisation der Verwaltung, eine Stärkung der Regierung voraus, die zu schaffen eine völlige Umwälzung der politischen Einrichtungen nötig wäre. Und nicht nur das: denn wie könnte ein Reich centralistisch regiert werden, dem es an allen Kommunikationsmitteln, an Eisen-

bahnen, Landstraßen, Posten, Telegraphen, kurz an nichts weniger als allem fehlt!

Auch über das Blutgericht, das die Mächte an den „Schuldigen“ vollzogen wissen wollen, denkt Amerika sehr skeptisch. Selbst die „Münchener Allgemeine Zeitung“ glaubt, daß China sich gerade gegen die Hinrichtung der „Haupt-schuldigen“ Tuan und Lungtsung auf äußerster Strauben werde. Gleichwohl rät das Blatt nicht dazu, die Forderungen zu mäßigen, sondern empfiehlt im Gegenteil freundschaftliches Zureden durch die gepanzerte Faust:

Es ist also, was die Mächte betrifft, mit der Auffassung der „décision irrevocable“ nicht allein gethan, es wird vielmehr noch sehr nachdrücklicher praktischer Maßnahmen bedürfen, um China zur Einwirkung zu nötigen; und weiter werden auch Vorkehrungen ins Auge zu fassen sein, um der chinesischen Regierung die Erfüllung der eingegangenen Bedingungen zu ermöglichen und zu erleichtern und sie dabei selbst zu schützen. Der Schwerpunkt der Situation wird also auch weiterhin noch immer auf andrem als auf politischem Gebiete liegen, wenn auch der Fortschritt, der mit der Aufstellung des gemeinsamen Friedensprogramms gemacht worden, nicht gering geachtet werden soll.

In der That, wenn die Mächte nicht in den schäumenden Hunnenkrieg ihrer Politik der Demütigung sehr viel Wasser gießen wollen, wird für sie in China noch sehr viel „praktische Arbeit“ zu thun sein.

Der Marschallstab und der Hunnenfabel scheinen aber auch noch nicht entfernt daran zu denken, zu Gunsten der Diplomatie abzutreten zu wollen. Noch scheint man sich der Demütigung nicht würdig zu fühlen. Wie ein Herold-Telegramm meldet, beabsichtigt Waldersee nämlich, außer dem am Sonntag nach Norden abgegangenen Expedition noch weitere Expeditionen abzuschicken. Kein Wunder, daß die Kaiserin im höchsten Grade darüber aufgebracht sein soll, daß noch immer des Schlachtens kein Ende abzusehen ist.

Sinnlos, wie man sich in das Kriegsabenteuer gestürzt hat, verfährt man auch bei den sog. Friedensverhandlungen. Hoff erweckt es den Anschein, als ob die unerfüllbaren Friedensbedingungen nur deshalb ausgehandelt worden seien, um den Hunnenkrieg in Permanenz zu erklären.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. November.

Reichstag.

Die heutige Sitzung des Reichstags stand unter dem Zeichen der Zettelwahl. Die Präsidentenwahl wurde vorgenommen. Die Wiederwahl des Grafen Vallestrom zum Präsidenten und des Herrn von Frege stand außer Frage. Aber die Wiederwahl des Abg. Schmidt-Ebersfeld zum zweiten Vizepräsidenten war mehr als unsicher geworden, da die Nationalliberalen, die an Stärke den Freisinnigen überlegen sind, Anspruch auf diesen Posten machten und den Abg. Büsing als Kandidaten präsentierten. Graf von Vallestrom wurde mit 208 Stimmen wiedergewählt. 204 Abgeordnete hatten gestimmt, aber 26 hatten weiße Zettel abgegeben. Sie stammten wohl in der Mehrzahl aus der freisinnigen Volkspartei, die damit gegen den Abfall des Centrums vom Vizepräsidenten Schmidt sich rebanchieren wollten. In warmen, würdigen Worten dankte der Präsident für das ihm bewiesene Vertrauen. Mit einer deutlichen Wendung nach unsren Genossen versprach er, sein Amt unparteiisch ohne Ansehen der Partei und der Person zu führen.

Während des Wahlaufs hatte Herr von Frege den Vorsitz geführt. Natürlich ging es bei ihm nicht ohne Malheur ab. Als die Schriftführer zweifelhaft waren, ob der Abg. Förster-Sachsen seinen Stimmzettel abgegeben habe, fragte er mit größter Unbefangenheit, ob und „wie“ der Abg. Förster (Sachsen) gestimmt habe. Diese merkwürdige Neugierde und der verfassungswidrige Versuch, das Wahlgheimnis zu durchbrechen, trug Herrn v. Frege natürlich eine schallende Heiterkeitsalbe ein. Herr v. Frege aber wollte zeigen, daß ihn das nicht genierte und daß er trotz seiner Unfähigkeit, die Geschäfte des Hauses zu führen, den Präsidentenposten liebgewonnen habe. Er war, nachdem Graf Vallestrom bereits gewählt war, kaum zu bewegen, den Präsidentenstuhl zu verlassen, und der Präsident mußte zu diesem Behufe sanfte Gewalt anwenden, was natürlich zu neuen Heiterkeitsausbrüchen im Saale führte.

Von den 290 Stimmen, die im zweiten Wahlgang für den ersten Vizepräsidenten abgegeben wurden, erhielt Herr v. Frege nur 190. 90 Zettel waren unbeschrieben, 10 zerstückelt. Die Wahl zeigte, daß es im Reichsparlament doch noch 190 vertrauensvolle Mitglieder giebt.

Zum zweiten Vizepräsidenten wurde Herr Büsing mit 181 Stimmen gewählt, während auf den bisherigen Vizepräsidenten Schmidt 55 und auf unsren Genossen Singer 50 Stimmen entfielen. Ein Abgeordneter, vielleicht war es Herr Ahlwardt oder Herr Liebermann von Sonnenberg, leistete sich bei dieser Gelegenheit den Vierakt, den Generalissimus der chinesischen Nordarmee Herrn Li-Hung-Tschang die Stimme zu geben. Die Verlesung dieses Namens erweckte eine nicht endenwollende Heiterkeit. Man weiß, wie beschelben der Reichstag in seinen Ansprüchen an gute Witze ist.

Nachdem noch die Schriftführerwahl vorgenommen war, deren Ergebnis aber erst in nächster Sitzung bekannt gegeben wird, war der Reichstag konstituiert. Der Präsident gedachte

der seit der letzten Session verstorbenen Mitglieder, an erster Stelle unsres Führers Liebknecht. Dann setzte er die Tagesordnung für die nächste Sitzung fest.

Die nächste Sitzung findet erst Montag statt. Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die socialdemokratische Interpellation über die 12000-Mark-Affaire des Grafen Posadowsky, an zweiter Stelle der Nachtragsetat für den Chinafeldzug. Zu einer Besprechung der Interpellation wird es indessen nicht kommen, denn die Regierung wird die Beantwortung erst für einen späteren Termin — man spricht von acht Tagen — zusagen. So wird denn bald nach Beginn der Sitzung eine Akazi-Debatte einsetzen und eine ausgiebige Kritik der Hunnenthaten ermöglicht werden.

Was ist dabei!

Die durch die Anschauungen des Herrn v. Jellig, ihres Hauptbearbeiters, allerdings stark abgehärtete „Post“ beweist heute, daß es ganz in der Ordnung sei, wenn die Regierung von Interessentengruppen Geld nehme, und sie beruft sich zur Erklärung dieser Meinung in recht zutreffender Weise auf den Vater aller Korruption, auf Bismarck.

Die „Post“ erinnert daran, daß Bismarck 1881, nachdem der Reichstag die Schaffung eines Volkswirtschaftsrats abgelehnt hatte, die geforderten 10000 Mk. auslich von Privatpersonen entnahm. Der erste Kanzler des Deutschen Reichs und Verfasser der Reichsverfassung — so verkündigt die „Post“ — hielt sich hiernach für durchaus berechtigt, private Mittel für staatliche Zwecke in Anspruch zu nehmen. Wozu hätte sich Bismarck der „Redactem“ der Emser Depesche nicht für berechtigt geglaubt!

Indessen liegt das Verfahren Bismarcks, so wenig es sonst mit der Verfassung in Uebereinstimmung zu bringen ist, doch wesentlich anders als der Fall Posadowsky. Das Reichsamt des Innern hat Agitationsgelder zu Gunsten einer Vorlage gefordert und erhalten, die einseitig den Interessen einer Kapitalistenclique diene. Die Bedeutung dieser Angelegenheit liegt nicht in erster Linie in dem amtlichen Bittel um private Gelder, sondern vielmehr darin, daß das Reichsamt der Socialreform damit geständig gemacht hat sich zu einem Kaufmann des Unternehmertums erniedrigt hat.

Sehr naiv sind dann die weiteren Ausführungen der „Post“; sie stellt sich nämlich auf den socialdemokratischen Standpunkt, daß die Kosten von Veranstaltungen, welche nur ein Interesse für bestimmte Kreise der Bevölkerung hätten, auch allein von diesen Interessententeilen getragen würden. Wir quittieren dankend über dies Eingeständnis, daß die Justizhausvorlage eine Liebesgabe für bestimmte kapitalistische Interessenten war. Mehr können wir gar nicht verlangen als solche offene Weichte.

Schließlich erklärt noch die „Post“, daß die Agitation, die Graf Caprivi 1893 für die Militärvorlage entfaltet habe, „nicht ohne Inanspruchnahme finanzieller Beihilfe seitens vermöglicher Patrioten“ geführt worden sei. So sehr wir aus dem Verhalten der „Post“ anerkennen, dem Grafen Posadowsky aus der Vergangenheit Mitschuldige zu gesellen, so sehr wir uns über diesen Eifer freuen, daß Volk über die Geheimnisse patriotischer Agitation aufzuklären, das Reichsamt des Innern wird dadurch nicht entlastet, zumal gegenüber seinem Fall die andern von der „Post“ erwähnten Angelegenheiten wie lautere Tugend wirken.

Wenn der neue Handelsvertragsverein klug ist, so verdoppelt er schleunigst seinen 200000 Mark-Fonds und stellt diese Summe dem Reichsamt des Innern zur Bekämpfung des Agrarictums zur Verfügung. Die „Post“ würde in solchem Handel, wie wir annehmen, nichts Anstößiges finden.

Deutsches Reich.

Wir hausen wie die Wilden.

Einem uns zur Verfügung gestellten Briefe eines deutschen Soldaten aus Peking entnehmen wir die folgenden Stellen:

„Erlöse Todesfälle sind schon vorgekommen an Tysus und ein Kamerad ist im Gefecht gefallen das war was für uns wie geben kein Verdou unser erstes Gefecht (Ling Schankrie) das ist so stark befestigt das wenn eine kultivierte Macht drin ist es unannehmbar ist aber wir haben es mit zwei Bataillone genommen und den gehaut wie die Wilden. Unser Leutnant sagte nach dem Ablochen rüden wir nochmals zurück um das Dorf zu zerstören Weiber und Kinder lassen leben das thaten wir auch wie wir wieder einrückten geplündert und mitgenommen was an Lebensmittel und Vieh da war sämtliche Männer erschossen und in die Häuser geschleppt und verbrannt da haben wir unsere Wut gelüht unsere Komp. war die erste im Forts drinn das Forts liegt 1 1/2 Tagereise hinter Peking.“

Hier in Peking ist alles ruhig und ihr braucht auch nicht zu ängstigen über die Lage hier die Chinesen müssen hier tüchtig arbeiten und wer nicht will bekommt mit den Kolben Erfrischung. Der Chinese ist dreißig speidig und faul aber Tu-Hu-nahmen sind immer bei. Die Mandarinen das sind Steuerbeamte den wird alles geplündert denn der halt massenhaft Geld. Silber und Seide das wird immer gleich verkauft. . . . (folgt eine Bemerkung über die Offiziere. Red.)

Je mehr Hunnenbriefe bekannt werden, desto grausiger wird der Eindruck. Die Briefe lauten sämtlich so erschreckend übereinstimmend, daß kein Zweifel mehr möglich ist: das wesentliche ist sicher nicht übertrieben.

Prekognitionen. Die „Reinw. Westf. Zeitung“ knüpft an die Reproduktion eines dem „Vorwärts“ entnommenen Humenbrieves die Bemerkung:

„Es läßt sich ja nicht kontrollieren, was an den Briefen Wahrheit und was Dichtung ist. Uebertrieben sind sie jedenfalls. Angenehm aber, sie waren nur eine aus menschlicher Schwäche verzeihliche Ausmalung und Aufspinnung wahrer Thatsachen, so braucht man durchaus nicht entsetzt zu sein. Denn dieser Krieg ist ohne besondere Strenge undenkbar und anderswärts darf man das kulturell tiefsichere, millionenförmige Chinesenvolk, das von seiner eigenen Regierung in tiefer Friedensruhe versunken, gelüpft, zerhackt, gehängt wird, nicht mit der milderen Kriegshand Europas anfaßen. Darum ist es nicht nötig, sich an der socialdemokratischen Ausbeutung der Humenbrieve zu ärgern und einzugreifen, wie es die Regierung zu beabsichtigen scheint.“

Die Hauptsache ist und bleibt die schärfste Interdiction des Aufzuges. Unter dem Gesichtspunkte des hohen Preises, der auf dem Spiele steht — Richtwiederkehr der unerhörten Greuel — sind die angewandten Mittel auch keineswegs übertrieben. Man kann dem „Vorwärts“ und denen, die sich gern grafelnd machen lassen, ruhig das Vergnügen dieses Sports überlassen, auf die Gefahr hin, von unsren bezopften Kulturwächtern selbst als „Sunne“ gebändert zu werden.

Der Ehrgeiz des Gemütsmenschen sei hiermit erfüllt. —

Kriegstropenkoller in gemäßigter Zone

nimmt, unseres Bedünkens noch ein wenig euphemistisch, der Kriegsbekämpfer der „Köln. Ztg.“ den Gemütszustand unsrer ostasiatischen Kriegshelden, der sie die in zahllosen Briefen geschilderten Sunnenthaten begehen ließ.

Wir lesen:
„Ich habe von Fällen abgekürzten Gerichtsverfahrens und Massenerschießungen gehört — von den befehlhabenden Offizieren selbst gehört — die bei ruhiger Ueberlegung wohl einen andern Ausgang gefunden hätten. Aber es scheint, als ob die unerhörte Verwüstung Lungschous, die Tientsin und alles andre weit, weit hinter sich läßt, nicht ohne bedenklichen Einfluß auf den Seelenzustand dieser bliebe, die in dieser grauenvollen Umgebung leben müssen. Wer auf Anruf — sei es nun russisch, deutsch, französisch, hindustanisch oder japanisch — nicht steht, wird angepöbeln. Was davon einen Jopf trägt, wird den Vögeln auf die Lüste gefetzt. Der tägliche Kullid verwehender, aufgedunsener Menschenleichen, die auf offener Straße von Ungeziefer zerfressen und von wildenden Hunden zergeret werden, kann natürlich auf die Dauer nur abtölpelnd und verrohend wirken, und die Gelegenheit, Möglichkeit oder (durch Befehl gegebene) Notwendigkeit, auf wehrlose Menschen anzulegen, wird nur Ausnahmemaßnahmen seitlich unbeschädigt lassen.“

Wo wer eines Skafimanns Weg kreuzt und auf den — ihm natürlich unverständlichen — Juraß hin nicht sofort steht, wird niedergeknallt. Ist er nur angeschossen, aber ein Jopftträger, so wird er als Vögler angesehen und vollständig kalt gemacht!

Auch die — bei ruhiger Ueberlegung ungeschickten gebliebenen — Massenmorde werden von dem als Richterstaratter eines nationalliberalen Blattes gewiß unbedächtigen Zeugen gemeldet.

Endlich wird auch der verteilte Einfluß des Humenmitleids und Humenhandwerks auf Durchschnittsmenschen zugestanden. Die elementarsten Gebote der Sittlichkeit sollten die Nation zwingen, ihre Soldaten sofort ihres gräßlichen Schergenbüßens zu entheben. —

Zu Senatorenkonvent kam gestern die Besetzung des Präsidiums zur Sprache. Abg. Singer beantragte namens der socialdemokratischen Fraktion entsprechend ihrer Stärke den Posten des zweiten Vizepräsidenten sowie einen Schriftführer.

Abg. Lieber erklärte, das Centrum würde dem Prinzip der Mehrheit gemäß handeln und den Vorschlag der socialdemokratischen Fraktion annehmen, wenn der präsenzierte Abgeordnete sich verpflichte, die dem konstitutionellen Gebrauch entsprechenden Repräsentationspflichten zu übernehmen.

Abg. Singer erwiderte, daß er keine andre Erklärung abgeben könne, als daß der von der Fraktion vorgeschlagene Vizepräsident — wenn gewählt — alle Aufgaben, welche die Geschäftsordnung ihm auferlegt, erfüllen werde. Hierzu gehöre die Pflege höflicher Beziehungen nicht.

Der Senatorenkonvent verständigte sich im weiteren darüber, daß der Vorsitz in den Abteilungen und in den ständigen Kommissionen wie in der vorigen Session besetzt werden soll. Der durch den Tod des Abg. Krufe erledigte Vorsitz in der Petitionskommission soll dem Centrum zugestanden werden. —

Unwürdige Angst. Die Manchesterleute des Roten Freisinnshauses hegen große Besorgnisse, daß ihre den Wohnungswucher schädigende Wirksamkeit durch höhere Gewalt eingeschränkt werden könne. Die „Freisinnige Zeitung“ bringt folgende Warnung:

„In der Umgebung der Kaiserin scheint eine Affäre gegen die Berliner Kommunalverwaltung geplant zu sein. Wie wir erfahren, hält der nationalsoziale Agitator und Vertreter der Berliner Bodenreformer, Damasko, am Donnerstag, den 15. d. M., bei der Oberhofmeisterin der Kaiserin, Gräfin von Brodorski, im Schlosse einen Vortrag über die Wohnungsnot in Berlin und die Bodenreform. Bekanntlich gefällt sich dieser Herr Damasko in überaus gehässigen Angriffen gegen die Berliner Kommunalverwaltung, er ist freilich bei der letzten Stadtvorordnetenwahl im Centrum Berlins trotz aller Anstrengungen glatt durchgefallen. Dem Hofstaat der Kaiserin gehört auch der Oberhofmeister Graf Mirbach an. Die Einladung des Agitators Damasko zu einem Vortrag im Schlosse über Berliner Kommunalverhältnisse kennzeichnet die Stimmung in der Umgebung der Kaiserin gegen die Berliner Stadtvertretung.“

Die „Freisinnige Zeitung“ regt sich umsonst auf und überschätzt zudem gewaltig die sociale Einfluss der Umgebung der Kaiserin. In dieser Umgebung interessiert man sich nur für Gottes-, nicht für Menschenhäuser. Wie man uns berichtet, handelt es sich um einen Vortrag bei einer adligen Dame, die sich für die Wohnungsfrage interessiert, die aber mit der Hofgesellschaft nicht das mindeste zu thun hat. Einstweilen leuchtet den Nationalsozialen die ersehnte Sonne des persönlichen Regiments noch nicht persönlich, und die Mannen Eugen Richters brauchen nicht zu zittern, daß ihrem Manchesterium von dieser Seite eine Gefahr drohe. Welches dürfen sie sich übrigens auch dann nicht, wenn die Umgebung der Kaiserin wirklich suchen würde, sich im Volk beliebt zu machen, indem sie die Fehler des Freisinnigen ausnützte. —

Chakt-Freisinn. Die Kruppischen „Berliner Neuesten Nachrichten“ freuen sich über eine Notiz der „Freisinnigen Zeitung“, die also beginnt:

„Für die Socialdemokratie charakteristisch ist ein Artikel des „Vorw.“, in welchem die sehr gemäßigten Forderungen, über welche sich die Vertreter in China geeinigt haben, als eine „Vergewaltigung Chinas“ bezeichnet werden.“

Gewiß, jene Notiz ist ebenso charakteristisch für uns, wie die Bemerkung charakteristisch für den Freisinn ist. Die „Freisinnige Zeitung“ hat in der ganzen China-Affäre eine sehr traurige Rolle gespielt. Sie hat sich zuerst gegen die Einberufung des Reichstags erklärt, sie hat der Reiche nach alle Bölow-Thaten bewundert und alle Sensationschwinderleien kritiklos nachgehakt. So findet sie natürlich auch jetzt die Forderungen der Mächte „sehr gemäßig“ — Amerikas kluge Chinapolitik ist allerdings dieser freisinnigen Ansicht nicht. —

Die „Vossische Zeitung“ und der Mädchenhandel. Als vor wenigen Jahren ein paar Hundert deutscher Mädchen nach Bindhool „exportiert“ wurden, um von dort aus nach den verschiedensten Orten Südwestafrikas als Dienstmädchen verschickt zu werden, mit der angenehmen Aussicht auf baldige Verheiratung an Unterbeamte und Unteroffiziere, da erhob sich auch noch in der liberalen Presse gegen diese Art Menschenvermittlung, die bei Lichte besehen und unter den gegebenen Verhältnissen große Mitleidlichkeit mit der Sklaverei hatte, eine wenn auch sehr laue Opposition. Auch die „Voss. Ztg.“ äußerte damals ihre Mißbilligung. Mittlerweile sind wieder mehrere Jahre ins Land gegangen, und die Reichen und Wunder der Weltmarktökonomie haben natürlich auch auf die „Voss. Ztg.“, das Organ der Berliner Stammtisch-Politiker, wie eine Offenbarung gewirkt. Höchstens daß die Lante mit einigen Kleinigkeiten nicht einverstanden ist. In diesem Blatte veröffentlicht jetzt der wegen seiner anstößigen Reizebeschreibungen zu „berühmte Weltreisende“ Ernst von Hesse-Wartegg eine Reizebeschreibung über „Deutschlands neueste Kolonie“, Samoa, in welcher er die Erwartung ausdrückt, daß bald einmal „statt eines Kriegsschiffs voll Matrosen ein Kriegsschiff voll gesunder, netter deutscher Mädchen an diesen idyllischen Küsten landen“ möge, ... damit Apia endlich einmal weiße Damen-Gesellschaft erhält, die es sich angelegen sein läßt, ebenso blond-löffeligen, pausbadigen, weißen Jungen das Leben zu schenken.“ Herr von Hesse-Wartegg erklärt sich „zu weiteren Ausflüssen bereit.“ Da in dem Aufsatz nicht verlangt wird, daß etwa das Reich diese Heiratsvermittlung ein gros übernehmen soll, und da im übrigen die „V.“ als unverfälschtes Manchesterblatt auch dem Staate eine solche Thätigkeit principieell nicht zumuten darf, so würde sie sich vielleicht große Verdienste um unsre „neueste Kolonie“ erwerben, wenn sie diesen Mädchenexport selbst in die Hand nehmen würde, um so mehr, als sie auf dem Gebiete der Heiratsvermittlung unzuweifelhaft eine Autorität ist. Wenn die „Voss. Ztg.“ alle liebedürftigen „Jungfrauen“, die in ihren Spalten einen „älteren reichen Herrn“ als Ehegatten suchen, nur einige Monate hindurch nach Samoa dirigieren könnte, so wäre sicherlich dem Frauenmangel dort gründlich abgeholfen. Besser wäre es freilich schon, wenn jene Leute, die derartige schreiben und aufnehmen, exportiert werden könnten. —

Als einzige Vertreter der Öffentlichkeit waren bei der Reichstags-Öffnung im Schloß zwei Damen eingeladen worden, die Reichstagslerin und Bülow's Schwiegermama, Donna Laura Ringhetti. —

Ein Urteil von 1780 über koloniale Brutalitäten.

Hr. Gottlieb Salzmann, der berühmte Pädagoge, der Verteidiger der Unterdrückten, der so nötig das Recht des Kindes auf freie Erziehung vertreten hat, leitet sein 1780 erschienenen Buch: „Arbeitsbüchlein oder Anweisung zu einer vernünftigen Erziehung der Kinder“ mit folgenden Worten ein:

„Ich erinnere mich, irgendwo gelesen zu haben, daß einmal eine Gesellschaft christlicher Europäer, die sich der Handlung wegen (d. h. als Kaufleute), in einer bengalischen Stadt niedergelassen hatten, an einem Freudentag, unter Trompeten- und Paukenschall, gekrönt, getrunken, gelacht und gesprungen habe, unterdessen daß die braune Bürgerschaft von Hunger und Durst gepeinigt wurde, Scharen halber Leiden in den Gassen umherwankten, zum Teil an der Schwelche des Freudentages niederfielen, röchelten und starben, ohne daß nur einer von der fröhlichen Gesellschaft von diesem jämmerlichen Anblick den geringsten Eindruck auf sein Herz empfunden hätte. Bei dieser Gelegenheit wurde die Frage aufgeworfen, woher es doch kommen müsse, daß der Europäer, sobald er auf Ostindiens heißen Boden läme, seine Natur so verändere und die jährliche Teilnahme an seiner Nebenmenschen Leiden, die er indgemein mit aus seinem Vaterlande bräute, mit barbarischer Fühllosigkeit veransehe? Der Grund hiervon ist so schwer nicht zu finden. Voben und Himmelsstrich sind hieran ursächlich. Das Vorurteil vielmehr, diese fürchterliche Platte des mehren Jammers, gebiert auch diese Fühllosigkeit. Wenn einmal durch ein bei der Nation herrschendes Vorurteil eine gewisse Klasse Menschen zur Unterjochung verdammt ist und die Vorrechte der Menschheit ihr entzogen sind: dann nimmt in kurzer Zeit das Herz eines jeden Bürgers eine solche Härte an, daß es dem Wütheln, den Thränen und Konvulsionen dieser Menschenart zusehen kann, ohne dabei viel mehr, als bei den Verzückungen eines gewirgten Stiers zu empfinden. In den Ländern, die wir nur in der Absicht besuchen, um uns mit ihren Schätzen zu bereichern, sind nun einmal durch ein die Menschheit entehrendes Vorurteil den Landesbewohnern die Rechte der Menschheit entzogen, und den Europäern das nummschränkte Recht, sie zu mißhandeln, zugestanden worden. Dieses Vorurteil ahmet der Europäer ein, sobald er seinen Fuß vom Schiffe auf das Land setzt, und fñhlt bald die Wirkung davon an seinem Herzen. —“

Ultramontanes Schweigegebot. Vom Augustinus-Prebverein ist an die ultramontane Presse die Weisung ergangen, über die Erlasse der Bischöfe über die Gewerkschaften und die sich daran anknüpfenden Auseinandersetzungen sich künftig auszuschließen. Man begreift, daß dem Centrum die Centrumsproletariat immer mehr aufwendende Erörterung der künftigen Gewerkschaftsfrage äußerst unangenehm ist. Leider kann man der nichtultramontanen Presse nicht gleichfalls das Schreiben und vor allen Dingen den katholischen Arbeitern das Denken nicht verbieten. —

Chinakämpfer gesucht! Bei den jetzt stattfindenden Herbst-Kontrollversammlungen wird den Reservisten bekannt gegeben, daß freiwillige als Ersatzmannschaften nach China gesucht werden. Reformationen bezw. Truppenerklärungen seien vorläufig nicht beabsichtigt. — Demnach scheint eine Beendigung des Kriegs noch in weite Ferne gerückt. Nach Verichten aus zahlreichen Orten, in denen sich nicht ein einziger Freiwilliger meldete, scheint der Kalkalkausch aber vollständig verslozen zu sein. —

Die Behandlung des Prinzen Arenberg sollte sich nach der Mitteilung des „Dann. Courier“ durch eine für einen Mörder ungewöhnliche Milde auszeichnen. Die Direktion des Hamoverschen Gefängnisses ersucht uns demgegenüber um Aufnahme folgender Verächtigung der auch von uns übernommenen Mitteilung:

Hannover, den 14. November 1900.

An die Redaktion des „Vorwärts“ in Berlin.
Die Ausgabe Ihres Blattes vom 9. d. M. bringt einen Artikel, welcher über die Internierung des Prinzen Prosper von Arenberg und seine Behandlung im hiesigen Gefängnis Mitteilungen enthält. Die Angaben dieses Artikels über Verhörsung, Verächtigung, Anrede und Beaufsichtigung des Gefangenen sind durchweg thatsächlich unrichtig. Bei der Behandlung des Prinzen von Arenberg finden irgend welche Abweichungen von den Vorschriften der Gefängnisordnung nicht statt, auch haben solche nicht etwa bisher stattgefunden.

Ich ersuche, auf Grund der Bestimmungen des Preßgesetzes unter Wiedergabe des Vorstehenden eine Verächtigung in Ihrem Blatt alsbald erfolgen zu lassen.

Der Direktor des Königl. Gefängnisses.
Zülförster.

Reichstags-Ersatzwahl. Bei der Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreis Westph. Boms! erhielten v. Gerddorf (L.) 6080, Bruhn (deutschsoziale Reformpartei) 3645, v. Chrzanowski (Pole) 7131, v. Arzgenfels (deutsch-kath.) 551, Ritz (Soz.) 40 Stimmen. Es zerplitterten sich 19 Stimmen. 7 keine Landbezirke steben noch aus. Es ist demnach Stichwahl zwischen dem Konservativen und dem Polen. —

Nationalsoziale Unzurechnungsfähigkeit. Die „Hilfe“ ist der Meinung, Wilhelm II. verfolge eine handelsvertragsfeindliche, antiagrarische Politik und sie rät demzufolge der Socialdemokratie eine neue wunderbare Taktik an:

„Will man eine neue Schicht an die Stelle der absterbenden setzen, will man den Umschwung vom alten Agrarstaat zum Industrialismus wirklich herbeiführen, so darf man gegen die notwendigen Begleiterscheinungen dieses Umschwungs nicht mit beiführender Erörterung opponieren. Will die Arbeiterschaft die Handelsverträge, so muß sie auch das persönliche Regiment wollen, durch das jene allein möglich sind.“

Die Nationalsozialen verwechseln hartnäckig die Politik eines Kammerdieners oder Hofpredigers mit der Politik einer ernsthaften Partei. Aber sie wagen nicht einmal Kammerdiener- und Hofprediger-Konsequenz zu zeigen. Wenn der Kaiser für eine industriefreundliche Politik ist und der Reichstag — wie es jetzt der Fall ist — eine stramm-agrarische Mehrheit hat, so müßten die Nationalsozialen noch ganz etwas andres wollen als das persönliche Regiment, das allein gar nichts ausrichten kann, sie müßten — um der Handelsverträge willen — die Aufhebung der Verfassung und die Verächtigung des Reichstags fordern.

Zur Zeit Ludwig XIV. hätten die Pastoren der „Hilfe“ mit dieser Philosophie viel Anhang gefunden. —

Aus Ostpreußen. (Fig. Ver.) Eine Germanisierung ohne Anwendung von irgend welchen Zwangsmittele in vollzieht sich bei den Litauern. Trotzdem in den Schulen und Kirchen die litauische Sprache gepflegt wird und die weitgehenden Wünsche der Litauer auf Erhaltung ihrer Nationalität von der Regierung erfüllt sind, nimmt das Litauerium zusehends ab. Die litauischen Gottesdienste sind an manchen Stellen sehr schwach besucht; an manchen Stellen hat man sie mehrfach ausfallen lassen müssen. Die jungen Leute halten fast ausschließlich zum Deutschtum. Bei Anwendung von Zwangsmassregeln wie gegenüber den Polen, würde dieses Resultat sicher nicht erzielt sein. —

Ein Reichs- Versicherungsgesetz

zu schaffen, wird zu den Aufgaben des soeben zusammengetretenen Reichstags gehören. Dem Reichstag ist soeben der Entwurf zu einem solchen Gesetz zugegangen, das allerdings angesichts der gegenwärtigen Lage des Versicherungsgeschäfts dringend nötig ist. Die in den einzelnen deutschen Staaten bestehenden Versicherungsgesellschaften bedürfen heute, außer der Konzeption in ihrem Heimatstaat, in jedem andern deutschen Bundesstaat einer speziellen Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb, sofern sie dort thätig sein wollen. Trotz der schon vor dreißig Jahren eingerichteten „deutschen Einheit“, betrachtet jeder Bundesstaat die Versicherungs-Gesellschaften der andern als „ausländische“, und doch bedarf kein Geschäftsbetrieb zu einem rationalen Betriebe so dringend eines möglichst großen Thätigkeitsgebietes, wie gerade das Versicherungswesen. Denn je größer das Gebiet ist, auf dem eine Versicherungsanstalt thätig ist, je mehr gleichen sich die Gefahren, gegen die versichert wird, aus und je sicherere statistische Grundlagen können geschaffen werden. Da ist es also durchaus zu billigen, vor allem im Interesse der Versicherten selbst, wenn die Versicherungsanstalten des Reichs unter ein einheitliches Gesetz gebracht werden sollen. Sehr zu bedauern ist es jedoch, daß der neue Gesetzentwurf nur die Regelung der öffentlich-rechtlichen Seite erstrebt, den Gesellschaften jedoch fast vollständig überläßt, in welcher Weise sie ihr Verhältnis und ihre Verpflichtungen zum Publikum gestalten wollen. Gerade auf diesem Gebiet hätte sehr nützlich gewirkt werden können. Es ist beispielsweise bekannt, und sehr viele Personen kommen hierdurch zu Schaden, daß die Versicherungs-Gesellschaften, besonders auch solche, die die Vollversicherung betreiben, wenn der Versicherte später nicht weiter zahlen kann, die gezahlten Beiträge für verfallen erklären und, wenn die Versicherung nicht schon eine bestimmte Anzahl von Jahren besteht, sogar noch Nachzahlungen fordern. In die Bestimmungen, wie die Gesellschaften in allen solchen Punkten mit dem Publikum verfahren wollen, wird das neue Gesetz, wie es von der Regierung vorge schlagen wird, nicht eingreifen. Es wird den Gesellschaften nur aufgegeben, welche Punkte sie in ihren Versicherungsbedingungen zu regeln haben, aber nicht, wie sie sie zu regeln haben.

Die Vorlage bleibt auf dem Boden des Konzeptionszwangs stehen und in der Begründung werden ausführlich die Gründe, die gegen ein vollständiges Selbstüberlassen der Versicherungs-Gesellschaften sprechen, dargelegt. In einzelnen werden geregelt die Bedingungen für Zulassung zum Geschäftsbetrieb, es werden Vorschriften erlassen über die zu fordernden Garantien für Sicherheit, die Rechnungslegung zc. Zu erwähnen ist, daß im Gegensatz zum jetzigen Zustande, die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb nicht willkürlich verweigert werden kann, sondern nur dann, wenn nach dem Geschäftspläne die Interessen der Versicherten nicht hinreichend gewahrt sind oder wenn die dauernde Erfüllbarkeit der aus den Versicherungen sich ergebenden Verpflichtungen nicht genügend dargehan oder eine Gefährdung des Gemeinwohls durch den Geschäftsbetrieb zu besorgen ist.“

In den allgemeinen Versicherungsbedingungen sollen diejenigen Bestimmungen enthalten sein, welche getroffen werden:

1. über die Ereignisse, bei deren Eintritt der Versicherer zu einer Leistung verpflichtet ist und über die Fälle, in denen aus besonderen Gründen diese Verpflichtung ausgeschlossen oder aufgehoben sein soll (wegen unrichtiger Angaben im Antrage, wegen Änderungen während der Vertragsdauer usw.);
2. über die Feststellung des Umfangs und der Art der dem Versicherer im Versicherungsfall obliegenden Leistung, sowie über den Zeitpunkt ihrer Fälligkeit;
3. über die Feststellung und Leistung des vom Versicherten an den Versicherer zu entrichtenden Entgelts und über die Rechtsfolgen eines Verzugs in der Entrichtung des Entgelts;
4. über die Dauer, insbesondere eine stillschweigende Verlängerung, über die Kündigung sowie über die sonstige gänzliche oder teilweise Aufhebung des Versicherungsvertrags und die Verpflichtungen des Versicherers in den Fällen der letzteren Art (Storni, Rücklauf, Umwandlung der Versicherung, Reduktion und dergleichen);
5. über den Verlust des Anspruchs aus dem Versicherungsvertrag infolge der Verjährung von Fristen;
6. über das Verfahren im Falle von Streitigkeiten aus dem Versicherungsvertrag, über das zuständige Gericht und die Bestellung eines Schiedsgerichts;
7. über die Grundzüge und Maßstäbe, nach denen die Versicherten an den Ueberschießen teilnehmen;
8. bei Lebensversicherungen über Voraussetzungen und Umfang von Vorauszahlungen oder der Gewährung von Darlehen gegen Verpfändung der Versicherungsscheine (Police).

Als aufsichtführende Reichsbehörde wird ein kaiserliches Aufsichtsdamt für Privatversicherung mit dem Sitz in Berlin errichtet. Es besteht aus einem Vorsitzenden und der erforderlichen Zahl von ständigen und nichtständigen Mitgliedern. Der Vorsitzende und die ständigen Mitglieder werden auf Vorschlag des Bundesrats vom Kaiser ernannt, die nichtständigen Mitglieder vom Bundesrat gewählt.

Zur Mitwirkung bei der Aufsicht wird bei dem Amte ein aus Sachverständigen des Versicherungswesens bestehender Beirat gebildet, dessen Mitglieder auf Vorschlag des Bundesrats vom Kaiser auf fünf Jahre ernannt werden. Diese letzteren sollen ihr Amt als unentgeltliches Ehrenamt verwalten.

An Strafen für falsche Angaben beim Konzeptionsgesch. der Rechnungslegung zc. werden Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten und Geldstrafe bis 2000 M. vorgesehen. — Zu wünschen wäre, daß der Reichstag dem Entwurf dahin ausgeht, daß die Materie nicht nur formell geregelt, sondern daß den Gesellschaften auch Vorschriften über die Art der Versicherungsbedingungen gemacht würden. Mancher unerfahrene Arbeiter oder sonstige „kleine Mann“ hat im Verkehr mit Versicherungsgesellschaften schon schweren Schaden erlitten. —

Ausland.

Äfrika.

Eine **Tafaren-Nachricht** ist es jedenfalls, wenn Daily Mail meldet, daß Votcha aus Pretoria Lord Roberts mitgeteilt habe, unter welchen Bedingungen er bereit sei, sich zu ergeben. Votcha's Stellung war bisher eine derartige, daß er gegen den Verdacht, nicht bis zum letzten Augenblick mit den Kameraden auszuhalten, in Schutz genommen zu werden verdient.

Eine zweite Nachricht meldet nur die bekannte rege Thätigkeit der Voerenstreifcorps. Aus Standerton wird vom 13. November gemeldet:

General Vohe's ist mit einem Konvoi aus Ladysmith hier eingetroffen. Der Konvoi war den ganzen Weg über von den Voeren belästigt. Der Verlust betrug drei Tote und sieben Verwundete. Gestern wurden 65 Frauen und Kinder von hier nach Natal gelandt. Die Kolonne des Obersten Dewide-Copley, welche südlich des Vaal operiert, hat fünf Voerenfamilien, 3000 Stück Rinder und Schafe, 350 Pferde und 6 Wagenladungen Nahrungsmittel hierher gelandt.

Amerika.

Ueber die Lage auf Kuba macht der Temps einige orientierende Mitteilungen. Durch den gemeinsamen Beschluß der beiden Häuser des Unionkongresses hat sich Amerika verpflichtet, keine Herrschaft, Gerichtsbarkeit oder Oberhoheit auf der Insel auszuüben, es sei denn für die Herstellung des Friedens. Nachdem dann der Friede hergestellt war, hätten die Amerikaner die Wahlen auf Kuba angeordnet und in der Verordnung angegeben, daß die Verfassung, die der Insel eine Verfassung geben solle, durch die Verfassung auch die Beziehungen Kubas zu der Union feststellen sollten. Die Hoffnung der Amerikaner, daß bei der Wahl der konstituierenden Versammlung eine Majorität zu Stande kommen werde, die durch den Beschluß einer freiwilligen Angliederung an Amerika den Beschluß des Kongresses aufheben werde, hat sich durch den Ausfall der Wahlen nicht erfüllt. Denn die kubanische Nationalpartei unter Führung von Maximo Gomez hat von den 31 Sitzen zwei Drittel erobert, während die übrigen Sitze den etwas nachgiebigeren Republikanern und dem Demokratischen Verband zugefallen sind, bei denen man amerikanische Sympathien voraussetzt. Ein Teil der amerikanischen Presse giebt seiner Enttäuschung über diesen Wahlausfall unverblümten Ausdruck und fordert die Regierung dazu auf, gegen die Wahl Protest einzulegen, da die Wahlbeteiligung nur 15 Prozent betragen habe, die gewählte Versammlung also nicht als Willensvollstreckter des kubanischen Volks anerkannt zu werden brauche. Vermutlich werden es einflussreiche Amerikaner mit einer Bearbeitung der Delegierten versuchen.

Das Ende sagt der französische Verichterlatte wie folgt voraus: Die Vereinigten Staaten haben keine Eile, Sie werden die Unabhängigkeitsverfassung verstanden lassen; sie werden die Regierung der Insel unterstützen, indem sie, um die Ruhe zu wahren, die besetzten und strategischen Punkte besetzen. Dann wird der Tag kommen, wo die Kubaner ganz aus freier Anregung, ober der Notwendigkeit gehorchend, die Zollschranken niederzulegen, ihre politische Vereinigung mit den Vereinigten Staaten verlangen. In dieser Voraussicht wird der Senat aus Connecticut, Kentucky und Virginia sowie der Senat aus Louisiana den Kubanern dasselbe Schicksal wie den Bewohnern Portoricos bereiten.

Parlamentarisches.

Freisinnige Anträge. Die freisinnige Volkspartei hat den nachfolgenden Antrag zur Aufhebung der Theaterzensur gestellt: Der § 32 der Reichs-Gewerbe-Ordnung erhält den nachfolgenden Zusatz: Für die einzelnen theatralischen Vorstellungen ist eine vorläufige Erlaubnis nicht erforderlich, daselbe gilt auch bezüglich der nicht gewerbmäßigen Veranstaltung solcher Vorstellungen.

Der § 33a erhält den nachfolgenden Zusatz: Für die einzelnen Singspiele, Gesangs- und declamatorischen Vorträge, Schauspielen von Personen, Vorstellungen, ist eine vorläufige Erlaubnis nicht erforderlich. Daselbe gilt auch bezüglich der nicht gewerbmäßigen Veranstaltung solcher Vorstellungen.

Ein weiterer Antrag richtet sich gegen den **fliegenden Gerichtsstand der Presse.** Dem § 7 der Reichs-Strafprozess-Ordnung soll folgender zweiter Absatz beigelegt werden:

Begründet der Inhalt einer im Inlande erschienenen Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so ist der Gerichtsstand der begangenen That ausschließlich bei demjenigen Gerichte begründet, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist. Diejenigen Fälle, in welchen die strafbare Handlung in der selbständigen weiteren Verbreitung einer Druckschrift besteht, werden durch diese Vorschrift nicht berührt.

Ein dritter Antrag wendet sich gegen den **groben Unfug des Groben Unfug-Paragrafen.** Der § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuchs soll künftig lauten:

wer durch Erregung von Lärm oder ähnliche, unmittelbare in die Sinne fallende Handlungen die öffentliche Ruhe ungebührlichweise stört.

Deutsche Handelskammern im Ausland beantragen die Nationalliberalen im Reichstag.

Partei-Nachrichten.

Bei der **Stadtverordnetenwahl** in Ronneberg (Sachsen-Altenburg) wurden die von unsrer Partei aufgestellten Kandidaten mit großer Majorität gewählt.

Die **socialistische Partei Russisch-Polens** hielt vor kurzem ihren fünften Parteitag ab. Selbstverständlich war der Parteitag geheim. Die letzten Vorträge des Warschauer Kriegsgerichts und die unerhörte Brutalität der russischen Regierung gegen die sozialistische Bewegung haben die Partei wiederum vor die Frage gestellt, wie man die Gewaltakte der russischen Regierung beantworten sollte. Die auf dem Parteitag gepflogenen Debatten führten zu dem Ergebnis, daß man die bisherige Taktik beibehalten wird. Der sogenannte „Terrorismus“ wurde auch diesmal, als nicht zweckdienlich, verworfen. Das Centralcomité der Partei wurde beauftragt, von Zeit zu Zeit Konferenzen der Agitatoren aus dem ganzen Lande zur Verbesserung der Parteiverhältnisse einzuberufen. Die Agitation auf dem Lande soll in Zukunft energischer als bisher getrieben werden. Der 1. Mai soll auch fernerhin durch öffentliche Demonstrationen gefeiert werden. Die weiteren Beschlüsse betrafen die Herausgabe verschiedener polnischer und jüdischer Agitationschriften. Ein großer Teil der gefaßten Beschlüsse hat konspiratorischen Charakter und darf deshalb nicht veröffentlicht werden.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

— **Konfisciert** wurde die gestern erschienene Nummer unseres Hallschen Parteiblatts. Wie uns telephonisch gemeldet wird, ist ein Artikel inkriminiert, in dem die Forderung für die China-Medaille besprochen wird.

— **Eine offene Antwort.** Als im Reichstag in der vorigen Session von socialdemokratischen Abgeordneten bei Beratung einer Novelle zur Gewerbe-Ordnung daraus hingewiesen wurde, daß bei Handhabung der Polizeistunde seitens der Behörde diejenigen Biele benachteiligt werden, die ihre Räume den Socialdemokraten zur Verfügung stellen, widerstritt man vom Regierungssitz auf das entschiedenste dieser Behauptung. Wir sind deshalb eines andern nicht belehrt worden, denn das Material ist sehr reichlich, um den Beweis zu führen, wie diese Polizeistunde vielfach in einseitiger Weise angewandt und vielen Wirten schwere wirtschaftliche Schädigung zugefügt wurde.

Als ein sehr interessantes **Altenstück** dieser Art, in dem die Polizei ganz unverschämte ihre politische Parteinahme ausdrückt, darf wohl der nachfolgende Bescheid der Breglauer Polizei angesehen werden:

Polizei-Verwaltung
3. Nr. 5356.
Breglau, 18. Oktober 1900.

Auf Ihr Gesuch vom 15. d. M. erwidern wir Ihnen, daß es abgelehnt wird, Ihnen eine Polizeistunden-Verlängerung zu gewähren.

Wie Sie richtig vermuten, ist die Kürzung erfolgt, weil Sie Ihr Lokal der socialdemokratischen Partei zu Vereins-Sitzungen und öffentlichen Versammlungen und damit zur Agitation für deren als staatsunzulässig geltende Bestrebungen hergegeben haben.

Für den Kaffergarten eine ähnliche Beschränkung eintreten zu lassen, hat bisher ein Anlaß noch nicht vorgelegen.

An Frau Lydia Wöhne hier.

— **Vom Erfurter Kurd.** Zwei Strafen an einem Tage zog sich der frühere verantwortliche Redacteur der „Thür. Tribune“, Genosse Pappé, zu. Er hatte in einer Nummer des Blatts die Verurteilung eines Bierkutschers gemeldet, bei der die Beamten noch eigener Zeugnisaussage etwas herzaft zugriffen. Pappé hatte vorzüglich bemerkt, es scheint dem Bierkührer recht übel ergangen zu sein. Diese Bemerkung erschien dem Gericht so beleidigend, daß es Pappé deswegen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilte, der Bierkührer erhielt als Urheber der Notiz sogar drei Monate Gefängnis! — Die zweite Verhandlungssache, eine Privatbeleidigung, welche der Staatsanwalt im öffentlichen Interesse verfolgte, brachte Pappé noch vier Wochen Gefängnis. Diese Verhandlung hatte insofern interessante Momente, als der Verleger, Genosse Reihhaus, ebenfalls an der Beleidigung teilgenommen haben sollte. Seine Verlegerereigenschaft hatte ihn auf die Anklagebank geführt.

Der erste Staatsanwalt bekannte gleich zu Anfang der Verhandlung, A. zu Unrecht angeklagt zu haben, da er inzwischen ermittelt habe, daß H. mit den Zeitungsgeschäften gar keine Verbindung habe. Der Verteidiger wollte deshalb die notwendigen Auslagen der Staatskasse aufgebracht haben. Er hatte damit aber keinen Erfolg. Genosse Reihhaus mußte sich mit der einfachen Freisprechung begnügen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

31. Sitzung vom Donnerstag, 15. November 1900 nachmittags 5 Uhr.

Die Abteilungen haben vor der Sitzung eine Reihe von Ausschüßwahlen vorgenommen. In den Ausschüß zur Vorbereitung der Neuwahl eines Stadtschulrats sind u. a. die Stadtv. Singer und Tollsborn gewählt. In dem Ausschüß für die Reform der Verwaltung der offenen Armenpflege sind u. a. Stadtv. Stadthagen, in demjenigen für die Vorlage wegen der Versorgung der städtischen Arbeiter und ihrer Familien Stadtv. Singer, dem Ausschüß für die Feststellung der Einheitsätze für die Erstattung von Waisenpfelegelosten gehört auch Stadtv. Dr. Freudenberg an.

Für die Vorlage wegen anderweiter Regelung der Gehaltsverhältnisse der Zeichenlehrer

an den städtischen höheren Schulen war schon vor den Sommerferien ein Ausschüß niedergesetzt worden. Derselbe ist nach eingehender Beratung zu dem Ergebnis gekommen, der Veranlassung die Aussetzung der Beschäftigung zu empfehlen, während gleichzeitig der Magistrat um eine neue Vorlage erucht werden soll, durch welche die Gehaltsregelung auf der Grundlage der Erhöhung der wöchentlichen Pflichtstunden von 16 auf 24 vorgeschlagen wird.

Stadtschulrat Fürstmann legt ausführlich die technischen und Organisationschwierigkeiten dar, die dem Wunsche des Ausschüßes entgegenstehen.

Nachdem Stadtv. Gerstenberg den Ausschüßantrag kurz empfohlen, wird derselbe angenommen.

Vom Stadtv. Kallisch und einer Anzahl von Mitgliedern der „Neuen Linken“ ist folgender Antrag eingebracht:

Die Veranlassung erucht den Magistrat, mit ihr gemeinschaftlich durch geeignete Maßnahmen auf schleunige Abänderung der durch die neue Gerichtsvollzieher-Ordnung für die Rechtspflege in Berlin hervorgerufenen Uebelstände hinzuwirken.

Der Antragsteller nimmt auf die vorjährigen Verhandlungen über die anderweite Gerichtsorganisation in Berlin Bezug, erinnert daran, daß die Einsprüche der städtischen Behörden vergeblich gewesen sind, und sucht auszuführen, daß durch die plötzlich durch den Justizminister verfügte Neuordnung des Gerichtsvollziehens die auf dem Gebiete der Rechtspflege in Berlin bestehenden Mängel ganz außerordentlich verschärft worden sind. Die Vollstreckung der Urteile und die sonstige Inanspruchnahme der Gerichtsvollzieher sei durch die Einteilung Berlins in 142 Vollzieherbezirke ganz unverhältnismäßig verteuert, ja in manchen Beziehungen, so bei den Beschlüssen, fast unendlich geworden; auch seien dadurch 300 Angestellte der Gerichtsvollzieher plötzlich brotlos gemacht worden.

Stadtv. Spinoza teilt mit, daß der Minister bereits Erhebungen über die behaupteten Mängel angeordnet habe.

Der Antrag wird darauf angenommen.

Stadtv. Dr. Friedmann und die „Neue Linke“ legen folgenden Antrag vor:

Die Veranlassung erucht den Magistrat, mit dem königlichen Polizeipräsidenten schleunigst in Verhandlung zu treten zwecks Maßnahmen, die eine Verbilligung der auf den Strecken der

Berliner Straßenbahn

vorkommenden häufigen Unfälle herbeizuführen geeignet sind und der Veranlassung darüber Mitteilung zu machen.

Stadtv. Dünse hat für den Antragsteller die Vertretung übernommen und führt zur Begründung aus, daß in den letzten 4 Monaten auf der Straßenbahn nicht weniger als 28 Menschen totgefahren und 54 schwer verletzt worden sind. Diese Erscheinung weise unbedingt auf schwere Schäden im Betriebe der Straßenbahn hin, welche von der Stadt nicht gleichgültig übersehen werden dürften. Die Stadt habe ja leider nicht selbst die Hofbahnpolizei zu bauen, man müsse sich also an die Polizeibehörde wenden. Zu bemängeln sei die Konstruktion der Wagen; die Schienenräume seien ganz unpraktisch eingerichtet. Das Personal sei auch nicht durchweg für die Bedienung der elektrischen Wagen geeignet; jedenfalls befände sich darunter eine Anzahl unfähiger Elemente, was gar nicht zu verwundern sei, wenn man bedenke, wie die Ausbildung der Mannschaften für diesen Betrieb sich auf einige wenige Wochen beschränkt habe. Für einen so anstrengenden, große Aufmerksamkeit und viel Selbstbeherrschung erfordernden Dienst könne man nur vollständig geschulte Leute verwenden. Bei dem Umwandlungsvertrage sei, zur Freude der socialdemokratischen Kollegen, für die Wagenführer der

Normal-Arbeitszeit

eingeführt worden; jetzt stelle sich heraus, daß auch diese Bestimmung nicht Wirklichkeit geworden ist; die Fahrer seien überangestrengt worden, ihre Leistungsfähigkeit habe dadurch erlahmen müssen, und so sei eine Anzahl der häufigsten Unfälle zu erklären. Die Verwaltung habe kein Reservepersonal und kein genügendes Reserve-material. Hieraus erwache ihr aber kein Vorwurf, da es sich bloß um ein Uebergangsstadium handle, nachdem sich die Verwaltung bemüht habe, dem Wunsche des Publikums entsprechend den elektrischen Betrieb möglichst rasch durchzuführen. Andererseits liege bei den Zusammenstößen vielfach die Schuld auch auf Seiten der Kutscher der mit den Straßenbahnwagen larambolierenden Fuhrwerke; die Kutscher legten es oft an Vorfahrtigkeit darauf an, die Straßenbahn zu überholen. (1) Eine Gefahr für den Verkehr und eine häufige Ursache zu Zusammenstößen seien auch die Radler, zumal die Anfänger unter ihnen. Auch die Schuljugend führe häufig Unglücksfälle herbei, wenn sie

sich in das Gehwühl unseres Straßenverkehrs begeben. Hier könnte die Unterweisung in der Schule vorzuziehen werden, noch mehr würde erreicht, wenn man den Kindern endlich zur Erholung die Schulhöfe öffnete, die doch nicht als Sanatorien für die Rektoren allein gedacht seien.

Stadtbaurat Krause: Es existieren allein 900 amerikanische und etwa 100 deutsche Patente für Schuttberrichtungen an den Wagen; dennoch ist noch nichts Brauchbares gefunden worden. In neuester Zeit hat sich in Hamburg der Ingenieurverein der Sache angenommen, aber eine schlechtere Veranstaltung besteht noch heute nicht. In einem früheren ähnlichen Fall hat uns das Polizeipräsidium schon geantwortet, daß es hinsichtlich der Schuttberrichtungen an den Wagen allein zuständig ist und also nicht mit uns in Verhandlung treten kann. Die Gesellschaft selbst schreibt uns, daß im laufenden Jahre im ganzen (mit Einschluß der Westlichen Vorortbahn) 25 Personen getötet worden sind, darunter 9 Kinder im Alter von 2 1/2—7 Jahren und 4 Taubstumme oder Betrunkene. In diesen 13 Fällen liege Selbstverschuldung vor, aber auch in den andern 12 Fällen treffe die Fahrer keine Schuld. Die Gesellschaft behaupte lebhaft die vorgekommenen Unfälle und sei unangenehm bemüht, die Schuttberrichtungen zu verbessern. Der beste Schutz sei der Selbstschutz des Publikums (Große Heiterkeit); andererseits sei seitens der Verwaltung zum Schutze des Publikums alles Nötige und Mögliche geschehen, und werde jeder Vorwurf nach dieser Richtung zurückgewiesen. Die Unfallstatistik in anderen Städten ergebe kein für Berlin ungünstiges Verhältnis. 1900 sei die Zahl der Unfälle gegen 1899 nur um 30 Proz. gestiegen, die Betriebsgefahr habe aber 82 Proz. Steigerung erfahren. Diese Entschuldigung der Straßenbahn habe ich der Versammlung nicht vorenthalten wollen.

Stadtv. Wurm (Soz.): Das vorgeschlagene Mittel des Selbstschutzes ist ja außerordentlich billig; wir wissen aber, daß der Gesellschaft ein großer Teil der Schuld zufällt, daß sie ein ungeklärtes, überangestregtes Fahrpersonal beschäftigt. Verwunderlich ist das aber nicht, und man darf nicht bloß der Berliner Gesellschaft einen Vorwurf machen, wenn man bedenkt, daß der Direktor der Hamburger Straßenbahn, Köhl, in Wiesbaden auf dem Kongreß der Straßenbahngesellschaften ausführte, daß ein Fahrer eines elektrischen Wagens

Keine Lohnerhöhung

vor dem Führer eines Pferdebahnwagens verdiene, weil er keine geistige Arbeit zu leisten habe (Hört! und Heiterkeit). Die Berliner Gesellschaft bezieht sich aber doch, wie wir eben hören, ausdrücklich auf die Zunahme der Betriebsgefahr. Natürlich hat der Führer des elektrischen Wagens mehr Aufsicht und Aufmerksamkeit zu bewahren, denn ein Pferd läßt sich doch noch leichter bändigen als ein elektrischer Wagen (Widerspruch). Das Pferd bildet ja eine Art Schuttberrichtung vor dem Wagen, es kann event. zur Seite gerissen und der Wagen schimmernfalls aus dem Geleise gebracht werden. Die beste Schuttberrichtung verlagert, wenn das Personal nicht geübt ist. In Hannover haben wir ja freilich erlebt, daß die Polizeidirektion bei dem Streik ungelerten Leuten die Fahrerlaubnis gab, nachdem sie eine Prüfung vor dem Ingenieur der Gesellschaft anstatt vor dem zuständigen Polizeibeamten abgelegt hatten! Daß die Berliner Gesellschaft sich unangenehm mit der Verbesserung der Schuttberrichtungen beschäftigt,

ist und nicht glaubhaft

gemacht worden. Unleugbar ist eine Ursache der häufigen Unfälle der Mangel, der darin liegt, daß das Personal zu kurze Zeit eingestellt ist. Den Nachfahrverkehr wird niemand von uns wesentlich einschränken wollen, und auch wenn alle Schulhöfe den Kindern eingezäunt werden, läßt es sich nicht vermeiden, daß Kinder auf der Straße spielen. Es sind ja auch Kinder von 2 1/2 oder 3 Jahren verunglückt, die also gar nicht auf die Schulhöfe gelassen worden wären. Schuttberrichtungen für die Fahrer selbst haben ja unsere Wagen noch immer nicht, kein Schuttdach, Glasvorban oder dergleichen. (Unruhe und Lachen.) Bedauerlicherweise haben wir bloß den Jubiläumstag in den Vertrag hineinbringen können; in anderen Kommunen, wo unser Einfluß weiter reicht, ist es damit besser bestellt. Die Bevölkerung Berlins kann verlangen, daß die Polizei dem einmütigen Wunsche nachgibt, daß gegen die Gesellschaft endlich energisch eingeschritten

wird. Man ist heute, wenn man sich auf der Straße befindet, in Berlin keines Lebens nicht sicher. An den Haltestellen fahren die entgegenkommenden Wagen mit solcher Schnelligkeit vorüber, daß gerade hier durch das Absteigen nach der falschen Seite zahlreiche Unfälle herbeigeführt werden. (Zurufe.) Eine Belehrung darüber, nach welcher Seite abzustiegen ist, genügt hier nicht; es muß angeordnet werden, selbst auf die Gefahr hin, den Betrieb ein wenig zu verlangsamen, daß die korrespondierenden Wagen an diesen Stellen langsamer zu fahren haben.

Stadtv. Spinoza hofft, daß der Polizeipräsident nicht aus Kompetenzbedenken die Verhandlung mit der Stadt ablehnen wird. Er weist ferner als Charitédirektor darauf hin, daß ein großer Teil der Ueberfahrenen, die in die Anstalt eingeliefert werden, als betrunken erkannt wurden. Man solle also bei den Verhandlungen auch auf Maßnahmen hinwirken, welche geeignet sind, dem Mißbrauch geistiger Getränke entgegen zu wirken. (Heiterkeit.)

Stadtv. Dünse konstatiert, daß seine Zahlen den amtlichen Daten der Polizei entnommen sind.

Die Veranlassung erucht darauf den Antrag Friedmann fast einstimmig zum Beschluß.

Der **Großen Berliner Straßenbahn** soll die Zustimmung zum Bau eines Anschließungsgleises zwischen dem neuen Gehwühl in der Straße An der Stadtbahn 14/15 und den Geleisen in der Schilderstraße behufs Ausbesserung des Gefangenentransports unter der besonderen Bedingung erteilt werden, daß der Stadt sowohl die unbeschränkte Widmung der neuen Anlage, als auch nach Wahl des Magistrats das Recht des jederzeitigen entgeltlichen Erwerbs derselben gegen Zahlung der Preisabfindungskosten bei Zustimmung fernerer Widmung für die Gefangenentransporte eingeräumt wird.

Die Veranlassung stimmt ohne Debatte zu.

Nach Erledigung einiger weiterer Vorlagen von untergeordnetem Interesse schließt die öffentliche Sitzung um 7 Uhr. Auf der Tagesordnung der geheimen Sitzung steht u. a. der Antrag Wichow auf Verbilligung des Ehrenbürgerrechts an den bisherigen Stadtschulrat **Vertram.**

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Holzarbeiter! Seit einigen Wochen befinden sich die Arbeiter der Anhalter Holzindustrie in Dessau (Alliengewerkschaft) wegen Lohnreduzierung im Aufstande. Da die Betriebsleitung sich Wehre giebt, Erziehungskräfte heranzuziehen, so ist nach dieser Fabrik Zugang fernzuhalten. Desgleichen nach Vetschau, Maschinenfabrik (Alliengewerkschaft), vormals Lehnig. Dort ist den 500 beschäftigten Holz- und Metallarbeitern durch Anschlag bekannt gegeben, daß die Arbeitszeit von 11 auf 7 Stunden festgelegt wird, außerdem, um lounrenzfähig zu sein, eine Lohnreduzierung von 10—25 Proz. eintreten muß. Da nun bei einem Wochenverdienst von 9—12 M. kein Arbeiter bestehen kann, so werden die Arbeiter allerorts erucht, nach Vetschau keine Arbeit anzunehmen. J. A.: Der Vorstand des Holzarbeiter-Verbands.

Nachwehen vom Maurerstreik in Spandau. Im Sommer dieses Jahres hatten die Maurer in Spandau einen Streik. Neben einigen italienischen Maurern und Streichbrechern hatten auch eine Anzahl Accordmurer aus Berlin während des Streiks gearbeitet. Zwei von diesen, nämlich die Maurer Fritz Weding und Gustav Waele, hatten sich am Mittwoch vor dem Spandauer Schöffengericht wegen Beleidigung des Maurermeisters Hamann zu verantworten. Der Anklage lag folgender Thatbestand zu Grunde: Am 14. Juli, bei der Lohnauszahlung hatte der Maurermeister ca. 100 M. zu wenig gezahlt. Die Accordmurer waren darüber ungehalten

and verlangten ihren Lohn, besonders lärmend benahmen sich die beiden Angeklagten. Sie schlugen anhaltend in der Raubude auf den Tisch und schimpften auf den Meister. Nach der Anklage soll Weidung gesagt haben: „Wenn wir nicht bald unseren Lohn erhalten, dann gehen wir hin und schlagen den Meister auf den dicken Bauch! Wack soll gesagt haben: „Wenn der Klamottenmeister nicht bald Geld bringt, dann ziehen wir uns die Rieten ein; der muß nicht denken, er hat es mit Spandauern zu thun, wir sind Berliner Jungen, wir schlagen ihm die dicke Prange ein.“

Diese Verberungen wurden durch das Zeugnis der noch bei Hamann arbeitenden Personen bestätigt. Interessant ist die Aussage, welche der Maurermeister Hamann macht. Er gab zu, daß er ca. 100 M. zu wenig Lohn nach dem Bau geschickt habe, daß wäre aber einbehalten worden zu seiner Sicherheit, gewissermaßen als Kaution. Außerdem hätte der Buchhalter auch nicht genau mit den Maurern abrechnen können, da diese sich schon den ganzen Tag in der Kneipe unbetrieben und keine Lust zur Arbeit hatten. Die Angeklagten bestritten die Verächtlichkeit des Abzugs. Sie hätten den fehlenden Betrag auch heute noch zu fordern. Bearbeitet hätten sie am Sonnabend deshalb nicht, weil schon mit dem Polter wegen der Anzahl der verarbeiteten Steine Differenzen an dem Tage entstanden wären. Der Amtsanwalt Göhring beantragte gegen jeden der Angeklagten 2 Wochen Gefängnis. Das Gericht hielt das Auftreten der Angeklagten für roh und ungebildet, berücksichtigte aber zu ihren Gunsten, daß sie wohl erregt gewesen sind, weil sie zu wenig Lohn erhalten sollten, und verurteilte jeden zu 20 M. Geldstrafe. Hoffentlich sind nun beide Rieten luriert. Die Gefellen, indem sie nicht mehr den streikenden Kollegen in den Rücken fallen, und der Meister wird besser thun, künftig die beschiedenen Forderungen der Arbeiter zu bewilligen.

Deutsches Reich.

Während des Danziger Manöverstreiks wollte der Maurer Emil Otto aus Langfuhr bei Danzig auf dem Kasernenbau in Langfuhr an die dort beschäftigten italienischen Streikbrecher italienisch geschriebene Blätter verteilen. Als Otto den Bau betrat, kam ihm ein Polter entgegen, vor dem Otto gehört hatte, er habe sich geküert, wer von den Streikenden den Bau betrete, müsse mal ordentlich bearbeitet werden. Otto behauptet, er sei von dem Polter angerepelt und da er sich in Gefahr glaube, habe er zugeschlagen. Die Danziger Straßammer hat ihn wegen Mißhandlung des Polters zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und die sofortige Verhaftung angeordnet, weil Otto angeblich fluchtverdächtig ist.

Ongen-Gesetz. In der Eisenindustrie rücken ernsthafte Differenzen ausgedrückt, die wahrscheinlich eine größere Ausbreitung zur Folge haben werden. Die Firma fordert den Austritt aus der Organisation „Sp. kündigt den Formern wegen Zugehörigkeit zur Organisation. Die Situation ist für die Formern günstig, da bei dem nicht besonders guten Ruf der Firma auf Bezug nicht groß zu rechnen ist. Auf keinen Fall werden sich die Arbeiter das Koalitionsrecht rauben lassen.

Was ein Fabrikantenwort wert ist, zeigt das Verhalten des Schuhfabrikanten Strauß in Oberrad, der kürzlich seinen Arbeitern die Freigabe der Journituren zusagte, sie aber dann durch angeblichen Arbeitsmangel hinausjagten suchte. Die darauf von dem Frankfurter Gewerbegericht stattgefundenen zwei Verhandlungen, welche die Arbeiter veranlaßt hatten, fielen zu Ungunsten des Fabrikanten aus. Jedoch kam es durch die gerichtliche Vermittlung zu einer Einigung, bei der Herr Strauß ausdrücklich zugestand, Maßregelungen aus Anlaß dieser Klagen nicht vornehmen zu wollen. Als die Arbeiter aber ihrer Beschäftigung wieder nachgingen, kündigte der Fabrikant doch mehreren der Arbeiter und speziell auch deren Vertrauensmann. Die Kündigung des letzteren wurde wohl wieder zurückgezogen, jedoch die der anderen in Mitleidenschaft Gezogenen nicht, so daß die Sache noch schwebt und aller Zuzug möglichst vermieden werden muß.

Lohnabzüge bis zu 50 Prozent werden in der Schuhfabrik von Eugen Stern in Bodenheim bei Frankfurt a. M. angekündigt. Da sich die Arbeiter dagegen wehren werden, so wird wegen der bevorstehenden Differenzen um Fernhaltung des Zuzugs dringend ersucht.

Verurteilung oder nicht? Das Amtsgericht in Hirschheim hatte vor einiger Zeit über mehrere Arbeiter, die im „Lageblatt“ und im „Anzeiger“ zweimal Annoncen veröffentlichten, in denen über die Dosenmachefirma Kling u. Schmidt die Sperre verhängt und vor Zuzug gewarnt wurde, wegen Verurteilung Gefängnisstrafen von 8 bzw. 5 Tagen verhängt. Das Schöffengericht bestätigte als Berufungsinstanz in der Hauptsache die Strafverurteilung des Amtsgerichts und verurteilte die Angeklagten zu je 5 Tagen Gefängnis. Auch gegen dieses Urteil wollen die Arbeiter, welche die Absicht einer Verurteilung entschieden in Abrede stellen, Verurteilung einlegen.

Ausland.

Aus der Schweiz. In der schweizerischen Sticker-Industrie stehen Lohnreduktionen auf der Tagesordnung, insbesondere an verschiedenen Orten der Kantone St. Gallen und Thurgau. In Arbon streikten deswegen die Arbeiter der Sticker-Fabriken von Heime schon seit einiger Zeit und in einer Reihe von Sticker-Fabriken an anderen Orten ist die Ankündigung der Lohnreduktion mit der Ankündigung der Arbeit beantwortet worden. Der Fabrikant Heime veröffentlicht eine Lohnstatistik, wonach gewöhnliche Sticker bisher 1500 Fr., tüchtige 2100 Fr. pro Jahr verdient hätten und für sie daher eine Reduktion um 18 Prozent wohl erträglich sei. Diese Lohnangaben sind aber offenbar zu hoch. Diefelbe Firma hat den in ihren Häusern wohnenden streikenden Arbeitern sofort auf 14 Tage die Wohnungen gekündigt. Ein neuer Beweis für die Gemeinschädlichkeit solcher sogenannten „Wohlfahrts-Einrichtungen“.

Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Betriebsbeschränkungen und Betriebsentlassungen mit Arbeitsentlassungen und fortwährender Vermehrung der Arbeitslosen in den verschiedenen Industrien stehen auch in der Schweiz an der Tagesordnung. In Zürich sah sich deshalb die sozialdemokratische Fraktion des Großen Stadtrats veranlaßt, folgende Interpellation einzureichen: „Welche Vorkehrungen hat der Stadtrat getroffen, um Arbeitslosigkeit für die Arbeitslosen zu beschaffen, oder welche Schritte gedenkt er angesichts der schon vorhandenen und noch stärker zu gewärtigenden Arbeitslosigkeit zu thun?“

Versammlungen.

Eine Kundgebung gegen den Brotwucher. Am Mittwoch fand eine von den Nationalsozialen einberufene Volksversammlung in der Tonhalle statt. Saal und Galerien waren bis auf den letzten Platz von einem größtenteils bürgerlichen Publikum besetzt. Das Lokal wurde bald nach Beginn der Versammlung polizeilich abgesperrt. Der Referent, Pfarrer Raumann, sprach sehr entschieden gegen die von den Agrariern befürwortete Schutzpolitik. Er legte dar, daß die Getreidezölle nicht der Landwirtschaft, sondern nur der verhältnismäßig kleinen Zahl von Großgrundbesitzern zu gute kommen, und daß die große Masse der Industrie-Arbeiter, und damit die Industrie selbst durch die Brotverwertung schwer geschädigt wird. Die konservativ-reaktionäre Mehrheit des Reichstags sei ja für die Zollherhöhung. Aber wir seien in der Zollfrage nicht allein von der Reichstagsmehrheit, sondern auch von der Reichsregierung abhängig, und die stärksten inneren Motive sprechen dafür, daß wenn auch Miquel und Posadowski mit der agrarischen Reichstags-Mehrheit gehen, die Reichsregierung doch nicht agrarisch sei. Da, wie wir aus der Thronrede gehört haben, eine Tarifvorlage erst dem Bundesrat zugehen soll, so sei es noch Zeit, Volk und Regierung aufzurütteln gegen die Rückwärtsentwicklung der Wirtschaftspolitik, welche von der Reichstagsmehrheit befürwortet wird. Diese Angelegenheit dürfe nicht in den engen Rahmen der Partei-Agitation eingewängt werden. Was die Parteien der Linken auch sonst trennen möge, sie müßten zusammenschließen für die Handelsvertragspolitik, die sich ohne die Sozialdemokratie nicht machen lasse. Die gesamte

Linke müsse in dieser Frage eintreten für das Volk, gegen den Brotwucher. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion nahm zuerst der Abg. Dr. Vartl von der freisinnigen Vereinigung das Wort. Er betonte, es liege auf der Hand, daß in der Zollfrage das Bürgertum mit den Arbeitern zusammengehen müsse. (Beifall.) Alle Gegensätze, die zwischen beiden beständen, müßten wenigstens für die Dauer dieses Kampfs ausgeglichen werden. Die alten Freihändler aus der Manufakturzeit und die Sozialdemokraten mit ihren kollektivistischen Idealen müßten in dieser Frage zusammenhalten, ja, wenn es möglich sei, müßten selbst die geheimen Kommerzienräte bis weit nach rechts für den Kampf gegen das Junkertum gewonnen werden. Wir müssen dagegen protestieren, daß die Gesetzgebung den Agrariern zu Willen ist. Darum auf, in den Kampf gegen die Agrarier als gute deutsche Männer. (Lebhafte Beifall.)

Dr. Bernstein-Charlottenburg von der freisinnigen Volkspartei sprach sich gleichfalls im Sinne der Vorkredner aus. Die Bewegung gegen die Kornzölle müsse vor allen Dingen dahin getragen werden, wo die agrarische Agitation und gefährlich wird, nämlich auf das Land. In Berlin bestände ja keine Gefahr, daß ein Junker gewählt wird. Aber die ländliche Bevölkerung müsse aufgeklärt werden über den Gegensatz zwischen Mitterglückern und kleinen Besitzern, damit die Linke mehr Reichstags-Wahlkreise bekomme. Es würde bedauerlich sein, wenn diese Versammlung nicht weiter erreichte, als die Anwesenden zu begeistern, und diese dann, wie es im Bürgertum leider üblich sei, begeistert nach Hause ginge mit dem Entschluß, nichts weiter zu thun. Wir sollten uns entschließen, den Kampf aufzunehmen, den Junker und Miersei uns angeboten haben. Die Einwirkung auf die Regierung, von der Pfarrer Raumann sprach, sei nur so zu denken, daß wenn die Regierung sich den Wünschen der Agrarier gefällig zeige, ein Sturm der Entrüstung im Volk angefaßt werde. (Lebhafte Beifall.) Frau Dr. jur. Anita Augustin führte aus, daß die erwerbsfähigen Frauen, vor allem aber die Hausfrauen, an der Zollfrage ein großes Interesse haben, und daß deshalb auch die Stimme der deutschen Frau in dieser Angelegenheit gehört werden müsse. Die deutsche Frauenbewegung werde in Berlin demnächst eine Versammlung einberufen, die gegen den Getreidezoll Stellung nehmen solle. (Beifall.)

Als komische Person in einer ernsthaften Kundgebung trat ein Vegetarier Namens Mann auf, der darzulegen versuchte, daß ein Kornzoll, der den einzelnen Arbeiter jährlich mit 29 M. belastet, noch nicht das Schlimmste wäre, denn der Arbeiter gebe ja „bedeutende Summen für Bier und das ganz überflüssige Fleisch aus.“

Mit großer Aufmerksamkeit nahm die Versammlung die Ausführungen der folgenden Rednerin, Frauella Freitag entgegen, die an einzelnen Beispielen, die sie in ihrer politischen Heimat beobachtet hat, die Lotteriewirtschaft kennzeichnete, welche die Junker auf ihren Gütern führen.

Hierauf trat ein Herr Wangmann dem Vegetarier entgegen, dem er unter anderem sagte: Wieviel ein Arbeiter für Bier von seinem Verdienst ausgibt, das ist seine Sache. Aber den Junkern wollen wir von unserem Verdienst nichts in den Hals werfen. (Bravo.)

Nach einem Schlußwort des Herrn Raumann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung erklärt, daß sie vom Reichstag und der Reichsregierung verlangt, daß den für das ganze Volk schädlichen Bestrebungen der Agrarier bei den Verhandlungen über die Erneuerung der Handelsverträge in keiner Weise nachgegeben werde, daß vielmehr die vom Grafen Caprivi begonnene Politik der Handelsverträge mit aller Energie und Konsequenz fortgesetzt werde, da sie sich bis jetzt als durchaus segensreich erwiesen hat.

Die Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission waren am Mittwochabend im Gewerkschaftshaus versammelt, um zur Frage der Arbeitslosen-Zählung Stellung zu nehmen. Der Referent Herr Dr. Jastrow behandelte das Thema in ausgiebigster Weise. Er führte etwa folgendes aus: Der wirtschaftliche Aufschwung in den Jahren 1895—1898 war ein derartiger, wie ihn niemand hätte ahnen können, und doch waren trotz des guten Geschäftsganges in einzelnen Industriezweigen Krisen vorhanden, d. h. die Arbeitslosigkeit war in einzelnen Industriezweigen ungemein stark. Für einen aufmerksamen Beobachter war es interessant wahrzunehmen, wie die Vorkrisenberichte 1899, obwohl noch immer rosig angehaucht, democh gegen 1898 bedeutend gefallen waren. Aber niemand glaubte an eine vorhandene Krise. Erst als am 7. Juni der große Kurssturz an der Börse kam, da sah man, daß man bereits in der Krise sei. Ja an einigen Orten sei die Arbeitslosigkeit in einzelnen Verufen so groß, daß man sich in stark besuchten Arbeitslosenversammlungen mit der Frage von Notstandsarbeiten an die Kommunalbehörden gewandt hat. So in Gilstrow, Krefeld usw. Während in einzelnen Zweigen der Metallbranche namentlich im Januar d. J. Entlassungen über Entlassungen stattfanden, wurde in anderen Zweigen Ueberstunden gearbeitet. Die Gewerkschaft beschloß die Ueberstundenarbeit zu bekämpfen, da dadurch nur die schrecklichen Folgen der Arbeitslosigkeit vermindert werden können. Je mehr nun die Arbeiterorganisationen, die städtischen Verwaltungen und die parlamentarischen Körperschaften genötigt sein werden, zur Frage der Arbeitslosigkeit Stellung zu nehmen, desto scharfbarer wird sich der Mangel von Arbeitslosen-Zählungen bemerkbar machen.

Aus diesem Grunde empfahl es sich, daß die örtlichen Gewerkschaftskartelle sich mit dieser Sache befassen und Arbeitslosen-Zählungen seitens der Arbeiterorganisationen vorgenommen werden. Er (Referent) verweist namentlich auf den Artikel „Arbeitslosigkeit und Arbeitslosen-Zählung“ in Nr. 3 der Zeitschrift „Arbeitsmarkt“ vom 1. November.

In der nun folgenden Diskussion sprach Körsten im Sinne des Referats und wies namentlich darauf hin, daß bereits der Centralverein für Arbeitsnachweis sich mit der Frage der Arbeitslosenzählung beschäftigt hat und zu diesem Zweck bereits Zählkarten an die einzelnen Gewerkschaften gesandt hat. Er sei aber der Meinung, daß dieses nicht Sache des Centralvereins allein sei, vielmehr haben hier die Gewerkschaften die Sache zu behandeln und die Gewerkschaftskommission die Initiative zu ergreifen. Döbkin ist mit dem Referenten einverstanden, jedoch um den vom Referenten verfolgten Zweck zu erreichen, sei es notwendig, daß starke Organisationen der Arbeiter bestehen. Nur wenn das Unterzählungswesen in den Organisationen besser durchgeführt ist, kann man sich an derartige Aufgaben heranzuwagen. Massini äußert sich in ähnlicher Weise, glaubt aber, daß der Zweck weit besser durch die Bekanntgabe des Ab- und Zugangs in den Krankenkassen erreicht wird. Lüd stellt sich auf den Standpunkt des Referenten. Zweifelloß wird die Arbeitslosenzählung Schwierigkeiten bereiten, hier und da wird es an dem nötigen Verständnis fehlen. Aber machen wir einmal den Anfang und wenn es vor der Hand auch unvollkommen ist, im Laufe der Zeit werden zutreffende Fixen die Arbeit lohnen. Redner ist auch der Ansicht, daß die Verarbeitung des Materials nicht Sache der Centralverbände, sondern Sache der örtlichen Gewerkschaftskommission sei. Im Schlußwort sagte der Referent nochmals alle Gesichtspunkte zusammen und meint, immerhin sei eine schlechte Zählung besser als keine. Durch Annahme folgender Resolution fand der Punkt seine Erledigung.

„Die Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission erklären sich mit dem Referenten einverstanden. Sie setzen in der Arbeitslosenzählung eine sozialpolitische Notwendigkeit, um die zeitweiligen wirtschaftlichen Niebergänge besser feststellen zu können. Sie verpflichten sich deshalb, zu dieser Frage innerhalb ihrer Gewerkschaft Stellung zu nehmen und das Ergebnis an die Berliner Gewerkschaftskommission gelangen zu lassen. Ueber das Ergebnis der Arbeitslosenzählung hat das Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission laufend Statistik zu führen.“

Hierauf giebt Liere namens der Wardiere bekannt, daß die Agitation für den Reunions-Abenschluch jetzt endlich Erfolg gehabt hat. Er bittet nun namentlich die Arbeiter, daß sie die Geschäfte, die um 9 Uhr nicht schließen, meiden. Den Bericht über den Ausfall der Elektromonteurs giebt Hänsler.

In der Abteilung Z der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft hatte die Direktion Vorkreditionen vorgenommen, so daß die gesamten Elektromonteur am Freitag die Arbeit niederlegten. Durch die Vermittlung des Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn Kessler u. Schulz, sowie der Berliner Gewerkschaftskommission wurde die Arbeitsniederlegung nach dreitägiger Dauer durch Vergleich beendet.

Ein Beschluß des Ausschusses, von nun an die Reichenschaftsberichte an die Gewerkschaften unentgeltlich zu verteilen, wurde angenommen. In der Versammlung fehlten die Delegierten der Bäcker, Dachdecker, Eisenformer, Fabrik- und Landarbeiter, Ladierer, Steinseger, Stenotypenre.

China.

Amerikas vernünftige Haltung

gegenüber der Vergewaltigung Chinas durch die Mächte erregt natürlich den Unmut der Mächte. So lassen sich die „Times“ aus New York telegraphieren:

„Was bei der Politik des Präsidenten Mac Kinley herauskam, ist, daß China und Europa überzeugt sind, in der zwischen China und der Christenheit schwebenden Frage ständen die Vereinigten Staaten auf Seiten Chinas oder wenigstens doch, sie stellen sich abseits vom europäischen Konzert. Die gegenwärtige Hartnäckigkeit Chinas ist vielleicht zum Teil darauf zurückzuführen, daß China überzeugt ist, es hätte die Vereinigten Staaten von dem einmütigen Zivilisationswerke losgelöst. Daß die amerikanische Regierung für den Frieden um jeden Preis wäre, ist nicht anzunehmen; aber die Opfer an Interessen der Christenheit, die sie im Interesse Chinas oder der Vereinigten Staaten zu bringen bereit sind, sind zahlreich und groß gewesen; sie hat die Sympathie der Chinesen gewonnen; daß sie auch diejenige Europas gewonnen hätte, kann sie kaum erwarten.“

Das Geschwäh von dem „einmütigen Zivilisationswerke“ und den „Interessen der Christenheit“ wirkt geradezu sturil. Die „Times“ scheinen Angst zu haben, Deutschland könne durch Amerikas vernünftige Verhalten ebenfalls zur Vernunft zurückgeführt werden. Die Beschränkung ist grundlos.

Eine russische Schicksalung

Eine russische Truppenabteilung in Stärke von 330 Mann und 4 Geschützen unter dem Befehl des Hauptmanns Kozjoff ging am 4. d. M. ab und kehrte am 9. d. M. zurück. Die Russen berichten, daß sich nichts von Belang ereignete, bis sie Hsatsang erreichten, wo sie erfuhr, daß kaiserlich chinesische Truppen aus Ostai die Ortshaus plünderten. Die Chinesen forderten dann die Russen auf, den Ort zu betreten. Letztere weigerten sich jedoch und sandten das Ultimatum, daß wenn die Chinesen nicht binnen einer Stunde abgezogen wären, die Russen das Feuer eröffnen würden. Nachdem die Zeit verstrichen war, begann das Feuer. Die Chinesen, welche 2100 Mann und 19 Geschütze zählten, fielen mit den Geschützen, nachdem sie 200 Mann verloren hatten. Die Russen, welche keine Verluste hatten, fanden bei der Durchscheidung ein Magazin mit Munitionsvorrat sowie 200 modernen Gewehren und sprengten das Magazin in die Luft.

Kriegstropenkoller.

Das „Herold-Bureau“ meldet: „Aus allen Städten, wo sich deutsche oder französische Posten befinden, laufen täglich Beschwerden beim chinesischen Hofe ein wegen Plünderungen und Ermordung alter und harmloser Personen. Diese Beschwerden sind jedenfalls der Grund, weshalb der Hof nicht nach Peking zurückkehrt.“

Neue Gärung.

Der „Standard“ erzählt aus Shanghai, daß die dortigen chinesischen Beamten für die nächste Zeit einen Aufstand der Mohammedaner unter der Führung Tzungfuhsiang in der Provinz Schensi erwarten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Keine Pestgefahr.

Bremen, 15. November. (B. Z. B.) Das Medizinalamt macht bekannt, daß seit dem Tode des hier an der Pest verstorbenen Seemanns Runge 10 Tage verfloßen sind, ohne daß eine neue Erkrankung an Pest oder der Verdacht einer solchen hier vorgekommen ist, und daß daher jede Gefahr einer Verbreitung der Pest in Bremen als ausgeschlossen gelten kann.

Das Traubgold.

Hamburg, 15. November. (B. Z. B.) In der Angelegenheit der Beschlagnahme von 30 Kisten Gold aus dem Dampfer „Bundesrat“ hat das hanseatische Oberlandesgericht die Verfügung des Landgerichts aufgehoben und die Formate des Goldes rückgängig gemacht. Das Gold wird somit der Adressatin, der hiesigen Handelsfirma Krudt u. Cohn ausgeliefert.

Der Jar.

Petersburg, 15. November. (B. Z. B.) Das über den Gesundheitszustand des Kaisers von Rußland heute vormittag um 10 Uhr ausgegebene Bulletin lautet: „Se. Majestät brachte den ganzen gestrigen Tag gut zu. 7 Uhr abends war die Temperatur 39,2, der Puls 76; 10 Uhr abends Temperatur 38,8, der Puls 68. Nachts schlief Se. Majestät gut. Morgens war die Temperatur 38,2, der Puls 72. Das Allgemeinzustand ist gut. Der Kopf schmerzt nicht und ist vollkommen klar.“

Mord- und Komplottprozess.

Dufarek, 15. November. (B. Z. B.) Heute wurde der wegen Missethat an der Ermordung Bilowis angeklagte Student Alexander Trifanoff verurteilt. Derselbe erklärt, er habe dem Komitee in Sofia die Gründung einer Gesellschaft in Dufarek vorgeschlagen, um die Revolution in Sofia vorzubereiten. Sarafow habe dies Schreiben gebilligt. Der Präsident verliest ein Schreiben Sarafows, in welchem von der Ausführung des „großen Plans“ die Rede ist und befragt Trifanoff, was dieser Plan bezwecke. Derselbe antwortet: „Die Ermordung des Königs Karol.“

Labian, 15. November. (B. Z. B.) Der Königsberger Dampfer „Adler“ ist mit 15 Passagieren und der Besatzung des Königsberger Dampfers „Cito“ hier eingetroffen, welcher im Kurischen Haff bei Lönne 1 auf einen Steinblock geraten und gesunken ist.

Paris, 15. November. (B. Z. B.) Heute abend fand im Hotel Continental ein von den fremden Ausstellungs-Kommissionären veranstaltetes Abschiedsbankett statt, welchem die Minister, die leitenden französischen Ausstellungsbehörden und sonstige zahlreiche Persönlichkeiten der offiziellen Welt beizwohnten. Der deutsche Reichskommissar, Geheimrat Richter, der bei dem Bankett den Vorsitz führte, hielt eine Rede, in welcher er die Vorfeier Weltausstellung pries, welche nach innerer Bedeutung und sachlichem Werte ihre europäischen und außer europäischen Vorgängerinnen bei weitem übertrug. Mit besonderer Dankbarkeit gedachte Redner der gastlichen Aufnahme und der schmeichelhaftesten Aufmerksamkeit, welche den fremden ausländischen Kommissionären seitens des Präsidenten Loubet und seiner Gemahlin zu teil geworden. Er erhob sein Glas auf das Wohl des Präsidenten und der Madame Loubet.

Bayonne, 15. November. (B. Z. B.) Vergangene Nacht ist der Südepprechung unweit von Dax zwischen Saint-Seours und Sandusse entgleist. Es sollen Personen getötet und verletzt worden sein; von hier sind 7 Verzte nach der Unfallstelle gerufen worden. Der Verkehr ist gestört.

Bei der Entgleisung des Südepprechung unweit Dax wurden nach foliel bisher bekannt ist, etwa 12 Personen getötet und ungefähr 20 verletzt. Der Unfall soll zu große Fahrgeschwindigkeit herbeigeführt haben.

Vort Said, 15. November. (B. Z. B.) Die „Gelderland“ ist heute Nachmittag mit dem Präsident Krüger an Bord in See gegangen.

Reichstag.

2. Sitzung. Donnerstag, den 15. November 1900.

Am Bundesratsstische: Niemand.
Präsident Graf Vassestrem eröffnet die Sitzung nach 2 1/4 Uhr.
Die sozialdemokratische Fraktion hat folgende Interpellation eingebracht: Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichstanzler gegen die Beamten des Reichsamts des Innern zu ergreifen, welche von einer Interessenten-Gruppe, dem Centralverbande deutscher Industrieller, die Summe von zwölftausend Mark gefordert und erhalten haben, um damit die Agitation für den vom Bundesrat dem Reichstage am 26. Mai 1899 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu betreiben.

Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Präsidenten, der Vicepräsidenten und der Schriftführer. Nach § 9 der Geschäftsordnung sind die Wahlen Zettelwahlen.

Während der Ermittlung des Resultats der Wahl des Präsidenten fragt

Vizepräsident v. Frege: Die Herren Schriftführer sind sich nicht einig darüber, ob und wie der Herr Abg. Förster-Sachsen gestimmt hat. (Stürmische Heiterkeit.)

Zur Wahl des Präsidenten werden 294 Zettel abgegeben, davon 26 weiße, die übrigen lauten auf den bisherigen Präsidenten Grafen Vassestrem.

Vizepräsident v. Frege: Ich frage den Herrn Abgeordneten Grafen Vassestrem, ob er die Wahl annimmt?

Abg. Graf Vassestrem: Ich nehme die Wahl an. (Bravo! links.)

Vizepräsident v. Frege:

Sir kommen nunmehr... (Große Heiterkeit.) Graf Vassestrem nimmt etwas gewaltsam den Präsidentensitz ein. (Erneute große Heiterkeit.)

Präsident Graf Vassestrem:

Meine Herren! Sie haben mir wieder die große Ehre erwiesen, mich zum Präsidenten des deutschen Reichstags zu wählen. Sie haben mir nicht nur eine große Ehre hierdurch erwiesen, sondern auch eine besondere Genußgenuss bereitet. Diesmal haben Sie mich nicht als einen Unbekannten gewählt, wie das letzte Mal, sondern Sie haben mich gewählt, nachdem ich zwei Jahre die Geschäfte des Präsidiums geführt habe. Ich glaube daher aus Ihrer Wahl entnehmen zu dürfen, daß Sie im großen und ganzen mit meiner Geschäftsführung nicht ganz unzufrieden waren. (Sehr richtig!)

Meine Herren! Diese erneute Wahl wird mir ein Ansporn sein, auch in dieser Session diejenigen Prinzipien hochzuhalten, welche mich bei meiner ersten Wahl geleitet haben. Auch in dieser Session will ich die Würde des Reichstags nach jeder Richtung wahren. (Bravo!) Ich will ferner die größte Unparteilichkeit walten lassen; weder auf Partei noch auf Person geben, wenn ich meine Präsidialbefugnisse ausübe. Endlich will ich mir Mühe geben, die Geschäfte, mit denen der Reichstag befaßt wird, möglichst zu fördern. Um aber dies zu erreichen, dazu bedarf ich Ihrer Mithilfe, nur dann wird es mir möglich, dies zu erreichen. Die große Zahl der Stimmen, die sich auf mich vereint hat, läßt mich hoffen, daß mir diese Mitwirkung auf meiner Seite des Hauses fehlen wird. Nochmals meinen herzlichsten Dank für den Vertrauensbeweis, den Sie mir gegeben haben. (Bravo!)

Es folgt die Wahl zum ersten Vizepräsidenten. Abgegeben werden 290 Zettel, davon 90 unbeschrieben. Von den gültigen 200 Stimmen lauten auf den Abg. v. Frege (L.) 190 Stimmen. Derselbe ist somit gewählt und nimmt die Wahl dankend an. Außerdem waren gefallen auf den Abg. v. Treuenfels (L.) 3, auf den Abg. Singer (Soz.) 2, den Abg. Dr. v. Levetzow (L.) 1, den Abg. Schrempf (L.) 1 (Heiterkeit), den Abg. Graf v. Bismarck-Wohlen (L.) 1, den Abg. Schmidt-Eberfeld (Soz. Sp.) 1, den Abg. Dr. Schoenlant (Soz.) 1 Stimme.

Bei der Wahl zum 2. Vizepräsidenten werden 293 Zettel abgegeben. Unter 8 ungültigen lautet einer auf Li-Sung-Tsang. (Große Heiterkeit.) 4 Zettel sind unbeschrieben. Von den 288 gültigen lauten 181 auf den Abg. Büsing (natl.), 55 auf den Abg. Schmidt-Eberfeld (Soz. Sp.), 50 auf den Abg. Singer (Soz.). Der Abg. Büsing (natl.) ist somit zum 2. Vizepräsidenten gewählt; er nimmt die Wahl mit Dank an.

Es folgt die Wahl der Schriftführer. Präsi. Graf Vassestrem schlägt vor, das Ergebnis der Wahl erst nach Schluß der Sitzung zu erörtern und in der nächsten Sitzung bekannt zu machen. Zu Quäsioren werden die Abg. Dr. Nintelen (L.) und Müsch-Ferber (natl.) ernannt. Damit ist der Reichstag konstituiert. Hierauf gedenkt der Präsident in der üblichen Weise der verstorbenen Abg. Viehnecht (Soz.), v. Dzierzowski (Womst. Sp.), v. Wanteuffel (Soz.). Die Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen.

Schließlich wird der schleunige Antrag auf Einstellung des Verfahrens gegen den Abg. Dr. Heim (L.) debattelos genehmigt. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Montag, den 19. November, 2 Uhr. Tagesordnung: 1. Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Fischer-Sachsen (Soz.) 2. Interpellation Ubrecht und Genossen wegen der 12 000 M.-Affäre. 3. Nachtrags-Etat für die China-Expedition.

Schluß der Sitzung 5 1/4 Uhr.

Prozeß Sternberg.

Rach Eröffnung der Sitzung teilt Landgerichtsdirektor Müller mit, daß wieder eine ganze Anzahl anonyme Briefe eingegangen sei, die er ad acta gelegt habe, da sie ganz unzutreffende Urteile und schwere Verleumdungen einzelner an der Verhandlung beteiligter Faktoren enthalten. Justizrat Dr. Sello teilt mit, daß auch ihm anonyme Zuschriften zugegangen sind.

Ferner teilt der Vorsitzende mit: Er habe sich auf Grund des Antrags der Verteidigung, die Landgerichtsräte Regenbergs und Kämpfers als Zeugen zu vernehmen, an den Landgerichtspräsidenten gewandt, um die erforderliche Genehmigung zur Vernehmung dieser Richter herbeizuführen. Der Herr Landgerichtspräsident Braun habe darauf erwidert: Die Genehmigung zur Vernehmung der beiden genannten Richter über Umstände und Eindrücke, welche sie bei der früheren, unter Aufsicht der Öffentlichkeit stattgefundenen Verhandlung derselben Strafsache gewonnen, werde verweigert, weil die Ablegung des Zeugnisses diese beiden Richter in eine derartige Position der richterlichen Pflichten bringen würde, daß dies für das Wohl des Deutschen Reichs und des Bundesstaats Preußen schädlich sein könnte.

Hierauf wird die am Dienstag abgebrochene Vernehmung der jetzt 16jährigen Callis fortgesetzt. Sie bleibt trotz der eindringlichsten Verwarnungen des Vorsitzenden vor dem Meinen dabei, daß sie am Dienstag die reine Wahrheit gesagt habe, ohne von irgend einer Seite beeinflusst worden zu sein. Es sei richtig, daß sie früher das stille Gegenteil gesagt habe, doch sei dies auf Anregung der Frau Hausmann geschehen, bei der sie damals gewohnt habe. Frau H. habe versucht, von Herrn Sternberg Geld zu erholen, und da sie solches nicht bekam, habe sie ihr gesagt, es könne gar nicht schaden, wenn sie schlecht gegen St. ausjage, ihr könne nichts passieren. Tatsächlich sei Sternberg nicht der Mann, mit dem sie bei der Fischer zusammen gewesen sei. Sie habe zwar früher erklärt, daß sie St. nach der Photographie erkenne, dies sei aber nicht richtig, denn tatsächlich habe sie Herrn St. früher nicht gesehen. Sie bleibt dabei, daß dies nun die reine Wahrheit sei. Aus ihren Besuchen bei der Fischer habe sie einen Vorteil von

etwa 100 M. gehabt, das Geld habe sie für sich verbraucht. Die Zeugin hat, wie sich aus der weiteren Vernehmung ergibt, auch die Mädchen Leichter und Schnörwange zu der Masse Fischer gebracht. Sie will mit dem betreffenden Herrn, der der Angeklagte Sternberg nicht sei, auch bei einer Frau Krüger verkehrt haben. Später ist sie zu Frau Hausmann gegangen. Da sei eines Tags, an welchem sie vormittags auf dem Polizeipräsidium vernommen worden, der Angeklagte Lupp mit noch zwei Herren erschienen und hätten sie befragt, was sie ausgesagt habe. Es habe ihr geschienen, als ob die Herren schon ziemlich genau wüßten, wie ihre Aussage ausgefallen sei. Der eine Herr half ihr bei der Aussage aus, der andre stenographierte alles und Herr Lupp habe sie ermahnt, die Wahrheit zu sagen. Eine Vereinfachung habe seitens Luppas nicht stattgefunden. Einer der Herren habe auf Sternbergs Willkür hingewiesen und gesagt, derselbe wünte viel Geld hinausweisen, und da habe sie gesagt: „Na, dann könnte er ja 'mal

ein paar braune Lappen schmeißen“.

die Herren hätten aber gesagt, das ginge nicht, das wäre Verleumdung. — Präsi.: Sie hätten aber vielleicht das Gefühl, daß der Goldstrom sich später über Sie ergehen könnte? — Zeugin: Ja. — Präsi.: Wirkt das vielleicht auf Sie ein, jetzt hier die Unwahrheit zu sagen? — Zeugin: Nein. — Präsi.: Der Goldstrom ist aber nicht gekommen, dagegen wissen Sie noch von andern Vereinfachungen, die Sie nun erzählen müssen. — Die Zeugin erzählt, daß als sie und Frau Hausmann vor dem Untersuchungsrichter vernommen worden, ein Herr, der sich als „Kapitän Wilson“ vorgestellt, mit ihnen in Verbindung gesetzt und ihnen gesagt habe, sie sollten doch nicht so ungünstig gegen Sternberg aussagen. Nachdem sie ihre Aussage vor dem Untersuchungsrichter gemacht, habe Kapitän Wilson mit ihnen im Zimmer für Angeklagte ein Glas Bier getrunken und dabei einen Revolver hervorgezogen, mit der Drohung,

Frau Hausmann niederzuschießen,

wenn sie ihn verraten würde. Dann sei er — wie er sagte, im Auftrag des Herrn Lupp — mit ihnen zum Mittagessen zu Peter Weder gegangen und habe dort wieder gesagt, Sie sollten doch nicht gar so ungünstig ausfallen. — Präsi.: War denn der Revolver des Kapitän Wilson ein wirklicher Revolver oder etwa nur ein solcher von Chokolade? — Zeugin: Es war ein wirklicher Revolver. — Auf Befragen des Vorsitzenden erzählt die Zeugin weiter: Kapitän Wilson habe sie und Frau Hausmann am nächsten Tag nach einer Konditorei beim Anhalter Bahnhof bestellt und dort im Lauf des Gesprächs der Frau Hausmann 300 M. auf einen Scheckschein gegeben, wobei er durchsichtigen ließ, daß noch etwa 1500 M. zur Verfügung ständen, wenn sie ihre Aussagen gemacht haben würden. Die Zeugin will der Frau Hausmann ihre Vermutung ausgedrückt haben, daß das Geld doch wohl von Herrn Lupp herrähre. Zum nächsten Vormittag hatten sie wieder ein Rendezvous mit Kapitän Wilson am Anhalter Bahnhof verabredet und da habe Frau Hausmann dem Kapitän gesagt, er solle doch die 300 M. lieber zurücknehmen und ihr den Scheckschein zurückgeben, denn sie wolle das Geld doch lieber nicht haben. An demselben Abend ist dann — wie schon an einem früheren Verhandlungstag zur Sprache gebracht worden — der

Schumann Stierstädter

in der Wohnung der Frau Hausmann gewesen und diesem hat sie, wie auch schon erwähnt worden, die 300 M. mit dem Vermerken übergeben: „Sie wolle das Scheckgeld nicht!“ — Angeklagter Lupp erklärt, daß Kapitän Wilson, den er nicht näher kenne, das Geld von ihm nicht habe. Auf Vorhalten des Präsidenten, daß doch die Wahrscheinlichkeit dafür spreche, deutet Angeklagter Lupp an, daß das Geld der Frau Hausmann vielleicht von anderer Seite zugesandt sein könnte, um zu Ungunsten Sternbergs verwendet zu werden. Er mache darauf aufmerksam, daß Frau Hausmann eine Zeit vorher bei ihm gewesen sei und Geld von ihm haben wollte, daß er dies aber direkt abgelehnt habe. Wie sollte er nun dazu kommen, später auf Umwegen der Frau Hausmann Geld zu geben, welches er ihr ja direkt hätte geben können. — Die Zeugin Callis wird wiederum vom Vorsitzenden befragt, ob sie beschwören wolle, daß sie diesmal die Wahrheit gesagt habe, und sie

erklärt sich zum Schwur bereit.

Die Zeugin behauptet ferner: In dem Gespräch, welches die drei Männer mit ihr gehabt haben, habe Herr Lupp zuerst gesagt: das kann ja Sternberg gar nicht sein. Als sie dann auf Befragen die Kleidung des betreffenden Herrn beschrieben, habe Herr Lupp geäußert: „Die Kleidung würde stimmen.“ Angell. Lupp bestreitet dies; er habe im Gegenteil von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, daß die ganze Sache Schwindel sei. — Weistiger Landgerichtsrat Lauterius wünscht vom Angell. Lupp eine bestimmte Antwort darauf, ob er den „Kapitän Wilson“ überhaupt nicht kenne. — Angell. Lupp: Er kenne den Mann nicht und habe erst später von einem Kapitän Wilson gehört. — Landgerichtsrat Lauterius hält das für nicht glaubhaft, da nach der Bekundung der Callis der Angeklagte bei der Vernehmung auf dem Gerichtsfloridor den Kapitän Wilson begrüßt habe. Auch dies erklärt Angell. Lupp für unrichtig; er habe den betreffenden Mann zufällig auf dem Gerichtsfloridor getroffen und mit ihm einige Worte gesprochen.

Zweifel des Staatsanwalts.

Staatsanwalt Braut richtet noch viele und eindringliche Fragen an die Zeugin, die teils auf etwaige Vereinfachungen, teils auf Unwahrscheinlichkeiten in der Aussage der Zeugin Bezug haben. Wegen dieser Fragestellung erhebt die Verteidigung Einspruch, der Vorsitzende läßt sie aber zu, da es auch ihm so ercheine, als ob die Zeugin mit der Wahrheit zurückbleibe. — Der Staatsanwalt wünscht insbesondere die Feststellung, ob die Zeugin, nachdem sie bei Herrn v. Tresdow die Photographie des Angeklagten gesehen, zu der Frau Hausmann gesagt habe: „Sie habe bekundet, daß sie „Herrn Sternberg“ (also unter spezieller Namensnennung) wieder erkenne habe.“ Die Zeugin wehrt nicht, ob sie dabei den Namen Sternberg genannt habe; jedenfalls habe Frau Hausmann gesagt: „Das hättest Du nicht sagen sollen, wir hätten uns ja im guten einigen können.“ — Auf weiteres Befragen des Staatsanwalts giebt die Zeugin zu, daß später eine Frau Stabs einmal an sie herangetreten sei und ihr vorgehalten habe: sie habe doch mancherlei Unwahres ausgesagt und wenn sie etwas widerrufen wolle, dann solle sie es nur thun. Darauf habe sie sich auch bereit erklärt, die Unwahrheiten zu widerrufen und habe dies auch einem Herrn Wolf gegenüber getan. Der Zeugin wird nochmals das Bild Sternbergs vorgelegt; sie bleibt dabei, daß dieser der Mann, mit dem sie verkehrt, nicht sei, dieser auch ganz anders spreche. Angeklagter Sternberg meint, die polizeiliche Photographie, nach der er von der Zeugin erkannt sein soll, sei so wenig ähnlich, daß er sich bei dem betreffenden Photographen freiwillig nicht photographieren lassen würde. — Zahlreiche weitere Fragen des Staatsanwalts Braut haben die Tendenz, aus der Zeugin herauszubekommen, wie sie nur dazu gekommen sei, früher angeblich so furchtbare Unwahrheiten gegen den Angeklagten Sternberg auszusagen. Die Zeugin bleibt dabei, daß Frau Hausmann eines Tags zu dem Angeklagten Lupp gegangen und von diesem im Oroll geschieden sei; darauf habe sie der Zeugin gesagt, sie solle nur Sternberg recht hineinlegen, das könne gar nichts schaden. Sie habe dies so ausgesagt, daß sie ihn durch Unwahrheiten hineinlegen solle. Frau Hausmann habe hinzugefügt, daß alsdann schon die Freunde des Herrn Sternberg von selbst mit Anerbietungen kommen würden. — Präsi.: Sind denn nun die Kreunde mit solchen Anerbietungen gekommen? — Zeugin: Nein. — Der Staatsanwalt hält es für wenig wahrscheinlich, daß die Zeugin ein einfacher Spielball in der Hand

der Hausmann gewesen sein und nach deren Wunsch bald Unwahrheiten, bald Wahrheiten bekundet haben sollte. Die Zeugin wiederholt, daß sie jetzt die Wahrheit gesagt habe. — Auf Befragen des Justizrats Dr. Sello bestätigt Zeugin v. Tresdow, daß es öfter vorkomme, daß sich Rekognitionen auf Grund von Photographien nachher als unzuverlässig erweisen. Rechtsanwalt Dr. Werthauer betont, daß seiner Zeit gleichzeitig zwei Kuppelungen gegen eine Frau Krüger und die Frau Hausmann schwebten und die beiden Frauen sich durch alle möglichen Behauptungen hineinzuversetzen suchten.

Weitere Entlastungen Sternbergs.

Die Zeugin Ehler wird mit der Zeugin Callis konfrontiert, die Konfrontation ergibt wesentliche Widersprüche nicht, die Zeugin Ehler erklärt, daß die Callis ihr gegenüber den Namen Sternberg nicht genannt habe. Da die Ehler auch noch zwei andre jetzt in Plozensee sitzende Mädchen als solche benennt, die mit dem „reichen Maler“ zu thun gehabt haben, sollen diese beiden Mädchen vorgeladen werden. — Justizrat Dr. Sello und Rechtsanwalt Dr. Werthauer wünschen Auskunft, wie der Mann ausgesehen habe, der in dem Kuppelprozeß Krüger als Zeuge aufzutreten hatte? — Zeugin v. Tresdow erklärt, daß dieser Mann, der ein junger Italienermäßig aufreiter Mann gewesen, ganz anders ausgesehen habe. — Die Verteidigung beantragt die Vorlegung der Akten in der Sache Krüger. — Justizrat Dr. Sello richtet auch seinerseits eine ganze Reihe von Fragen an die Zeugin Callis, um zu erfahren, wie der Pelz ausgesehen hat, den der „reiche Maler“ getragen. Durch diese Fragen wird festgestellt, daß der Zeugin die fragliche Photographie nur ein einziges Mal vorgelegt worden und zwar erst eine geraume Zeit später, als sie mit dem „Maler“ verkehrte. — Justizrat Dr. Sello: Hat jemand bei Beginn der jetzigen Verhandlungen Sie schon einmal gefragt, ob Sternberg der betreffende Mann sei? — Zeugin: Ja, am ersten Tage hat mich Herr v. Tresdow danach gefragt. — Justizrat Dr. Sello: Und was war Ihre Antwort? — Zeugin: Ich habe sofort gesagt, daß Herr Sternberg der Mann nicht sei. — Zeugin v. Tresdow bestätigt dies durch Kopfnuten. — Rechtsanwalt Dr. Werthauer stellt durch Fragen fest, daß der Zeuge Stierstädter der Callis einmal geraten habe, bei der Frau Hausmann zu bleiben, daß der Mann, den die Zeugin meint, in den dreißiger Jahren sei, während sie Herrn Sternberg auf 45 bis 46 Jahre schätzt, und daß in der ganzen Untersuchung bis jetzt Sternberg ihr nicht persönlich vorgestellt worden sei. — Nach einer kurzen Pause wird Frä. Katharina Mayer, die Oberin des

Magdalenenhauses

in Brandenburg a. G. vernommen. Die Zeugin Ehler ist seit dem 17. September d. J. in diesem Erziehungsheim, sie hat jedoch der Oberin nichts von ihren Abenteuern mit dem „reichen Maler“ erwähnt. Als der Vater Ehler nach Brandenburg kam und der Tochter aufgab, ihm ihre Weichte schriftlich zu fixieren, hat er die Tochter als ungeschicklich und lächerlich geschildert. — Weistiger Landgerichtsrat Lauterius: Hat die Zeugin, trotzdem die Ehler leichtsinnig und flatterhaft ist, doch die Erfahrung gemacht, daß diese erster Spruchzugänglich ist? — Die Zeugin kann nicht sagen, daß die Ehler besonders lächerlich oder erfindungsreich sei; sie sei wohl ungeschicklich und leichtsinnig, aber weniger verlogen. — Auf Vorhalt des Rechtsanwalts Heine mann giebt die Zeugin die Möglichkeit zu, daß die Ehler, wenn ihr etwas Bestimmtes in Frageform vorgelegt wird, so daß sie annehmen kann, daß eine bestimmte Antwort von ihr erwartet wird, zuerst etwas sagt, was sie nachher nicht aufrecht erhalten kann. — Weistiger Landgerichtsrat Lauterius: Wenn sie aber fort und fort bei ihrer Aussage bleibt? — Zeugin erklärt, daß sie darauf keine Antwort geben kann. — Auf zahlreiche Fragen der Rechtsanwalts Dr. Werthauer erklärt die Zeugin u. a., daß die Ehler unter andern Umständen auch häufig mit dem Essen um sich schleudere. Einen Eid würde ihr die Zeugin nicht anvertrauen, da sie sie dazu für zu leichtsinnig hält. — Nach weiteren Fragen des Rechtsanwalts Heine mann, die sich auf den Charakter der Ehler beziehen, wird die Zeugin Mayer entlassen.

Nächste Zeugin ist die 16jährige Elisabeth Sauer mann. Sie hat von der Callis gehört, daß bei der Fischer ein Maler aus Frankfurt a. O. sei, der junge Mädchen zum Modellstehen gebrauche und die Mädchen viel Geld verdienen lasse. Sie habe dann auch eines Tags zur Fischer hingehen wollen, diese aber nicht angetroffen und sie habe deshalb die Fischerische Wohnung überhaupt nicht kennen gelernt. Die Callis habe ihr nichts von Herrn Sternberg erzählt, sie selbst kenne letzteren überhaupt nicht. (Die Ehler dagegen hatte bekundet, daß die Sauer mann eine von den Mädchen gewesen sei, die ihr von dem Verlehr mit dem Maler erzählt haben.) — Die Zeugin Ehler giebt auf Befragen noch die Namen verschiedener Mädchen an, die ihr von einem Modellmaler aus Frankfurt a. O. erzählt haben sollen, mit dem sie bei einer Frau Krüger verkehrt habe. — Justizrat Dr. Sello betont, daß Frau Krüger in der ersten Verhandlung unter ihrem Eide bestritten hat, daß Sternberg bei ihr verkehrte, so daß der betreffende Mann ein anderer gewesen sein müßte.

Die Krankheit des Detektiv-Direktors.

Staatsanwalt Braut teilt hierauf folgendes mit: Nach einer Mitteilung des Kriminalhauptmanns Tietz über den Detektiv-Direktor Schulze, welcher heute wegen angeblicher Krankheit heiligt worden ist, in der Weinstube von Peter Weder, er habe die Zeugin Hausmann dorthin kommen lassen, sei dann aber mit ihr verschwunden, als der Kriminalbeamte nahte. — Der Gerichtshof beschließt die Vernehmung des Schumanns Tietz und der Frau Hausmann.

Die Zeugin Ehler erklärt auf Befragen, daß ein andres Mädchen von einem „Herrn aus der Wilhelmstraße“ gesprochen habe. — Die Zeugin Sauer mann setzt ihrerseits hinzu, daß ein Mädchen Namens Erhardt ihr einmal gesagt habe: sie habe mit Sternberg nicht verkehrt, sie sage es aber, denn derselbe müsse hineinfallen. — Minna Leichter, ein groß gewachsenes, jetzt 14jähriges Mädchen, ist seiner Zeit einmal ihren Eltern weggelaufen und in jener Zeit mit der Callis einmal bei der Fischer gewesen. Was dort mit einem antwefenden Herrn vorgefallen, schildert die Zeugin wesentlich anders, als die Callis, beide Mädchen werfen sich gegenseitig Unwahrheiten vor. Minna Leichter giebt zu, daß sie ihr Alter dem Herrn gegenüber fälschlich als über 14 Jahre angegeben habe. Der betreffende Herr sei viel jünger gewesen wie Herr Sternberg, er sei etwa 24 Jahre alt gewesen und mit Herrn Sternberg nicht identisch. — Auf Befragen, ob jemand auf sie eingewirkt habe, erklärt die Zeugin: Herr Stierstädter sei mehrmals bei ihr und ihren Eltern gewesen und habe auf sie eingewirkt. Herr Stierstädter habe sie einmal aus der Schule geholt und auf dem Wege aus sie eingeredet, daß der Mann, den er ihr zeigen werde, Herr Sternberg sei und es sein müsse, denn es habe sonst kein Herr bei der Fischer verkehrt. Auf dem Polizeipräsidium habe Herr Stierstädter erst Wasser in das Waschbecken gegossen und ihr gesagt, sie solle sich erst das Gesicht waschen, damit sie nicht so verwirrt aussehe. Als ihr das Bild zuerst vorgelegt worden, will die Zeugin in demselben Herrn Sternberg nicht mit der Bestimmtheit erkennen haben, wie das Protokoll behauptet. — Zeuge Stierstädter tritt den Behauptungen des Mädchens entschieden entgegen, die Leichter bleibt aber dabei und fügt hinzu, daß

Stierstädter ihr gedroht habe:

sie werde in ein Erziehungsheim gebracht werden, wenn sie nicht logte, daß sie Herrn Sternberg kenne. Auch dies bestritt Zeuge Stierstädter entschieden, auch als ihm die Leichter auf Verlangen des Staatsanwalts es ins Gesicht sagt. — Weiter ergibt sich, daß die Callis über das Stehlbilden, das die Leichter in der Fischerischen Wohnung mit dem Herrn gehabt hat, Einzelheiten angegeben hat, die sie jetzt als blande Erfindungen selbst bezeichnet. — Auf Befragen des Justizrats Dr. Sello giebt Kriminalkommissar v. Tresdow

zu, daß den betreffenden Mädchen zur Rekognition nur das Bild des Herrn Sternberg, nicht aber auch noch die Bilder anderer Männer vorgelegt worden seien. Das Protokoll über die Aussage der Zeiger habe er ganz gewissenhaft aufgenommen. — Auf weiteres Befragen des Rechtsanwalts Heine mann wiederholt die Zeiger ihre Beschuldigungen gegen Herrn Sternberg. Sie behauptet sogar noch: Herr Sternberg habe von seiner Schwester gesprochen, die in einem Verein sei, und wenn sie (Zeiger) sage, daß sie Sternberg kenne, dann würden ihre Eltern Bezüge, Löhne und dergl. und sie selbst einen

Einsparungsdarung erhalten.

Die Zeiger beruft sich auf die Callis, die auch dabei gewesen sei; letztere kann sich nur erinnern, daß Herr Sternberg von seiner „reichen Schwester“ gesprochen habe. — Rechtsanwalt Buchs I stellt fest, daß die Zeiger Zeiger sofort bei ihrer Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter, wo Herr Sternberg gezeigt worden, angegeben hat, daß dies der Mann nicht sei. — Zeuge Sternberg erklärt, daß er gar keine reiche Schwester besitze und von einer solchen nicht gesprochen habe. Er habe nur einmal der Mutter Zeiger gesagt, daß sich viel mehr Leute an sie herandrängen würden, daß sie sich auf nichts einlasse, und wenn sie bedürftig wäre, sich lieber an ein Stütz wenden und um Unterstützung einkommen sollte. Er habe eine Schwägerin, die barmherzige Schwester in einem solchen Stütz sei. — Der Zeuge Sternberg entwirft von dem Charakter der beiden Zeigerinnen Zeiger und Callis ein sehr abstoßendes Bild, führt eine große Anzahl von Einzelheiten auf, wird aber von den beiden Mädchen wiederholt sehr lebhaft mit den Worten: „Das ist nicht wahr!“ unterbrochen, die Callis ruft ihm sogar höchst erregt zu: „Ich habe Sie noch nicht belogen, jetzt lügen Sie!“

— eine Bemerkung, die ihr eine Klage des Vorstehenden einträgt.

Es wird sodann der Kriminalkathmann Lieh über das Intermezzo bei Peter Becker vernommen. Er will bemerkt haben, daß die Zeigerin Hausmann in die Bedersche Weinhandlung gegangen sei, wo Direktor Schulze gefessen habe. Als er selbst (der Zeuge) in die Weinhandlung gekommen sei, habe er gefragt, ob nicht noch ein anderer Zimmer vorhanden sei, der kleiner habe dies aber verneint. Thatsächlich habe er aber festgestellt, daß noch ein Hinterzimmer vorhanden sei, welches noch einen Ausgang nach der Werfstraße habe. Frau Hausmann habe erst in einer Konditorei gefessen, dann sei Herr Wolf gekommen, habe mit ihr gesprochen und sie sei dann fortgegangen. Sie habe in der Konditorei auch von 20 000 M. gesprochen.

Weitere Festsetzungsversuche.

Frau Valeria Hausmann bestätigt, daß sie in der Konditorei von einem Kellner der Bederschen Weinhandlung herausgerufen worden sei, da sie ein Herr zu sprechen wünsche. Sie habe allerdings gesagt, daß sie sich um 20 000 M. nicht mehr kaufen lasse, sondern die Wahrheit sagen werde, daß sie die Callis nicht zu ihrer Aussage beeinflusst habe. Als sie auf die Straße gekommen sei, habe sie dort einen ihr der Person nach bekannten, dem Namen nach aber unbekanntem Mann getroffen, der sie die Werfstraße entlang in eine Querstraße und dort in eine Weinhandlung geführt habe. Dort haben sie über die Callische Aussage gesprochen, sie habe gesagt, daß sie jetzt die reine Wahrheit sagen werde, worauf der Herr ihr vorgeschlagen habe: es würde das beste sein, wenn sie verschwände; sie sollte sich heute dispensieren lassen und dann nach Holland abreisen. Ueber die näheren Bedingungen sollten mündliche Besprechungen folgen und der Herr hatte ihr gesagt, es würde bei ihr nachmittags 4 Uhr ein Telegramm eintreffen, in welchem weiteres mitgeteilt würde.

Der Gerichtshof beschließt, sofort durch einen Schutzmänn in der Wohnung der Zeigerin nach dem Telegramm nachzusehen und daselbe eodent. sofort herbeizuführen zu lassen.

Frau Hausmann, weiter zur Sache befragt, erklärt, daß die Callis nach ihrer Vernehmung auf der Polizei ihr aus eigenem Antrieb alles erzählt habe, was ihr bei der Fälscher passiert sei. Sie habe ihr auch gesagt: in der ihr vorgelegten Photographie „glaube“ sie Herrn Sternberg wieder zu erkennen. Sie ist dann sofort zu Herrn Lippa gegangen, um ihm mitzuteilen, daß die Callis zu Ungunsten Sternbergs ausgesagt habe. Sie habe den Erfolg dieser Mitteilung abgewartet, der Erfolg sei aber ein negativer gewesen, denn Herr Lippa habe

kein Geld gegeben.

Sie bestreitet, daß sie unzufrieden mit Herrn Lippa auseinander gegangen sei. Nachher sei Herr Lippa zu ihr gekommen, ein einmal mit der Callis selbst zu sprechen, da er deren Aussagen für Lügen halte. Die Callis habe aber ihre Beschuldigungen wiederholt und den Mann, mit dem sie zu thun gehabt, beschrieben. Herr Lippa habe dabei immer mit dem Kopf geschüttelt, weil er der Callis nicht glaubte; irgend welche Versprechungen habe Herr Lippa nicht gemacht. Denselben Abend sei Herr Lippa mit zwei anderen Herren wiedergekommen und die beiden Herren hätten mit der Callis allein verhandelt. Nach der Mitteilung der Callis soll der eine Herr zu ihr gesagt haben: sie konnte unter Eitenkontrolle und ins Arbeitshaus

kommen, wenn sie nicht die Wahrheit sage. — Präsi.: Hat sie vielleicht gesagt, daß sie „zu Gunsten Sternbergs“ ausgesagt hätte? — Zeugin: Nein. Die Zeugin bestreitet entschieden, daß sie aus irgend welchen materiellen Gesichtspunkten die Callis dazu bestimmt habe, zu Ungunsten von Sternberg auszusagen. Herr Sternberg habe ihr einmal gesagt, sie solle die Callis bei sich behalten, bis der Sternberg'sche Prozeß beendet sei. Sie habe sie aber vorzugsweise aus dem Grunde bei sich behalten, weil sie dieselbe als Belastungszeugin gegen die Frau Krüger gebrauchte, von der sie angezeigt worden sei. Die Zeugin behauptet, daß sie der Callis sogar zuerst — als ihr die Photographie vorgelegt worden — gesagt habe: sie brauche den Mann ja nicht wieder zu erkennen, sie brauche ihn ja nicht hineinzulegen. Als ihr die Photographie vorgelegt worden sei, habe sie gesagt, sie glaube nicht, daß sie den Herrn kenne. Sie habe dann gewartet, bis die Vernehmung der Callis beendet war. Auf weiteres Befragen widerruft die Zeugin die vorher gemachte Versicherung, die wie eine Beeinflussung der Callis zu Gunsten Sternbergs ausgelegt werden konnte, sie meint mißverstanden worden zu sein. Sie habe ihr geraten, nur in die Sache Krüger einzugehen und sich auf die Verantwortung anderer Fragen nicht einzulassen.

Der Präsident vertagt darauf die Sitzung bis Freitagvormittag 9 1/2 Uhr.

Erster deutscher Handwerks- und Gewerbelammertag.

Berlin, den 15. November 1900.

In den Germania-Sälen (Chausseest. 103) begannen heute vormittag die Verhandlungen des ersten deutschen Handwerks- und Gewerbelammertags. Es waren etwa 150 Delegierte von Handwerker- und Gewerbelammern aus allen Teilen Deutschlands anwesend. Von Regierungsvertretern waren erschienen: Geheimere Regierungsrat Graf v. Dönhoff und Regierungsdirektor zur Nieder vom preussischen Handelsministerium, Geheimere Regierungsrat Dr. Fischer von der Sächsischen Regierung, Ministerialrat Dr. Stegemann von der Mecklenburgischen Regierung, Geheimrat Laue von der Anhalt-Desauischen Regierung, Regierungsrat Wörne von der Schaumburg-Lippischen Regierung, Regierungsrat Dr. Ufinger von der Darmstädtischen Regierung, Regierungsrat Dr. Stegemann von der Braunschweigischen Regierung, Rat Dr. Wiegand von der Lübeckischen, Syndikus Dr. Schaefer von der Hamburgischen Regierung, Regierungsdirektor Dr. Trauer vom Berliner Polizeipräsidium, Regierungsrat Dr. Stolle im Austrage des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg. Der Oberbürgermeister der Stadt Berlin hatte den Vorsitzenden der Berliner Gewerbelammmertage, Carl Goldschmidt entsandt. Der Präsident der Lübeckischen Gewerbelammer, Schorer-Lübed, eröffnete den Handwerks- und Gewerbelammertag, indem er ganz besonders die Vertreter der Regierungen begrüßte. Geheimere Regierungsrat Graf v. Dönhoff: Von meinem Chef, dem preussischen Herrn Handelsminister, ist mir der ehrenvolle Auftrag geworden, den ersten deutschen Handwerks- und Gewerbelammertag zu begrüßen. Sie wissen, wieviel großen Anteil die preussische Regierung an der deutschen Handwerks- und Gewerbelammerung hat. Die preussische Regierung hat daher den schärfsten Wunsch, daß es dem deutschen Handwerk gelingen möge, die Handwerkskammern so auszubauen, daß dadurch wieder bessere Verhältnisse für das deutsche Handwerk geschaffen werden. Die königlich preussische Staatsregierung nimmt daher an Ihren Verhandlungen das regste Interesse und hegt den schärfsten Wunsch, daß Ihre Verhandlungen dem deutschen Handwerk zum Wohl und Segen gereichen mögen. (Lebhaftes Bravo.) In ähnlicher Weise äußerte sich Geh. Regierungsrat Dr. Fischer.

Stadtv. Goldschmidt: Berlin begrüßt den Handwerks- und Gewerbelammertag im Namen des Berliner Oberbürgermeisters. Es wurden alsdann Gewerbelammer-Präsident Schorer-Lübed, Obermeister Jaster-Berlin, Obermeister Nagler-München und Obermeister Meyer-Kreuzstadt O. S. zu Vorsitzenden gewählt. — Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildeten die Aufgaben der Handwerkskammern auf dem Gebiete des Lehrlingswesens.

Gewerbelammer-Syndikus Dr. Brähler-Lübed befuhrwortete, eine Reihe von Leitfäden, in denen empfohlen wird, die Beteiligten auf die Wichtigkeit des Abschlusses eines schriftlichen Lehrvertrags aufmerksam zu machen und denselben durch Aufstellung und Verbreitung angemessener Lehrverträge zu erleichtern, 2. den Innungen den Erlaß von ihren Mitgliedern zu beobachtender Vorschriften für das Lehrlingswesen durch Entwurf oder Mitteilung solcher zu erleichtern, 3. Verzeichnisse derjenigen Personen innerhalb ihres Kammerbezirks anzulegen, welchen die Verechtigung zum Halten oder Anleiten von Lehrlingen abgeht und darauf zu halten, daß Lehrlinge von Personen, welche dazu nicht berechtigt sind, nicht gehalten oder angeleitet werden; 4. Register über die bei den Innungen eingeschriebenen und von Einzelhandwerkern gehaltenen Lehrlinge soweit thunlich zu führen, die über die Lehrverhältnisse geschlossenen Verträge zu prüfen und die erforderlichen Änderungen zu veranlassen; 5. für die Gefellenprüfungsordnung den auf Veranlassung des deutschen Gewerbelammertags

aufgestellten Entwurf zu Grunde zu legen; 6. die Zwangsinnungen zu veranlassen, auch die Prüfung derjenigen Lehrlinge ihrer oder verwandter Gewerbe zu übernehmen, welche von solchen Gewerbetreibenden gehalten werden, die ihrer Innung nicht angehören; 7. freien Innungen die Ermächtigung zur Abnahme der Gefellenprüfungen nur unter Vorbehalt des Widerrufs zu erteilen und nur dann, wenn sie: a) Vorschriften für das Lehrlingswesen, gemäß dem von der Handwerkskammer aufgestellten Entwurf, eingeführt habe und streng auf deren Befolgung derselben, insbesondere auch auf den regelmäßigen Besuch der Fortbildungs- oder Innungsschule halten; b) die für ihr Gewerbe erlassene Prüfungsordnung angenommen haben; c) sich bereit erklärt haben, auch die Gefellenprüfung hinsichtlich derjenigen Lehrlinge ihres Gewerbs wahrzunehmen, welche von solchen Gewerbetreibenden gehalten werden, die ihrer Innung nicht angehören; 8. bei Errichtung von Gefellen-Prüfungsausschüssen für diejenigen Gewerbe, für welche Prüfungs-Innungsausschüsse nicht bestehen, in der Weise zu verfahren, daß für alle Gewerbe, in welchen eine größere Zahl von Lehrlingen gehalten wird, eigne Prüfungsausschüsse, für die kleineren Gewerbe aber ein gemeinsamer Prüfungsausschuss gebildet werden; 9. die Handhabung des Lehrlingswesens seitens der Innungen und der einzelnen Gewerbetreibenden durch einen Ausschuss für das Lehrlingswesen überwachen zu lassen. Dagegen ist zur Zeit noch von einer Festsetzung der Zahl der Lehrlinge und der Dauer der Lehrzeit für die einzelnen Gewerbe, soweit nicht offenbar Uebelstände zu Tage treten, seitens der einzelnen Kammern abzusehen, bis Erfahrungen auf diesem Gebiete gesammelt und die Innungsverbände gehört sind.“ Diese Vorschläge riefen eine sehr lange Erörterung hervor, die damit endete, daß dieselben mit großer Mehrheit zur Annahme gelangten.

Gewerbelammer-Sekretär Kollsch-Gitton befuhrwortete alsdann den Entwurf einer Meisterprüfungs-Ordnung. Danach hat sich laut § 9 die theoretische Prüfung zu erstrecken: auf 1. die Fachkenntnisse, 2. die Buch- und Rechnungsführung, 3. die geschäftlichen Vorschriften über das Gewerbebetriebe. Im weiteren befragt die vorgelegte Prüfungsordnung: „Ist die Prüfung nicht bestanden, so kann dieselbe vor Ablauf eines halben Jahres nicht wiederholt werden. Mehr als zweimal kann die Prüfung nicht abgelegt werden. Der Meistertitel in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks darf auch nach bestandener Prüfung von einem Handwerker nur dann geführt werden, wenn er die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen in dem Gewerbe erworben hat.“ Der Berichterstatter teilte mit, daß diese Prüfungsordnung von einer von 16. deutschen Gewerbelammertage eingesetzten Kommission ausgearbeitet worden sei; er empfehle dieselbe zur Annahme. Die Versammlung stimmte der vorgelegten Prüfungsordnung sogleich ohne Besprechung einstimmig zu.

Gewerbelammer-Sekretär Dr. Michaelis-Bremen befuhrwortete dann eine Reihe von Leitfäden, in denen die Aufgaben der Berufsverbände, die die Handwerksbetriebe zu beaufsichtigen haben, geregelt werden. Die Leitfäden gelangten ohne Besprechung einstimmig zur Annahme. — Präsident der Arnberger Handwerkskammer befuhrwortete einen Antrag: „den Herrn Handelsminister zu ersuchen, die Verfügung, daß die Kosten der Handwerkskammern in Preußen von den Gemeinden aufzubringen sind, wieder aufzuheben und zu bestimmen, daß die Kosten der Handwerkskammern von den weiteren Kommunalverbänden aufgebracht werden, wenigstens so lange, als bis durch die Handwerkskammern wirtschaftliche Erfolge für den Handwerkerstand erzielt worden sind.“ — Der Präsident der heffischen Handwerkerkammer bemerkte: Die heffische Regierung sei den Handwerkern in beachtenswerter Weise entgegengekommen, indem sie die Kosten der Kammer auf die Kreise des Landes übertragen habe. Eine Verlegung auf die einzelnen Handwerksbetriebe finde nicht statt. Es sei pro Kopf der Bevölkerung jährlich 1 Pf. auf die Kreisbudgets eingestellt, dies ergebe einen Betrag von 10 000 M. jährlich. Bei der Abstimmung erhielt keiner der Anträge die erforderliche Mehrheit.

Gewerbelammer-Syndikus Dr. Brähler-Lübed befuhrwortete einen längeren Antrag betreffend die Organisation des deutschen Handwerks- und Gewerbelammertags. Der Antrag besagt u. a.: „Der deutsche Handwerks- und Gewerbelammertag ist eine Vereinigung der deutschen Handwerks- und Gewerbelammern. Seine Aufgabe ist, die gemeinsamen Interessen des deutschen Handwerkerstands zu wahren, insbesondere eine möglichst einheitliche Durchführung des Handwerks betreffender Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung anzubahnen und die Bedürfnisse und Wünsche des deutschen Handwerkerstands durch gemeinsame Beratung zum Ausdruck, sowie durch Eingaben zur Kenntnis der Organe des Reichs und der Bundesregierungen zu bringen. Die Vertretung und Leitung liegt dem Vorort ob, der alle zwei Jahre gewählt wird. Der Vorort wird ersucht, gemeinsam mit dem Ausschuss die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift in Erwägung zu ziehen und dem nächsten Handeltage Vorschläge zu unterbreiten.“ — Nach kurzer Besprechung gelangte dieser Antrag zur Annahme. Danach wurde die Verhandlung auf Freitag, vormittags 9 Uhr, vertagt.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Bogenbauer
(Berlin III.)
Am Dienstag, den 13. d. M., verstarb nach langen, schweren Leiden unser Mitglied, der Eisenermann **August Schorin**
an Lungentuberkulose.
Ohre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Charité aus nach dem Charité-Kirchhof statt.
Um rege Beteiligung bitten
Die Ordnerverwaltung
Berlin III.

Achtung!
Allgemeine Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen
Berlin.
Am Sonntag, 18. Novbr., vormittags 10 Uhr,
Mitglieder-Versammlung
in den „Arminhallen“ Kommandantenstraße 20.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter
(E. G. 29, Hamburg.)
Filiale 7.
Sonabend, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Bergemann, Balowalferstr. 3:
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Vortrag.
2. Kassendbericht.
3. Verschiedenes. 119/6
Die Ortsverwaltung.
F. A.: G. Wansj. Bevollmächtigter.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen
(Ortsverwaltung Berlin).
Som heutigen Tage ist unsere Telefon-Nummer Amt I 8386.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.
Sonntag 12 1/2 Uhr:
Schöne Brücke nach Hermsdorf.
Aufstieg:
Tagesfahrt nach Alt-Tempel, 8 Uhr. Nachmittagsfahrt nach Nowawes (Witwe Simon), 12 1/2 Uhr. Start für beide Touren: Kaiser Wilhelm-Gedächtnisstraße.
Donnerstag, den 22. November,
Versammlung
bei R a a d e, Kolbergerstraße 23.
Tages-Ordnung:
Bericht des Vorstandes. — Ausgabe der neuen Verordnungen. — NB. In dieser Versammlung gelangen die Plakate zum Herren-Abend sowie die Spiegel zur Ausgabe.
Jeden Freitag: Kunst- u. Reigenfahrten bei R a a d e. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Gabe willkommen. [28/11]

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter
(E. G. 29, Hamburg.)
Filiale 7.
Sonabend, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Bergemann, Balowalferstr. 3:
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Vortrag.
2. Kassendbericht.
3. Verschiedenes. 119/6
Die Ortsverwaltung.
F. A.: G. Wansj. Bevollmächtigter.

Charlottenburg.
M. Schmerberg [50630]
Wilmersdorfer-Strasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerordentlich billigen Preisen.
Optische Artikel. Ohrscher werden schmerzlos gestochen.

Gewerkschaftshaus
An der Adalbert-Brücke, Engel-Ufer 15. An der Adalbert-Brücke.
Sonabend, den 17. November,
in den Gesamträumen des Etablissements:
Winter-Fest
der Berliner Gürtler und Bronceure
bestehend in 10708
gr. Vokal- und Instrumental-Konzert (Civil-Verbandsorchester unter Leitung des Herrn Rud. Tietze) unter gütiger Mitwirkung des Berl. Doppel-Quartets Harmonis und des beliebten Berliner Uk-Trio. Während und nach der Vorstellung gr. Ball. Anfang 8 1/2 Uhr. Programm 30 Pf.
Heute abend 8 1/2 Uhr Andreasstr. 21: (Gäste 20 Pf.)
+ Männer-Vortrag +
über: Schwangerschaft, demonstriert an großen Lichtbildern vom prakt. Naturheilk. Grundmann.
Aufnahme neuer Mitglieder im Vortrag und in der Naturheil- 72 Köpnickstraße 72 Brücken- und Anhalt-
Sprechstunden für Kranke 11-2, 6-8, Sonntags 11-12.
Grosser Berliner Naturheilverein.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter
Filiale Berlin 6.
Sonabend, 17. Nov., abends 9 Uhr, bei D i e d e, K e d e r s t r. 123:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassendbericht.
2. Vortrag des Kollegen R. Assmann.
3. Verschiedenes. [10745]
Die Ortsverwaltung.

Herren-Vortrag
Carl Brueckhoff, Friedrichstr. 10, über: „Sogenannte unheilbare Männerleiden“ in den „Insel-Sälen“, Inselstraße 10 I, Freitag, den 16. Novbr., abends 8 1/2 Uhr. Nur Herren! Eintritt frei! Keine Teilerkennung!

Ehe Sie Kranke kaufen, beachten Sie bitte unsere ermäßigten, billigen Preise. Welcher Selbstheilung sich die von uns gelieferten Krautringe erfreuen, beweist am besten die fortwährend steigende Produktion.
E. Wolf & Siller,
Berlin W., Friedrichstraße 63, Hof (im Bad). [54592]

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler
(E. G. 29, Hamburg.)
Ortsliche Verwaltung Altdorf.
Sonntag, 18. Novbr., vorm. 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Herrn Lautner, Bergstr. 151/152.
Tagesordnung:
1. Kassendbericht vom 3. Quartal 1900.
2. Kassenzustand. 185/5
3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Mitglieds zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse
der
Bildhauer, Stuccateure und verw. Gewerbe zu Berlin.
Montag, 26. Novbr., abds. 8 1/2 Uhr, im Lokal Anhalter, 16:
Ordentliche

Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Wahl des Aufsichtsrats für die Prüfung der Jahresrechnung pro 1900.
2. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer). 3. Beschlußfassung über den Vortrag mit unren. Kassensammlern und die hierdurch notwendig werdenden Änderungen des Statuts. 4. Kassenbericht für 1901. 274/15
Der Vorstand.
F. A.: Conrad Stord, 1. Vorsitzender, Alt-Modstr. 152.

Theater- u. Maskengarderobe
von
Berthold Schröder,
W., Passauerstrasse 3,
empfiehlt sich den werthen Genossen zum Ankauf von lebenden Bildern, Theaterbüden für Vereine, Stiftungsfeste etc. 675/9

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter
(E. G. 29, Hamburg.)
Filiale Berlin 4.
Sonabend, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Frh. Wille, Andreasstr. 26:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Kassendbericht.
2. Vortrag des Kollegen Karl Müde über: Das Invalidenversicherungs-Gesetz.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen unserer Mitglieder ersucht
1026/5 Die Ortsverwaltung.

Gr. Frankfurterstraße 39.
Neu eröffnet!
Chic,
Gelegenheitskäufe für moderne Herren-Artikel
Spezialität der Firma:
Hüte, Handschuhe, Wäsche, Kravatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke
Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen.
Gr. Frankfurterstraße 39.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 16. November.
Opernhaus. Die Zauberflöte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Semee. Turandot. Prinzessin von China. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fledermaus. Anf. 7 1/2 Uhr.
Deutsches Hoftheater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Johannsfest. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Maria Stuart. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Hebesprobe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Welfen. Voccaccio. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Welt in der man sich langweilt. Anfang 8 Uhr.
Secessionsbühne. Der Tod des Tintagiles. Ein Heiratsantrag. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Hebeschlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Euffen. König Krause. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisch. Der Augenring. Anf. 7 1/2 Uhr.
Carl Weisk. Faustrecht und Landfriedensbruch. Anfang 8 Uhr.
Selle-Alliance. Grad a Tod und wert. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Fräulein Loreley. Anf. 8 Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Die Regimentsnummer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung. China in Berlin. Anfang mittags 12 Uhr.
Krona. Taubenstr. 48/49. (Im Theater) abends 8 Uhr.
Im Hörsaal:
Die Bakterien und ihre Reinsichtung von Professor Dr. Müller.
Invalldenstr. 57/62.
Tagl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

GRANIA
Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Auf den Wogen des Oceans.
Im Hörsaal:
Die Bakterien und ihre Reinsichtung von Professor Dr. Müller.
Invalldenstr. 57/62.
Tagl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Nou! Dahomey-Dorf. Nou! 38 wilde Weiber von der Leibgarde des Königs Behanzin. Kriegs- u. Gefechts-Szenen, Exercitien, Nationaltänze. Vorstellung: 12 Uhr mittags, nachm. von 3-10 Uhr stündl.
„Allesaal“, neue Illusion! Russ. Damenkapelle Zarina. Entree 50 Pf.
Militär u. Kinder 25 Pf.

Cirkus Busch
Freitag, 16. November, abds. 7 1/2 Uhr:
Humorist. Gala-Abend.
Beginn der Pantomime 10 Uhr.
Berliner Landpartien
Mit über 100 Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten.
Besonders hervorzuheben:
Die angelwütige Bulldogge.
Charibari von 100 Clownd, männliche und weibliche.
Kunststücken der neu engagierten Künstler: Hr. Clarke, Gledoglavits, Vedini sowie der Weibkünstlerinnen: Mlle. Clarke, Arisjelli und Kudalska.
Herr César René, Schutzeiter.
Europäische Kavallerien auf 16 Schupferden.
Kunststücken der berühmten Gebrüder Wetteman als Komposit Rubinsteln.
Die vorzüglichsten Programmnummern!

Cirkus Schumann.
Heute, Freitag, den 16. November, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Neuheiten-Abend.
Erstes Auftreten der beiden Amerikaner „Rawson und June“.
Neu und sensationell!
Direkt. Alb. Schumanns anerkannt unverwundt bestehende Original-dressuren.
Aufstehen des Löwen-Baron.
Aufstehen d. Schutzeiterin Hr. Kasprzakow.
Um 9 1/2 Uhr:
CHINA.
Größtes und sensationellstes Manegen-Ausstattungsstück mit wunderbaren Wasser- und Lichteffekten.
Neuere Einlage:
Stannenerregende Produktion!
Die Erkümmung der 20 Fuß hohen glatten chinesischen Mauer.
Die Öffnung der deutschen Flagge.
Morgen, Sonnabend, 17. November, abends 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée High-Life.
Rawson u. June, Löwen-Baron, China etc.
Sonntag, 18. November, 7 1/2 Uhr und 7 1/2 Uhr: 2 große Vorstellungen.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Der Zauberer am Nil mit dem originellen Mummien-Ballett.
Vorher:
Das brillante vollständig neue November-Specialitäten-Programm.
Bonhair-Truppe.
Brüder Pantzer.
Alice Berley
Beginn der Vorstellung 8 Uhr, bei Operette 9 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Cirkus Jansly.
Schöneberg, Hauptstrasse, vis-a-vis dem Rathaus.
Freitag, den 16. November, abends 8 Uhr:
2. Gala-Eröffnungs-Vorstellung.
Näheres die Anschlagtafeln und Anschlagzettel.

Palast-Theater
früher Fasn-Palast, Burgstr. 22.
Wronat November!
Gr. Konkurrenz-Programm!
Neu! 8 1/2 Uhr! Neu!
Die Regimentsnummer
Poffe mit Gesang von M. Reichardt.
Schlabach, Schlächtermehr.
Direktor Richard Winkler.
Durchweg lauter Schläger!
Gisella,
preisgekröntes Gef. u. Tanz-Quartett
Miss Rosa Bonnet und der kleine Willi, Ringturner.
Horley-Trio, Musik-Genrell-Act.
Außerdem:
12 oraklassige Schanummern.
Anfang: 7 1/2, Sonnt. 8 Uhr.
Entree: 50 Pf.

Passage-Theater
Unter den Linden 22.
D-Vorstellung
(Dauer-Vorstellung)
täglich 12 Uhr mittags bis 11 Uhr nachts.
Novität!
Jenseits der krummen Lanke.
Novität!
3. Seebstallion 2. Compagnie.
Novität!
Die Katze u. d. Engel.
Kolossaler Success der Specialitäten:
The Brazil girl
Creolische Extravaganza.
Zavan
der fabelhafte Laternenmann und
12 Debuts.
Sensationeller Erfolg der
D-Vorstellungen.
Theater täglich ausverkauft.
Entree 50 Pf.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Dorf und Stadt.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Sonnabend: Wegen Privat-festlichkeit keine Vorstellung.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erklaffige. Direktion:
Sonntag 6 Uhr. Specialitäten. J. M. Hatt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Centralverband der Maurer etc. Bezirk Süden.
Sonntag, den 18. November, abends 5 Uhr:
Versammlung mit Frauen
im Lokale Schönleinstr. Nr. 6.
Tages-Ordnung:
Vortrag der Genossin Frau Mensch über: „Hat die Frau die Pflicht, sich am proletarischen Klassenkampf zu beteiligen?“
Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.
Um rege Beteiligung bittet
Die Verbandsleitung.

Maurer.
(Vertrauensmänner-Centralisation.)
Sonntag, den 18. November, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in den Borussia-Sälen, Kieferstraße 6-7.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Die Versammlung wird Punkt 10 Uhr eröffnet.
130/3 Der Vorstand.

Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Am Sonntag, den 18. November, vormittags 10 Uhr, bei Cohn, Deuthstr. 20 (gr. Saal):
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kameraden E. Frommelt über: „Streiflichter von der Berliner Wohnungsfrage“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Gewerkschaftliches.
Es erwartet vollständiges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder.
257/14 Der Vorstand.

Bretterträger und Brettschneider!
Sonntag, den 18. November, vorm. 10 Uhr, im Königsstadt-Kassio, Alexanderstr. 20, Ecke Holzmarktstraße:
Kombinierte Mitglieder-Versammlung beider Vereine.
Tages-Ordnung: 1. Besprechung über den künftigen Ausbau des Vereins zwecks Verschmelzung beider Vereine. 2. Vorlegung der neuen Statuten. 3. Gewerkschaftliches. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.
84/15 Die Kommission.

Tischler-Verein zu Berlin.
Sonnabend, den 17. November 1900, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15 bei Lipke:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Schriftstellers Herrn Max Schütte über Robespierre. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Besuch der Urnaia. 4. Vereins-Angelegenheiten.
199/13 Gäste (auch Frauen) haben Zutritt.
Der Vorstand.

Passage-Panoptikum.
Neu: Krao, das Bindeglied zwischen Mensch u. Affe (Lebend).
Lisa, das 12jährige Riesentind (336 Pfund schwer).
China in Berlin.
Großes theatrales-ethnographisch. Schauspiel in 11 Bildern.
Entree einschließlich Theater 50 Pf. Kinder die Hälfte.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische 4 Kapellen
Gr. Theater-Vorstellung.

Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger.
Zum Schluss: (zum letztenmal!)
Excellenz kommt!
Anfang 8 Uhr.
Vorher: Konzert.

Sanssouci
Kottbuserstrasse.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nord-Sänger.
Anfang Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Von 5-7: Unterhaltungs-Musik.
Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach jeder Solree: Tanzkränzchen.
Wochentags Tanz frei. Vereins- und Borzugsбилет wochentags gültig. Sätze zu Festlich. u. Versammlungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:
Sitzung der Orts-Verwaltung
und der
Werkstatt-Kontrollkommission.
Achtung! Einsetzer. Achtung!
Sonntag, den 18. November, vormittags 10 Uhr:
Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung der Einnahme und Ausgabe. 2. Bericht über den Stand unserer Arbeitsangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten und das Zeitungswesen. 284/3 Die Kommission.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Orts-Verwaltung.
Sonnabend, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Konferenz für Moabit
im Lokal des Herrn Fischer, Waldstraße 8.
Sonntag, den 18. November, vormittags 10 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung
im Etablissement Buggenhagen, Oranienstr. 147, am Moritzplatz.
Tages-Ordnung:
1. Kasienbericht und Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des 1. und 2. Bevollmächtigten, des Reudanten und des Sekretärs. 3. An die Verwaltung gelangte Anträge.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Die Vertrauensleute sind verpflichtet, den Kollegen die Mitgliedsbücher auszuhandigen.
Die Bibliothek befindet sich im Verbands-Bureau, Engel-Ufer 15 I, und ist täglich während der Bureaustunden von 9-1 Uhr vormittags und 4-7 Uhr nachmittags geöffnet; Dienstags und Donnerstags außerdem von 7-9 Uhr abends. - Sonnabend nachmittags ist die Bibliothek geschlossen.
121/13 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und verw. Berufsgen. Branchenversammlungen der Berliner Mitglieder:
Zentrale I (Geschirr- und Galanterie-Sattler)
Sonnabend, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Englischer Hof, Neue Köhlerstr. 3.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Gen. Paul Jahn über: „Handelsverträge und Posttarife“. 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung über die Lokallosse. 4. Verschiedenes.
Zentrale II (Treibriemen-Sattler)
am Sonnabend, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Bude, Grenadierstraße 33.
Zentrale III (Latschen- und Kofferbranche)
Dienstag, den 20. d. M., abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Seitenfl. 1 Tr.
Zentrale IV (Militäreffekten-Sattler)
am Sonnabend, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20.
Tages-Ordnung: 1. Bezirkskonferenz der Provinz Brandenburg und Wahl der Delegierten. 2. Die Verschmelzung der Berliner Zentralen. 3. Verschiedenes.
Zentrale V (Leppich- und Linoleumleger)
jeden Montag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats abends 8 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20.
Zentrale VI (Bagen-Sattler)
am Dienstag, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Mörschel, Jädenstraße Nr. 35-37.
Tages-Ordnung:
1. Die Notwendigkeit der Organisation. Referent Kollege Sassenbach. 2. Diskussion. 3. Bezirkskonferenz für Brandenburg. 4. Verschiedenes. Gäste willkommen. Resolutionsfragen finden überall in den Versammlungen statt. Um zahlreiches Erscheinen ersuchen
160/16 Die Vorstände.

Verband des technischen Bühnenpersonals
Sonnabend, den 17. November, abends 11 Uhr, Neue Köhlerstr. Nr. 3:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Antrag auswärtiger Kollegen. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 278/20 Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin.
Sonntag, den 18. November 1900, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Große allgemeine Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die stellen sich die Mitglieder zu der zu erwartenden Kranken-Versicherungsgesetz-Novelle? Referent: Kollege R. Assmann. 2. Bericht über die internationale Konferenz für Arbeiter-Versicherung auf der Pariser Weltausstellung. Referent: Kongreßdelegierter Kollege C. Gutheit. 3. Aufstellung der Vertreter zur Generalversammlung für 1901. 4. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Mitglieds ist es, in der Versammlung zu erscheinen. Zur Deckung der Kosten findet Teilerhebung statt. 1078b Die Eifer-Kommission. J. U.: Karl Geisler, Köpenickerstr. 123.

Berliner Genossenschafts-Bäckerei
(G. G. m. b. H.)
Telephon: Amt III, 2931
Neue Köhlerstr. 18, Plan-Ufer 33, Reinkendenerstr. 65.
Sonnabend, den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vorlegung der Bilanz pro Geschäftsjahr 1899/1900 und Beschlußfassung über dieselbe. 2. Neuwahl des Vorstands und des Aufsichtsrats. 3. Statutenänderung. 4. Anträge und Verschiedenes.
Der Vorstand.

Die beliebtesten Wohlfahrts-Loose à Mk. 3.30 (Porto und Liste 30 Pf. extra)

zu Zwecken der Deutschen Schutzgebiete.

Ziehung 29. November u. folg. Tage zu Berlin.

16 870 Geldgewinne, zahlbar ohne Abzug im Betrage von Mk.

575,000 Haupt-Gewinn

100,000 Haupt-Gewinn

50,000 Haupt-Gewinn

25,000 Haupt-Gewinn

15,000 Haupt-Gewinn

2 à 10 000 = 20 000
4 à 5 000 = 20 000
10 à 1 000 = 10 000
100 à 500 = 50 000
150 à 100 = 15 000
600 à 50 = 30 000
16000 à 15 240 000

Loosanzahl 500000. — Versand geg. Postanweisung oder Nachnahme durch General-Debit: Bankgeschäft

Lud. Müller & Co.
in Berlin, Breitestr. 5 und Hamburg, Nürnberg, München.
Telegr.-Adr.: Glücksmüller.

HERREN-HUT
Preiswerther Filz in mehreren Farben mit Atlasfüller
MARKE BUTZ
1 Mk 90

Baer-Sohn Herren und Knaben Ausstattungen. Chausseest. 27 Brückenstr. 11

Haarfilzhüte
Cylinderhüte
Chapeau claque
Handschuhe
Schirme
Tricotagen
sehr billig.

Kragen
Manchetten
Serviteurs
Oberhemden
Krawatten
Hosenträger
sehr billig.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei. Ohne Zweifel die beste und wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Conifertraft.) Dr. H. Unger in Würzburg.
Hauptdepot in Berlin (20 Pf.) Salomon-Apotheke, Charlottenstraße. München: Schützen-Apotheke. Stuttgart: Hirsch-Apotheke. Breslau: Victoria-Apotheke. [54302]

Meine mit allem Komfort der Neuzeit eingerichtete 57992

Bade-Anstalt für Dampf-, Bannen-Original-Aneippische sowie sämtliche medizinischen Bäder ist eröffnet.
F. Günzel, Brunnenstrasse 120, vis a vis der Domminerstr.
Lieferant für alle Krankenhäuser.
Dienstag und Freitagvormittag Dampf- und Bannenbäder für Damen.

Puppen-Fabrik
Otto Kreyszig 5850L
Brunnenstrasse 119, Laden und 1. Etage.
Grösstes Special-Geschäft für Puppen.

Unsinn ist Viel Geld

für Güte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. [53945]

Knabenfilzhüte 1-3 Mk.
Herrenfilzhüte, weich 1,75-5,25, steif 2,00-5,25
Cylinderhüte 4,00-12,00
Chapeaux claque 8,00-10,00
im Einzelverkauf bei **Arnold & Eggert** Gut-Engros-Geschäft Waldemarstr. 44. part. Kein Laden.

Café-Lokal G. Günther, Ritterstr. 54. Alte Jakobstraße
Kaffee 10, 15; Thee, Milch, Chokolade etc., Weiß u. Bitter Bier. Warme Speisen zu jeder Tageszeit. Billard Stunde 40 Pf., große Zeitungsauswahl.

Die weltbekannte Bettfedern-fabrik
Gustav Ruffig, Berlin, Brünn-Strasse 46, versendet gegen Nachnahme garant. neue Bettfedern d. Pfd. 65 Pf., flüssige Halbdecken d. Pfd. 1,25, bessere Halbdecken d. Pfd. 1,75, vorzügliche Decken d. Pfd. 2,85.
— Von diesen Decken genügen 3 bis 4 Pfd. zum großen Oberbett. Verpackung frei. Preis u. Proben gratis. Viele Anerkennungsbriefe.

Herrn
Befleißigung, elegante Ausführung tadelloser Zik, werden bei nur geringer Teilzahlung vergeben.
J. Kurzbeger
NO., Landsbergerstr. 13, 55792* part. (kein Laden).

Freireligiöse Gemeinde.
Grosser astronomischer Vortrag
Direktors der Treptower Sternwarte **Herrn G. Archenhold** über:
Kometen und Sternschnuppen!
mit zahlreichen Lichtbildern
Sonnabend, den 17. November, abends 9 Uhr, in Kellers grossem Saal, Koppenstr. 29.
Vor dem Vortrag und während der Pausen:
Grosses Instrumentalkonzert.
Nach dem Vortrag: **Grosser Ball.**
Anfang des Konzerts 8 Uhr. [82/9]
Eintrittskarten à 25 Pf. sind in den bekannten Biletstellen der Freireligiösen Gemeinde sowie bei **A. Hoffmann**, Blumenstr. 14; **Mohs**, Am Oberbaum 2 und **Pege**, Rüdersdorferstr. 48 zu haben. Der gesamte Ueberschuss wird dem Baufonds der Gemeinde überwiesen.

Filzhüte für Herren
neueste Form, fehlerfrei, höchste Qualität 2,50 und 3,00, extra feine 3,50-4,50 [635]
im **Hut-Engros-Lager**, Prenzlauerstrasse 20, 2 Tr.
Cylinderhüte, Chapeaux claque und Knabenhüte in großer Auswahl.

Besser als bei jedem anderen Frühstück
gedeihen die Kleinen, wenn sie Rathreiners Malzkaffee mit Milch gekocht bekommen. Das ist hundertfach erprobt!

Kleine Anzeigen. Jedes 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Edelkaffee, gangbar, vier Sorten zu verkaufen. Berlin O., Friedrichstrasse 11. [0705]

Restaurant gutgehend billig zu verkaufen. In erfragen bei Stolzenburg, Wiesenstrasse 41 und 42. [763]

Chausseeschiff francheitshalter zu verkaufen. Diefenbachstrasse 38. [10426]

Eine Partie Gratulationskarten billig zu verkaufen. Ritterstrasse 25, III. [10426]

Elegante vorjährige Herrenhosen, feine Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verlanhaus-Germania, Unter den Linden 21 II.

Gardinenhand Große Frankfurterstrasse 9, part. [9015]

Gardinen-Specialgeschäft, Blumenstrasse 8. Anerkannt vorzügliche Einkaufspreise für Gardinen, Stores, Moutour, Tischdecken und Schürzen. [3178]

Bücherverkauf, Handwörterbuch der Sinnswissenschaften, 8 Bände 50 Mark. „Neue Zeit“ 1890-98, 16 Bände, gebunden, 50 Mark. Palenzer, Ringbahnstrasse 117, IV rechts. [21855]

Vegeta, Neuer, Brodhaus, Brechtel, Zierlein, sowie jedes wissenschaftliche Werk liefert komplett ohne Anzahlung. Bille, Grünwaldstrasse 98. Befreiung Postkarte. [3729]

Kanarienhähne, feine Sings, verkauft Krebs, Köpferstrasse 154a.

Kanarienhähne, junge, sind zu verkaufen. Wilsch, Beuststrasse 32, Cigarengeschäft. [782]

Möbelfabrik, Oranienstrasse 2a, Tischspinde 27, Spiegelspinde 24, Küchenspinde, Küchensets, Holzschmucke 5, Kleiderpönde, Wäschebänke, Auszugstische 15, Säulentrumeau, Waschbänke, Wärmestellen 27, Glühgarnituren 95, Paneele 75. Vollständige Einrichtung allerbillig. Genteritz Teilzahlung unter folgenden Bedingungen. [3418]

Maurerzige reich vorrätig. Gutschäft nur Postbamerstrasse 61.

Winterpaletots, Remontouruhren, Regulatoren, spottbillig. Verlanhaus Reanderstrasse 6.

Teppiche, Sesseln, spottbillig. Verlanhaus Reanderstrasse 6.

Teppiche mit Bordeseitern, Fadenniederlage Große Frankfurterstrasse 9, part. [6025]

Stinger-Nähmaschinen, Ringstich, Bobbin, Adler-Schnellnäher, ohne Anzahlung. Wöchentlich 1 Mark, sofortige Lieferung. Postkarte. Schmidt, Gartenstrasse 41 II. [4098]

Nähmaschinen, beste Ringstich, Bobbin, Adler-Schnellnäher, vor- und rückwärts nähend, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, biährige Garantie, Postkarte. Freise, Neue Königstrasse 82, Laden. [3809]

Ringstich, Bobbin, Adler-Schnellnäher, vor- und rückwärts nähend, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark. Lieferung sofort. Postkarte. Louis Vandenberg, Landsbergerstrasse 35, kein Laden. [7130]

Gasdrähten! Sparsysteme 7-, 10-, Refektor 14-, Gastocher! Zweifelschloß 6-, Schneider-Bügelapparat, Waschtische billig! Wollauer, Wallnertheaterstrasse 32.

Eiserne Oefen aller Systeme, Kronen, Luren, Doppelofene, sowie sämtliche Heizungs-Gegenstände. Karl Kaufmann, Müllenhoffstrasse 19, am Urban. [3839]

Steppdecken am billigsten. Verlanhaus Große Frankfurterstrasse 9, part. [10075]

Räumungshalber Seidenstoffe spottbillig. Freitag, Sonnabend bis 4 Uhr. Charlottenburg, Goethestrasse 76, 3 Treppen links. [10075]

Milchgeschäft verläuflich. Fischerstrasse 9. [10035]

Orchesterion, fratisches Instrument, volle Musik, für Saalbesitzer geeignet, billig. Verlanhaus. Übersowderstrasse 3. [754]

Küchenspind, Bettstelle, Matratze, Tisch, verkauft billig. Gneisenowstrasse 62, Hof part. links. [7123]

Tiefe Kanarienhöhler! Beste rein singende prämierte Vögel, verkauf am Gewissen, a Stück 8 bis 20 Mark, unter Garantie gegen Nachnahme, 8 Tage auf Probe. Friedrich Durban, Raiser, Holzbanen (Vormont), 10005*

Eiserne Kinderbettstelle zu verkaufen. Dreddenerstrasse 16, Rohlfelder. [10025]

Rechtsbureau Andreasstrasse 63 (neben Concordia). Gewissenhafter Rechtsabteilung. [10535]

Unfallfassen, Riemen, Eingaben, Reflektoren. Wagner, Steglitzerstrasse 65. [9995]

Zahnteiler E. Gebide, Star-gardenerstrasse 3, Ecke Schönhauser-Allee.

Badeanstalt Köpenickerstrasse 60. Bäder sehr gut für sämtliche Krankenkassen. [4018]

Widwettion! Wer sich über diese unglückliche Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Widwettion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierchutzverein Berlin, Königgräberstrasse 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. Arbeitervereine, welche in ihren Versammlungen Vorträge wünschen über Widwettion, wollen sich um Referenten an dieselbe Adresse wenden. [9255]

Wiederlegions, Brodhaus, Brechtel, Zierlein, sowie jedes wissenschaftliche Werk liefert komplett ohne Anzahlung. Bille, Grünwaldstrasse 98. Befreiung Postkarte. [3729]

Wer Stoff hat? Fertige Winterpaletots und Herrenanzüge mit Futter, faden für 15; wer keinen Stoff für 30 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstrasse 50 III. Bitte Namen beachten. [10175]

Buchbinder-Arbeit jeder Art. Fertigt Ferdinand Kleinert, W. Blümenstrasse 66, 2. Hof part. [33875]

Vermietungen.

Zimmer.

Freundlich möbliertes Zimmer für 1 Herrn (als Mitbewohner) sofort zu vermieten. Forsterstrasse 54, Seitenflügel III, bei Witwe Rosenthal.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinde Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Müller, Kulandstrasse 27.

Stellungsangebote.

Verfälscher verlangt Georgenstrasse 14a. [10292]

Tapetierer, Verlanhaus verlangt Robert Fischer, Rantewallstrasse 90.

Tüchtiger Rahmenmacher, siehe Rahmen, hoher Lohn, Reanderstrasse 15. [10095]

Gas- und Wasser-Rohrleger für neue Anlagen und Reparaturen verlangt Ulrich, Bergmannstrasse 13.

Tüchtiger Bauarbeiter verlangt Weiß, Hermsdorf, Seebadstrasse 1. [10545]

Tüchtiger Rahmenmacher für dauernde Beschäftigung gesucht. Offerten unter M. A. 67 Postamt 18. [10555]

Wender und Fertigmacher auf Plüschmöbeln sucht Tischschmuckfabrik Landsbergerstrasse 92. [10085]

Tüchtigen Verfälscher und Färber verlangt Max Leonhard, Schleifstrasse 31. [712]

Tüchtige Handwerker verlangt Gammelsdorf, Krautstrasse 39. [714]

Einpader für Goldleisten verlangt Max Leonhard, Schleifstrasse 31.

Farbiger verlangt K. B. Schulze, Oranienstrasse 185. [10715]

Ein Glaser oder Bergolbergergehilfe, der das Bilderrahmen gut versteht, erhält sofort bei gutem Lohn dauernde Stellung. Näheres zu erfragen bei Hermann Grawatz, Schuldiener, Berlin, Weidenburgerstrasse 36, II. [10705]

Kreisfingenschneider für geprüfte Bilderrahmen bei hohem Lohn sofort gesucht. K. B. Schulze, Oranienstrasse 185. [10725]

Mädchen, welche die Schriftgießerei-Arbeiten verstehen oder annehmen wollen, sofort gesucht. Otto Tech, Drebbenerstrasse 90. [10445]

Verfälscher verlangt Georgenstrasse 14a, I. [10495]

Süddeutsches Parteiblatt
Sucht per 1. Januar für den lokalen und provinziellen Teil einer Nebenabgabe tüchtigen gewandten **Korrespondenten**, der auch in allen geschäftlichen Angelegenheiten des Zeitungsgeschäfts Erfahrung besitzen muß. Bewerbungen mit kurzem Lebenslauf und Gehaltsansprüchen unter H. 1 an die Expedition d. Bl. erbeten. [1259]

Achtung! Achtung! Parkettbodenleger!
Folgende Firmen sind geprüft: Göstly, Claffen, Parkett-Fabrik K. G. vormalig Wengert, Dresden. **Die Kommission.**

Achtung, Drechsler!
Geprüft sind folgende Werkstätten: Grund, Heidestr. 48. Wolf, Rantewallstr. 35. Walter, Müllersdorferstr. 48. **Die Lohnkommission.**

Achtung! Stuccatente!
Geprüft sind folgende Firmen: Drechsler, Bau Charlottenburg, Kurfürstendamm, Ecke Ankerstrasse. Charlottenburg, Berlinerstr. 66. Woll, Bau Greifswalderstrasse, Ecke Eibmeyerstrasse. Charlottenburg, Köpenickerstr. 16/17. **Goffmann, Hampel und Vogt.**

Achtung! Achtung! Bautischler! Rixdorf!
In der Rixdorf von Prof. Jahn, Zierstr. 27, haben die Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten. 108/10 **Die Ortsverwaltung.**

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Moabit-Wedding. Am Montag, den 19. November, abends 8 Uhr, findet in den Arminius-Hallen, Bremerstr. 70/71, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Frau Käthe Dunder referieren wird über: „Das Verbot der industriellen Frauenarbeit, ein Ausnahmefehl für die Arbeiterin“. Die Vertrauensperson.

Die Adlershofer Lokalkommission erwacht die Berliner Parteigenossen, die den bevorstehenden Herrenpartien am Vortage auch den Gastwirt Schmauser in Adlershof berücksichtigen zu wollen. Bei den vielen Berichten, welche unsrem Blatte über die Drangsalierungen desselben durch den Amtsvorsteher v. Oppen zugehen, mögen diejenigen Vereine und Gesellschaften, welche ihren Ausfluss in städtischer Richtung von Berlin nehmen, die Bitte beachten, Jeder Parteigenosse kann sich wohl denken, daß unter den obwaltenden Umständen die Adlershofer Parteigenossen nicht in der Lage sind, das Lokal der Partei-Agitation allein zu erhalten.

Weihensee. Heute, Freitag, findet im Lokale des Herrn Senfheil, Königs-Chaussee 49, eine Volksversammlung statt. Frau Käthe Dunder-Leipzig hält einen Vortrag über „Kohlennot“. Ferner Berichterstatterung und Auswahl der Vertrauenspersonen. Zahlreiches Erscheinen, hauptsächlich der Frauen, ist erwünscht.

Der sozialdemokratische Verein Johannidahl und Nieder-Schneeweide hält seine Mitgliederversammlung am 17. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Senfheilen ab. Genosse Haseloff spricht über Gesellenauschüsse und Handwerkerkammern.

Kommunales.

Für die höheren Lehranstalten leistete die Stadt Berlin in den 10 Jahren von 1890/91 bis 1899/00 folgende Zuschüsse pro Schüler: 94,50 M., 99,50 M., 111,20 M., 114,00 M., 115,30 M., 126,50 M., (1895/96) 111,50 M., 117,00 M., 132,00 M., 142,90 M. Das plötzliche Herabgehen des Zuschusses im Jahre 1895/96 auf 111,50 M. hatte seinen Grund in der am 1. April 1895 eingetretenen Erhöhung des Schulgelds. Die Wirkung dieser Maßregel war aber nur vorübergehend. Der Zuschuß ist in den nächsten drei Jahren bereits wieder um 31,40 M. gestiegen. Die erneute Steigerung ist allerdings nicht allein darauf zurückzuführen, daß inzwischen größere Aufwendungen für die höheren Lehranstalten geltend gemacht worden sind. Sie erklärt sich vielmehr im wesentlichen daraus, daß die Schülerzahl der höheren Lehranstalten seit längerer Zeit — nebenbei bemerkt: nicht erst, wie vielfach angenommen wird, seit der Schulgeld-erhöhung — stark zurückgegangen ist, so daß die Ausgaben sich auf eine immer geringere Zahl von Köpfen verteilen. Der Zuschuß pro Kopf beträgt jetzt weit über das Doppelte desjenigen, den die Stadt pro Gemeindefachschulleistete. Die Gemeindefachschulen erforderten 1898/99 einen Zuschuß von rund 64,25 M. pro Kind. Zwar bleibt der Zuschuß für die städtischen höheren Mädchenschulen weit hinter diesen Zahlen zurück. Aber selbst wenn man die höheren Lehranstalten für Knaben und die für Mädchen ebenso als ein Ganzes behandelt, wie das bei den Volksschulen geschieht, so ergibt sich bei den höheren Lehranstalten für 1898/99 immer noch ein Zuschuß von rund 118 M. pro Kopf, also ungefähr doppelt so viel wie bei den Gemeindefachschulen. — Stellt man übrigens diese Zahlen, 118 M. für jeden Schüler oder jede Schülerin der höheren Lehranstalten und 64,25 M. für jedes Gemeindefachschulkind, neben einander, dann springt es so recht deutlich in die Augen, wie unbedeutend das Geschick des Berliner Freiwilts über die „hohen“ Kosten unseres Gemeindefachschulwesens ist. Selbst wenn heute mit einem Schläge — was natürlich kein vernünftiger Mensch verlangen wird — die Frequenz in sämtlichen Gemeindefachschulklassen auf beinahe die Hälfte herabgesetzt würde, also die Zahl der Schulen, der Klassen, der Lehrkräfte usw. beinahe verdoppelt würde, dann läme der Zuschuß pro Gemeindefachschulkind immer erst demjenigen gleich, den die Stadt für die Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten zahlen muß.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Mit Rücksicht auf die erschreckend hohe Zahl von Verunglückungen, die in den letzten Monaten in Berliner Straßenbahn-Vertriebe vorgekommen sind, hat eine Anzahl von Stadtverordneten den Antrag eingebracht, den Magistrat zu ersuchen, zwecks geeigneter Maßnahmen zur Verhütung solcher Unfälle schleunigst mit dem Polizeipräsidenten Verhandlungen anzuknüpfen. Der Antrag wurde von der Versammlung, so weit wir gesehen haben, einstimmig angenommen. Das kann der Straßenbahn-Direktion und dem zum Schutz gegen sie angerufenen Magistrat wie dem Polizeipräsidenten als Beweis dafür dienen, wie allgemein die durch die Straßenbahn geschaffenen Zustände als unhaltbar angesehen werden. Auch die gesamte Bevölkerung Berlins — mit Ausnahme hoffentlich nur der Straßenbahn-Direktion, der Aktionäre und sonstiger Interessenten — dürfte dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung zustimmen. Wir denken, daß er auch den Beifall der Straßenbahn-Angestellten finden wird — wenigstens aber derjenigen, die Einsicht genug besitzen, um zu erkennen, daß ihre Interessen nicht von der Direktion am besten gewahrt werden. Der Stadtverordnete Dinsie, der den Antrag begründete, und unser Genosse Stadtverordneter Wurm wiesen darauf hin, daß ein großer Teil der Schuld an den zahlreichen Unfällen auf die lange Arbeitszeit des Personals zurückzuführen ist. Namens des Magistrats machte Stadtbaurat Krause den schwachen Versuch, die Straßenbahn etwas zu entlasten. Er verlas ein Schreiben der Direktion, das die ganze Schuld auf das Publikum schiebt und in dem im Saale wie auf der Tribüne mit schallender Heiterkeit aufgenommenen Satz gilt: „Der beste Schutz ist der Selbstschutz des Publikums“. Im übrigen merkte man es Herrn Krause an, daß ihm seine Ausführungen nicht sehr von Herzen kamen. Der Magistrat dürfte sich der Pflicht, dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung Folge zu geben, schwerlich entziehen.

Hygienische Vortragskurse.

Die Centralkommission der Krankenkassen Berlins beabsichtigt die unentgeltlichen hygienischen Vortragskurse, welche zum erstenmal im letzten Winter unter Mitwirkung vieler Ärzte und unter zahlreicher Beteiligung der Arbeiterkassen stattfanden, im ersten Quartal 1901 zu wiederholen. Zur Vorbereitung des Plans fand am Montag, den 12. November, im Gewerkschaftshaus eine Besprechung statt, zu welcher die Berliner Vertriebskassen eingeladen war. Der Besprechung voraus ging eine Besichtigung der hygienischen Einrichtungen des Gewerkschaftshauses, insbesondere der Arbeiter-Herberge, seitens der erschienenen Ärzte, die mit größter Aufmerksamkeit den Erläuterungen der Herren Sassenbach und Busse folgten, und durch zahlreiche eingehende Fragen ihr lebhaftes Interesse bekundeten. Die Besprechung über den Organisationsplan der neuen Kurse wurde von der Centralkommission eingeleitet durch ein Referat des Herrn Dr. Venuhoff, der das günstige Ergebnis des erstmaligen Versuchs hervorhob und die Abänderungen erläuterte, welche die Centralkommission auf Grund der bisherigen Erfahrungen in Aussicht genommen hat. Als wichtigste Abweichung haben wir die hervor, daß künftig nicht durchweg in sämtlichen 8 Vortragskursen — im Vorjahre waren es nur 7 — die gleichen Gegenstände behandelt werden

solten, sondern daß in dieser Beziehung eine gewisse Abwechslung stattfinden soll. Dadurch, daß die Vorträge an zwei Wochentagen stattfinden — im Vorjahre war nur der Donnerstag gewählt —, soll jedem, der einen Ueberblick über das gesamte behandelte Gebiet zu erhalten wünscht und deshalb alle Vorträge besuchen will, die Möglichkeit dazu geboten werden. In den Monaten der Kurse sollen neu aufgenommen werden Vorträge über die hygienische Bedeutung der Fabrikinspektion, die zu halten die Gewerbe-Inspektoren, welche ebenfalls in der Versammlung vertreten waren, sich erboten haben, sowie Vorträge über Frauenkrankheiten; für einige andere Thematika soll durch Zellung eine eingehendere Behandlung ermöglicht werden.

In der anschließenden sehr lebhaften Diskussion wurden von den Ärzten, insbesondere von solchen, die schon an dem ersten Versuch als Vortragende teilgenommen hatten, noch eine Reihe wertvoller Anregungen geäußert. Die Ärzte wählten schließlich eine sieben-gliedrige Kommission, die gemeinsam mit der Centralkommission über den endgültigen Plan beraten soll. Wir werden seiner Zeit das Ergebnis dieser Beratungen unsren Lesern mitteilen, denen wir schon heute die Teilnahme an diesen Vortragskursen warm empfehlen wollen.

Neu-Eröffnung des Märkischen Provinzial-Museums.

Durch den Abbruch des alten königlichen Rathauses in der Breitenstraße ist das Märkische Provinzial-Museum, das lange Jahre darin untergebracht war, bekanntlich zum Umzug genötigt worden. Da aber die Vollendung des Neubaus, den man dem Museum am Märkischen Platz bei der Weissenbrücke errichtet, eine Reihe von Jahren auf sich warten lassen wird, so hat man die für die Geschichte der Stadt Berlin und der Mark Brandenburg so interessanten Sammlungen unterdes in dem Markthallen-Gebäude Zimmerstr. 91/92 untergebracht, in dem sich auch vorläufig das Gewerbegericht und die Magistratsbibliothek befinden.

Am gestrigen Donnerstag ist nun ein Teil des Märkischen Museums wieder eröffnet worden, und zwar die Abteilungen für die Gegenstände aus mittelalterlicher und neuerer Zeit. In den Sälen für die vorgeschichtlichen und die naturwissenschaftlichen Sammlungen ist die Aufstellung noch nicht beendet, so daß diese noch nicht zugänglich sind. Dem Besucher ist zu raten, zuerst die ganze Zimmerflucht bis zum letzten Raum zu durchschreiten und dann langsam zurückzuwandern, da man auf diese Weise von den früheren Geschichtsepochen zur Neuzeit vordringt, was praktischer und belehrender ist.

Auf diese Weise beginnt der Besucher mit dem Zimmer, in dem mittelalterliche Waffen, Rüstungen, Werkzeuge und Hausgeräte dargestellt sind. Es folgt ein Raum für die mittelalterliche kirchliche Kunst, der allerdings weder vom kunsthistorischen noch vom geschichtlichen Standpunkt sehr Hervorragendes bietet — bei der wenig bedeutenden Stellung der Mark in der kunstgeschichtlichen Entwicklung der romanischen und gotischen Perioden allerdings auch nicht bieten kann. Von den frommen vergoldeten Engeln, den Weihwasserbeden und Abendmahlstischen gleich in den Raum für Folterwerkzeuge und Inquisition. Das ist eine sehr sachgemäße Aufeinanderfolge. Hier sind all die grausamen Geräte aufbewahrt, mit deren Hilfe geistliche und weltliche Herren den armen Sündern Gehändnisse abpressten wußten. Wir finden Daumensträuben, spanische Stiefel, spanische Mäntel und vieles dergleichen. Auch ein künstlicher Erfinder ist mit einem seiner Werke hier vertreten. Fürst Leopold von Anhalt-Desau kam nämlich Anno 1760 auf den ingenuösen Einfall, daß man einen Menschen verhältnismäßig schnell zum Gefändnis seiner Sünden bewegen könne, wenn man ihm nichts zu essen und zu trinken gäbe, sondern ihn, an Händen und Füßen gefesselt, in einen hölzernen Trog schnalle und diesen in ein heißes Zimmer stelle. Nach wenigen Tagen hatte man dann schon seine Gefändnisse. Auch geschichtlich denkwürdige Stücke finden wir. So das Rad, mit dem noch 1887 auf dem Gartenplatz in Berlin eine Hinrichtung durch Rädern, an einer Witwe Meyer vollzogen, stattfand. Auch das Weil, mit dem der wahn-sinnige Hödel 1878 hingerichtet wurde, ist vorhanden.

Im folgenden Zimmer sind denkwürdige Gegenstände aus dem 18. und 19. Jahrhundert aufbewahrt. Erinnerungen aus der Zeit der Herrschaft Napoleons in Preußen, z. B. das Palat, das nach der Schlacht bei Jena, in der das preussische Junkertum zusammengebrochen wurde, in Berlin angeschlagen wurde: „Der König hat eine Dattelle verloren. Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht.“

In den folgenden Räumen finden wir dann kunst- und hand-gewerbliche Gegenstände aus den letzten beiden Jahrhunderten, Weidungsartikel, Schmuck, Wirtschaftsgegenstände und vieles andere für die kulturgeschichtliche Entwicklung der Mark Brandenburg und der Stadt Berlin interessante. Selbstverständlich sind auch viele Stadtpläne und Abbildungen vorhanden, die uns Kunde bringen von dem alten Berlin, das bis auf wenige Reste schon längst der Spitzhade zum Opfer gefallen ist.

Das Museum ist für das Publikum geöffnet Sonntags von 11—1 1/2 und Montag und Donnerstag von 11—2 1/2 Uhr.

Die Agitation gegen den Straßenhandel wird jetzt besonders lebhaft betrieben. Gestern waren in Kellers Neuer Philharmonie die Vertreter von 59 bürgerlichen Vereinen zu einer Konferenz erschienen, die sich auf die folgende, dem Polizeipräsidenten vorzuliegende Resolution einigte:

„Die vom Centralverband der Vereine selbständiger Gewerbe-treibender einderufenen Straßenhandels-Konferenz erblidt angefaßt der statistischen Feststellungen im Straßenhandel eine dauernde und nachdrückliche Schädigung des seelhaften Handelsgewerbes und Grundbesitzes, sowie eine Gefahr für die Gesundheit, Verkehr-sicherheit und Sittlichkeit der Bevölkerung und fordert deshalb eine Beschränkung des Straßenhandels. Der Straßenhandel mit Lebensmitteln muß überhaupt, der mit anderen Waren nach 9 Uhr abends verboten werden. Ebenso soll die Benutzung von Wagen und Karren sowie das Einnehmen feiner Verkaufs-stellen den Händlern unteragt sein. Der Straßenhandel darf nur erwachsenen, sonst erwerbsunfähigen Personen, und zwar nur für eigne Rechnung gestattet bleiben und nur unter Benutzung von von einer einzelnen Person tragbaren Gefäßern ausgeübt werden.“

Die Agitation gegen den Straßenhandel wird außer von Jungmännern und Personen, die die Mittelstandsrettung als gelegentliche Profession betreiben, namentlich von Hausbesitzer-Vereinen gepflegt, deren Mitglieder sich von der Ansicht leiten lassen, daß sie nach Unterdrückung des Straßenhandels die Ladenmieten noch ärger als bisher steigern können. Gemeindefürer war eine Mitteilung der Württemberg- und Nordmarcher-Jungmänner, wonach die Mehrzahl der Straßenhändler dieses Berufs-zweigs aus Angestellten großer Firmen besteht.

Stadtverordneter Warggraff wegen Majestätsbeleidigung denuciert. Vor dem Lumpenpfeffel, das in der Kera des Vagantismus odenauf ist, sind selbst die parlamentarischen Körper-schaften schon nicht mehr sicher. So ist gegen den der Reuen Fraktion der Linken angehörenden Stadtverordneten Warggraff eine Denun-ziation wegen Majestätsbeleidigung bei der Staatsanwaltschaft ein-gereicht worden, weil Warggraff angeblich bei einem Hoch auf den Kaiser, das in der ersten Stadtverordneten-Sitzung dieses Jahres gewöhnheitsmäßig ausgebracht wurde, sitzen geblieben ist!

Vor galizischen Schwindlern mußten wir schon häufig warnen. Zu dieser Thema schreibt uns ein Leser: Vor kurzem annoncierte ein Herr Joczys, Probuzna via Myslowitz in hiesigen Blättern, daß er ein Postkoll Butter für 8 M. 50 Pf. liefere. Ich war so tödlich, mich durch diese Annonce verleiten zu lassen und auf den Reim zu gehen, wie sich die Beamten im Postspeicher zwar hart,

aber leider sehr zutreffend ausdrückten. Unter einem Postkoll ver-steht man allgemein wohl ein Paket, das einschließlich Verpackung 10 Pfund wiegt. Als ich die Kiste auf dem Postamt öffnete, fand ich nur 8 Pf. Butter darin; die Kiste hatte ein Gewicht von 2 1/2 Pf., sodaß das ganze Paket 8 1/2 Pf. wog. Für die Kiste habe ich 1 Mark zahlen müssen; das Porto betrug 1 M. 15 Pf., der Zoll 45 Pf., sodaß das Pfund galizischer Butter mir auf 1 M. 35 Pf. zu stehen kommt. Hoffentlich dient diese Mitteilung anderen zur Warnung.

Die für die städtische Straßenreinigung verantwortlichen Personen nehmen sich vielleicht den folgenden aus Magdeburg berichteten Vorfall zur Notiz: Der Kaufmann V. beabsichtigte am Neujahrstage dieses Jahres früh etwa um 9 Uhr von der Himmel-reichstraße über den Breitenweg hinweg nach der Märstraße zu reiten. Es herrschte nebligtes Frostwetter, so daß das Asphaltpflaster des Breitenwegs überaus glatt war. Gleichwohl war an der Ueber-gangsstelle in seiner Weise durch Bestreuen mit Sande getroffen, um die Passage zu sichern. Infolge dessen stürzte das Pferd des V. und zwar so unglücklich, daß es einen Schädelbruch erlitt und unter Qualen nach 24 Stunden verendete. Herr V. klagte nun gegen die Stadt Magdeburg auf Ersatz des Wertes des Tieres mit 2000 M. Er behauptete, wenn die Stadt die zum Ver-lehr für Fuhrwerk und Reiter bestimmte Fahrstraße mit einem im Winter so gefährlichen Zustand, wie Stampf Asphalt, belege, habe sie auch die Verpflichtung, die Pferdebesitzer durch Bestreuen gegen Gefährdung ihres Eigentums zu sichern. Darin, daß die Organe der Stadt diese Pflicht vernachlässigt hätten, fand er großes Verschulden derselben. Nach dem bürgerlichen Gesetzbuche habe die Stadt für dessen Folgen. Die Beklagte verweigerte demgegenüber darzulegen, daß gestreut gewesen sei. Ihre Behauptung wurde aber durch die Beweisnahme widerlegt und die Stadt Magde-burg verurteilt, Herrn V. 2000 M. zu zahlen und sämtliche Kosten zu tragen.

Dreißig Auserkorene aus dem Rechtsanwaltsstande Berlins hat der Präsident des Reichs-Militärgerichts als Ver-seidiger vor diesem Gericht zugelassen. Bekanntlich stellt die famose neue Militärgerichts-Ordnung die Zulassung der Verteidiger bei Militärgerichten völlig in das Belieben der Militärbehörden.

Zu der Volkszählung am 1. Dezember erläßt der Polizei-präsident eine Bekanntmachung, der wir den Hinweis entnehmen, daß die Haushaltungsvorstände nur die Zählpapiere in Empfang zu nehmen haben und sie gemäß der Anweisung ausfüllen oder durch geeignete Vertreter ausfüllen lassen müssen. Vom 1. Dezember, mittags 12 Uhr ab, sind die Papiere zur Abholung durch den Zähler bereit zu halten. Die Vieh- und Obstbaumzählung wird nicht nach Haushaltungen, sondern nach Gehöften vorgenommen, und die Besitzer können die Zählung, namentlich der Bäume, dadurch sehr erleichtern, daß sie schon vor dem Dezember sich über die Zahl der Bäume, nach den vier Hauptsorten getrennt, vergewissern, um sie dann später in die Zählkarte einzutragen. Die durch die Zählung gewonnenen Nachrichten über einzelne Personen und deren Besitz werden niemals veröffentlicht oder für andere als statistische, besonders auch nicht für steuerliche oder fiskalische Zwecke benützt. Die Zählpapiere selbst werden nach beendeter Arbeit ein-gesammelt, jedermann darf danach insbesondere auch sicher sein, daß die Angaben seiner Zählkarte über Alter, Vermögen, Staats-angehörigkeit, Militärverhältnis, Beruf und Erwerb, etwaige Mängel und Gebrechen usw. niemals vor unberufenen Augen kommen oder an die Öffentlichkeit gelangen werden.

Bei der Arbeiterschaft Berlins darf wohl entsprechendes Verständnis für die hohe Bedeutung der Volkszählung vorausgesetzt werden, und es steht wohl außer Frage, daß sie den Zählern ihre schwierige Arbeit nach besten Kräften er-leichtern wird.

Die Schule im Dienste der Volkszählung. Zur Erleichterung der Volkszählungsarbeit ist vor fünf Jahren von Berliner Ge-meindefachlehrern der Versuch gemacht worden, in den oberen Klassen die Zählbriefe mit den Kindern durchzusprechen und diese in der Ausfüllung der Karten zu unterstützen. Die Kinder mußten in ihren Diarien die ihnen diktierten Fragen der Karten für sich und ihre Familienangehörigen beantworten und das Ganze bis zum Zählungs-tag aufbewahren. Das Verfahren hat sich damals gut bewährt. Die Kinder haben ihre Sachkenntnis nicht nur in der eigenen Familie, sondern auch bei den Nachbarn verwendet, und die von ihnen aus-gesüllten Karten waren meist einwandfrei. In Vorkriegszeiten ist an-geregt worden, jenen Versuch bei der diesjährigen Zählung zu wiederholen.

Die Sternberg zu seinen Millionen kam. Aus Sternbergs Vergangenheit werden in den Münchener Neuesten Nachrichten allerlei interessante Dinge veröffentlicht, die zwar nicht alle ganz neu sind, aber angesichts des gegenwärtigen Prozesses doch eine Auf-schüttung verdienen. Seit mehr als 20 Jahren macht Sternberg schon von sich reden, bald in der Welt oder halb welt, in der man sich nicht langweilt, bald an dem Ort, an dem er seine Millionen zusammenraffte, an der Börse. Er hat viele Opfer auf dem Gewissen, denn es war das unabwendbare Schicksal der Sternbergschen Unternehmungen, sie gingen zu Grunde und die Aktionäre verloren ihr Kapital. Eine der ersten „Gründungen“ August Sternbergs war die Vereinsbank. Sie wurde 1881 ins Leben gerufen und schien sich entwickeln zu wollen, denn sie verteilte im ersten Jahr 12,75 Proz. Dividende. Sie entwickelte sich auch — ganz im Interesse Sternbergs. Die Dividenden sanken und langten schließlich auf dem Nullpunkt an. Die Aktien wurden an der Börse gar nicht mehr notiert und konnten höchstens als Topfeten Verwendung finden. Die Aktionäre jammerien, aber bei der Liquidation schien ihnen wenigstens ein kleiner Teil ihres Vermögens gerettet werden zu sollen — man bot ihnen 40 Proz. Das war an und für sich schon mehr als eine Pleite erster Güte; zu einem hervorragend skandalösen Betrag wurde sie aber erst dadurch gesteigert, daß man den Aktionären die 40 Proz. nicht in Bar gab. Wenn Sternberg jemand die Taschen leeren wollte, so beforgte er das Geschäft gründlich, und so gab er ihnen die 40 Prozent in Aktien der Stalder Kohlenwerke. Das war eine der vielen Gruben, die er andern gegraben hat. Sternberg ist ein Meister der Schiebungen gewesen. Er gründet Banken, diese gründen wieder andre Unternehmungen, und nun werden die Millionen zwischen diesen verwandten Instituten hin- und hergeschoben, daß kein Mensch mehr Flug daraus wird. Nur über den schließlichen Verbleib ist man sich klar, sie gelangen alle in den Armbaum Stern-bergs. Das Schieben war auch ein Charakteristikum der Weimarer Bank. Das Gesamtkapital dieser Bank wurde durch 11 720 Stimmen repräsentiert, und von diesen gehörten 8000 der „Häuser“ und Grundbesitzer-Aktiengesellschaft“, die sich rühmen kann, auch von Sternberg gegründet zu sein. Die Aktien dieser Gesellschaft aber befanden sich hinstweberum im Eigen-tum der Weimarer Bank, die von der Aktiengesellschaft ein Kapital von 9 Millionen Mark zu fordern hatte. Der Mitarbeiter der Münch. N. Nachr.“ präcisiert dieses Verhältnis kurz dahin, daß zwei Drittel aller Aktien der Weimarer Bank sich in deren eigenem Besitz befanden. In der Bilanz vom 15. Januar 1894 waren Kontokorrent-Debitoren nicht weniger als 17 111 490 M. aufgeführt. Die Grundbesitz-Aktiengesellschaft hatte im Jahre 1892 auch Kreditoren für 9 392 651 M., und das bei einem Aktienkapital von 500 000 M. Zwei Jahre später arbeitete dieses herrliche Unternehmen schon mit einer Unterbilanz von zwei Dritteln des Grundkapitals.

Zur Agitation für den Achtubruch. Am heutigen Freitag, abends 8 Uhr, finden zur Agitation für den Achtubruch-Laden-schutz zwei Versammlungen statt. Im Friedrichs-Platz-Kasino, Friedrichstr. 236, spricht Herr Dötting-Hamburg, in den Vorort-Pla-

Der Kartenbrief geht in seiner Verwendung immer mehr zurück. Während im Jahre 1898, dem ersten vollen Kalenderjahre nach seiner Einführung, noch über 8 Millionen abgesetzt worden waren, wurden im Jahre 1899 noch Ausweis der amtlichen Statistik nur noch 4 299 136 Stück, also nicht viel mehr als die Hälfte, abgesetzt. Was das heißt, wird klar, wenn man bedenkt, daß der Verbrauch von fünfzifferigen Postkarten in den beiden Jahren von 538 auf 653 Millionen gestiegen ist.

Zum Studium der Pariser Untergrundbahn wird die städtische Verkehrsdeputation mehrere Mitglieder nach der Hauptstadt Frankreichs entsenden. Die Herren werden Mitte Dezember in Paris eintreffen.

Die erste Probefahrt auf der elektrischen Hochbahn ist erst am Mittwoch unternommen worden, da die Firma Siemens u. Halske von der anfänglichen Absicht, schon zu Anfang dieses Monats Probefahrten anzustellen, aus betriebswirtschaftlichen Gründen hatte abziehen müssen. Nachdem die schon fertigen Hauptanlagen der Bahn durch den Polizeipräsidenten v. Windheim und einige höhere Beamten des Polizeipräsidentiums eingehend besichtigt worden waren, nahmen diese Herren an der Probefahrt teil. Es wurde im Weisem des bauleitenden Oberingenieurs mit einem Motorwagen auf der Hochbahn vom Schlesischen Thor über das Kottbuser Thor bis zur Haltestelle Pringelstraße gefahren. Das Ergebnis war durchaus befriedigend. Bei einer Fahrgeschwindigkeit von 15 Kilometer in der Stunde entstand keinerlei Geräusch. Auch das Geräusch ist, dank der Kießbettung, auf der die Geleise ruhen, nur sehr gering. Die Beförderung der Kraft ebenso wie des elektrischen Lichts zur Beleuchtung des Motorwagens erfolgt zur Zeit von der inmitten der Geleispfade angeordneten Zuführungsschiene durch einen feilischen Stromabnehmer, der provisorisch im Wagen selbst angebracht worden ist. Später, bei ordnungsmäßigem Betriebe, wird der Stromabnehmer dem Drehgestell angehängt werden. Die Probefahrten werden nunmehr planmäßig fortgesetzt werden.

Ein Hausdieb, der seit Jahren in einem hiesigen Warenhaus angestellt war, ist in der Person eines Hausdieners wieder verhaftet worden. Die Verwaltung des Hauses nahm seit langer Zeit wahr, daß kleinere aber wertvolle Sachen, wie kostbare Operngläser, Uhren und dergleichen abhandelt worden. Alle Nachforschungen führten zu keinem Ergebnis, auf den langjährigen Hausdiener Wiese aber, der im Padraum beschäftigt war, hatte niemand Verdacht. Ein Zufall entlarvte ihn schließlich. Ein anderer Hausdiener fand einen Pfandschein über ein Opernglas mit Verklammerung, das für zehn Mark verpfändet worden war, und übergab ihn der Polizei. Wenn der Schein auch auf einen anderen Namen lautete, so ermittelte man durch die Personalbeschreibung doch bald, daß Wiese der Pfandgeber war. Nach seiner Verhaftung förderte eine Hausdurchsichtigung noch mehr dergleichen Scheine zu Tage. Trotzdem leugnete Wiese anfangs, später aber gestand er, daß er die Diebereien schon längere Zeit betrieben hatte. Er wurde daraufhin dem Untersuchungsrichter zugeführt. Der Dieb hatte es verstanden, die Sachen unbemerkt vom Padraum wegzuschaffen und sie dann sofort bei verschiedenen Pfandleihern verpfändet.

Ein Finanzgenie im Kleinen. Der Fleischer Karl Schmidt, der in der Udemstr. 10 ein Kolonialwarengeschäft betrieb, hat zahlreiche Kunden um ihre Ersparnisse betrogen. Schmidt hatte längere Zeit eine Umtauschstelle des Spar- und Nachbattereins Norden. Dieser Verein glebt Sparmarken aus, die an verschiedenen Stellen gegen Wertmarken umgetauscht werden. Die Wertmarken werden am Jahresabschluss, vor Weihnachten, von der Geschäftsstelle eingelöst. Schmidt gab nun den Leuten, die bei ihm Wertmarken einzulösen wollten, nicht solche, sondern Papierstücke, die er mit der Aufschrift „1 Mark Robatt“ oder höheren Beträgen und seinem Geschäftsposten verfaß. Er schickte immer vor, daß er keine Zeit gehabt habe, die richtigen Wertmarken von der Geschäftsstelle zu holen. In Wirklichkeit aber hatte er die Wertmarken für sich verwendet und die Leute um ihre Ersparnisse gebracht. Als dem Vorstand das Verhalten Schmidts verdächtig zu werden begann, nahm er ihm die Umtauschstelle ab. Schmidt aber verkaufte schließlich sein Geschäft und bezog „unbekannt“. Bei der Staatsanwaltschaft wurde jetzt die Strafanzeige gegen ihn erstattet.

Ein ausgebeutetes System von Omnibuslinien beabsichtigt eine neue Gesellschaft herzustellen. Es handelt sich um die Herstellung von fünfzifferigen Linien, welche sich untereinander verbindend, ein vollkommenes Verkehrsnetz bilden sollen.

Eine zweifelhafte Verkehrshilfe auf der Stadtbahn erfolgte gestern früh. Gegen 6 Uhr versagte die elektrische Blockeinrichtung auf dem Schlesischen Bahnhof, wodurch die Bedienung der gesamten Signalanlagen der Stadtbahn für die Fahrtrichtung Charlottenburg-Schlesischer Bahnhof unterbrochen wurde. Es mußte infolgedessen bis zu der bald nach 8 Uhr erfolgten Beseitigung der Störung jeder Zug dieser Fahrtrichtung vor jedem Bahnhof und jeder Blockstation halten, bis er auftrag zur Weiterfahrt erhielt. Hierdurch traten schließlich Verspätungen bis zu einer Stunde ein, was namentlich von den Scharen der die Bahn benutzenden Arbeiter unangenehm empfunden wurde. Leichter fanden sich die Schiffer der verschiedenen Lehnanlagen mit der Bahnstörung ab. Sie befanden sich auf Ausstellung einer Bescheinigung durch den Bahnhofsvorsteher und besetzten sich dann zumeist nicht sonderlich, die verloren gegangene Zeit nachzuholen. Wie vieles andere, so ist auch diese lange anhaltende Störung auf den Bureaualtruismus unserer Eisenbahnverwaltung zurückzuführen. Sobald früher die elektrische Leitung irgend einer Blockstation nicht funktionierte, hatte der Vorsteher des nächstgelegenen Bahnhofs die Befugnis, den Apparat zu öffnen und, wenn möglich, die Fehler zu beseitigen. Längere Störungen auf weiten Strecken gehörten daher auch zu den größten Seltenheiten. Durch eine neuerdings erlassene Verfügung ist nun, wie das „Berl. Ztbl.“ meldet, aber den Stationsbeamten jeder Eingriff in den Betrieb der Blockstation untersagt. Sollte das ein Fortschritt sein?

Zwei falsche Sittenbeamte sind festgenommen worden. Frauen bei denen unter Kontrolle stehende Mädchen wohnen, erhielten mehrfach den Besuch von zwei Männern, die sich für Sittenbeamte ausgaben und auch eine Metallmarke vorzeigten. Sie drohten den Vermieterinnen sowohl wie den Mädchen mit Anzeigen, ließen aber durchblicken, daß es in ihrer Hand liege, auch davon Abstand zu nehmen, wenn sie auf Erkenntlichkeit rechnen könnten. In mehreren Fällen gelang es ihnen, Geld zu erpressen. An einer Stelle aber gab man vor, augenblicklich nichts zu besitzen, und hat die angelegenen Beamten, am nächsten Tage wiederzukommen. Unterdessen machte man Anzeige bei der Sittenpolizei und diese nahm nun die Exzesse fest. Es sind zwei Kaufleute, die einst bessere Tage gesehen haben und die jetzt offenbar durch die Vorgänge, welche im Sternberg-Prozess aufgedeckt wurden, auf ihr neuestes Metier gebracht worden sind.

Ein ungetreuer Postbeamter ist gestern in der Person des Voten Gustav Günther vom Postamt 18 in der Landbergerstraße festgenommen worden. Günther bestellte Briefe in der Landberger- und Katharinenstraße. Aus seinem Postfach wurden mehrfach Klagen laut, daß Sendungen nicht angekommen waren. Bei Beobachtungen, die man anstellte, erregte es Verdacht, daß Günther, der in der Linienstraße wohnte, häufig bei der Rückkehr von seinem Postgang sofort den Abort aufsuchte. Als das auch gestern wieder geschah, schritt man zu einer Durchsichtigung und fand 83 Briefe, die der ungetreue Vote beiseite geschafft hatte. Nur die eingeschriebenen Briefe hatte er besteuert. Günther wurde sofort seines Amtes entbunden und in Untersuchungshaft genommen. Ob er auch den Inhalt von Briefen, etwa eingelegte Marken, unterschlagen hat, bedarf noch der Untersuchung.

Viel Aufsehen erregt das spurlose Verschwinden des Delikatwarenhändlers und gerichtlichen Sachverständigen Fritz Kapfke, Lützowstr. 60, der seit dem 26. September d. J. von Berlin abwesend ist. A. der seit dem Jahre 1880 in der Königstraße etabliert war

und aus kleinen Anfängen heraus zu großem Wohlstand emporgearbeitet hat, war schon seit längerer Zeit sehr nervös. Am 26. September teilte er seinem Geschäftsvater mit, daß er für einige Zeit nach Helgoland und von dort nach der Pariser Weltausstellung fahren werde. Danach entfernte er sich, und man hat seither nichts von ihm vernommen.

Die für Sonntag, den 18. d. M., im königlichen Schauspielhaus angeordnete Mittagsvorstellung um Gunsten der Unterstufungskassen des Vereins „Berliner Presse“ muß um 14 Tage verschoben werden, da die Vorbereitungen zu der Pantomime „la main“ mit so großen Schwierigkeiten verbunden sind, daß sie in dieser kurzen Zeit nicht zu Ende geführt werden können.

Cirkus Busch. Ganz unheimliche Künste waren es, in denen Herr Kössner sich gestern im Cirkus vor einer geladenen Gesellschaft produzierte. Das Fesselspringen ist zur Zeit im Artistenleben etwas so gewöhnliches wie das Schwören gewogener Erde in forensischen Sensationsdramen; aber das, was unser Hamburger Künstler zuwege brachte, übersteigt alle Begriffe. Herr Kössner ließ sich von Leuten, die denen von abgetartem Spiel auch nicht entfernt die Rede sein konnte, nicht allein Hände und Füße umständlich verschüttern und verriegeln, sondern auch an Hals und Kumpffesseln, und wartete in dieser Beschränkung mit Kunstfertigkeit auf, die gewöhnliche Sterbliche mit ihren zehn in Freiheit dressierten Fingern kaum auszuführen im Stande sind. Unser Künstler gab im gebundenen Zustande u. a. auf drei oder vier Instrumenten ein in Wagnerischer Richtung empfindendes Konzert zum Besten und komplettierte ebenfalls recht erfolgreich seine Toilette. Diese Kunstfertigkeit machte einen höchst herzergreifenden Eindruck und weckte in uns aufs neue den freudigen Glauben an die Unbegreifbarkeit des menschlichen Geistes. Denn, so kaskadiert wir, mag die Menschheit auch noch so arg von den Mächten der Finsternis in Ketten geschlagen werden; es finden sich doch immer geschickte Leute, die ihr aus schlimmster Bedrängnis einen Ausweg sichern. Einen verblüffenden Eindruck machten auch die Hypnotisierungen, die Herr Kössner an einigen Mitgliedern der Gesellschaft vornahm.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. In der letzten Magistratsitzung wurde das Bauprogramm des städtischen Krankenhauses endgültig genehmigt. Der Ankauf des Platzgrundstücks ist noch immer nicht zu stande gekommen; jedenfalls glauben die Vertreter der Entzuges-Religion mit dem Verkauf ein gutes Geschäft zu machen. Um aber eine Verzögerung der Vorarbeiten mit Rücksicht auf den festgesetzten Arbeitsplan und den für Anfang Herbst 1901 in Aussicht genommenen Baubeginn durch die Weigerung nicht herbeizuführen, beschränkte sich die Stadtverwaltung auf die Auffstellung eines Projekts für das von ihr bereits erworbene Terrain. Dieses ist für eine Anlage mit etwas verminderter Bettenzahl vorgesehen. Die Ausführung des Baues soll zunächst nur in einem Teil erfolgen und zwar ist nach Maßgabe der gefassten Beschlüsse ein Krankenhaus für 300 Betten vorgesehen.

Adlershof. Nach einer Bekanntmachung des Gemeinde-Vorstandes soll am Sonnabend die Einweihung der neubauten Kirche in Anwesenheit der Kaiserin erfolgen. Hauptsächlich wird dem Grafen Mirbach, der sich unter der Begleitung befindet, die Freude an der Einweihung nicht verleidet, wenn er erfährt, daß die Adlershofer Einwohnerschaft zu zwei Dritteln aus Socialdemokraten besteht, welche von ihm so geschmeichelt als Rhinogerosse bezeichnet worden sind. Wie bei der Grundsteinlegung, so wird auch diesmal die Arbeiterchaft Gelegenheit nehmen, über die Jurisdiction der Kirchenbauten sich zu äußern und es findet daher am Sonntag, nachmittags 4 Uhr im Schmauserischen Saale, Widmarstraße 18, eine Volksversammlung statt. Bekanntlich haben nach der Grundsteinlegung sofort an 80 Einwohner ihren Austritt aus der Kirchengemeinde erklärt.

Die Errichtung eines Elektricitätswerks in Potsdam scheiterte bisher an dem Widerspruch des magnetisch-meteorologischen Instituts auf dem Drauhansberge, welches eine Störung der Magnetnadel durch die Elektricität befürchtete. Wie nunmehr der Oberbürgermeister Jähne in einer Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins in Potsdam erklärt hat, wird sich der Widerspruch durch ein besonderes System beseitigen lassen, indem eine doppelte Oberleitung für Zu- und Abführung des elektrischen Stroms eingeführt werden soll. Es steht hiernach zu erwarten, daß die Potsdamer städtischen Behörden nunmehr mit etwas mehr Eile die Einführung der Elektricität für Licht- und Kraftzwecke fördern werden, zumal die Straßenbahn, eine Vorortbahn und die städtische Kläranlage die Sache rentabel machen würden.

Aus Rixdorf. Wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an einem Schulmädchen, wurde der wohnungslose Arbeiter Otto Kusch gestern verhaftet und in das Amtsgerichts-Gefängnis eingeliefert. Die Omnibuslinie Rixdorf-Rosenfelder Thor geht mit dem 15. d. M. ein, angeblich, weil die Gesellschaft der Kontrahenten der Straßenbahn nicht mehr gewachsen ist. Mit einem gestohlenen Fuhrwerk wurde der Arbeiter Rudolf Richter aus Berlin hier festgehalten. A. hatte das Fuhrwerk in der Waldemarstraße gestohlen, wo es der Besitzer, Handelsmann May aus der Uferstr. 21, kurze Zeit ohne Aufsicht hatte stehen lassen. Ein Freund des May erkannte das Fuhrwerk und veranlaßte die Verhaftung des Spitzbuben.

Straßenverfrömmung. In Wilmersdorf hat die frühere Hagenauerstraße seit dem 1. Oktober die Bezeichnung Ludwigstraße erhalten. Um zu verhüten, daß Rohrpostsendungen, welche die alte Bezeichnung Hagenauerstraße tragen, auf das Postamt 68 (Danzigerstraße) geleitet werden, wird von amtlicher Stelle empfohlen, bei Rohrpostsendungen sich der neuen Straßenbezeichnung zu bedienen. — Bekanntlich liegt an dieser Straße die Ludwig Windthorststraße.

Gerichts-Beilage.

Die preussische Polizei-Macht. Gelegentlich des Färberstreiks in Aresfeld wurden vier Streikposten von Polizeibeamten aufgefordert, sich aus der Umgebung der beobachteten Fabrik zu entfernen. Die Arbeiter bestritten, hierzu verpflichtet zu sein, und kamen der Anforderung nicht nach. Es legte deshalb Anklagen gegen Veruntreuer und Genossen wegen Verletzung der Straßen-Polizeiverordnung für Aresfeld, worin es heißt, daß sich derjenige strafbar mache, der Anordnungen von Polizeibeamten, welche zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ergehen, nicht Folge leistet. In zweiter Instanz wurden die Angeklagten zu Geldstrafen verurteilt. Das Landgericht führte begründend aus: Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme hätten die Polizeibeamten davon Kenntnis erhalten, daß sich die in der Fabrik beschäftigten Lehrlinge vor den Streikposten gesammelt und Bedenken gehabt hätten, in die Fabrik zu gehen. Ebenso sei den Beamten bekannt geworden, daß auch die Arbeiter, die dem Fabrikherrn von einem befreudeten Arbeitgeber zur Verfügung gestellt wurden, sich durch die Streikposten geniert fühlten. Somit hätten die Beamten ein Recht gehabt, die Posten wegzurufen, und diese hätten ihrem Verlangen folgen müssen. — Die Angeklagten legten Revision ein und betonten, daß sie sich durchaus ruhig verhalten hätten und zu irgendwelchen Verstärkungen hinsichtlich der öffentlichen Ordnung absolut kein Anlaß gewesen sei. Das Kammergericht wies aber die Revision mit folgender Begründung zurück: Der Vorderrichter habe die Straßen-Polizeiverordnung vom 26. März 1900 in Verbindung mit § 366 Nr. 10 des Strafgesetzbuchs richtig angewendet, denn er habe festgestellt, daß die Beamten die öffentliche Ruhe beeinträchtigt „glaubten“ und deshalb die Angeklagten zum Weitergehen aufforderten. Ob die Beamten von zutreffenden Voraussetzungen ausgingen, darauf komme es nicht an. Maßgebend sei ihr pflichtgemäßes subjektives Ermessen. Sei hier nun die Anforderung zum Weitergehen im Interesse der öffentlichen Ruhe berechtigt gewesen, so seien die Angeklagten wegen der Nichtbefolgung strafbar.

Verfassungen.

Köpenick. Am 14. November er fand hier wieder eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung zum Zweck der Stadterordnetenwahl statt. Nachdem die Versammlung beschloßen hatte, von der Auffstellung des Kandidaten Adolf Schulz Abstand zu nehmen, da sein Verhalten gegenüber der socialdemokratischen Partei dazu zwingt, hielt Genosse Theodor Meyner einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Was fordern wir von unserer Kommunevertretung?“ Da der überwachende Beamte um 10 Uhr die Versammlung der „Polizeistunde“ wegen auflöste, konnte die weitere Tagesordnung nicht erledigt werden. — Gegen den Beamten soll unter Hinweis auf den Beschluß des Ober-Verwaltungsgerichts Strafantrag eingereicht werden.

Friedrichshagen. Am Sonnabend, den 10. d. Mts., tagte in Altes Gesellschaftshaus hier selbst eine sehr gut besuchte Volksversammlung. Fritz Jubel referierte über: „Die politische Lage.“ Der Referent erzielte nach seinem zweistündigen Vortrage reichen Beifall. In der Diskussions appellierte Sonnenburg an die Anwesenden, der politischen Organisation beizutreten. Die Beschlußfassung über die Gründung einer Parteipublikation wurde vertagt. Die Debatte über Gründung eines Gewerkschaftshauses mußte der vorgerückten Zeit halber ebenfalls abgebrochen werden.

Humantätige Gemeinde. Morgenstr. 47, im oberen Saale des Brandenburger Hauses, Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Rudolf Penzig: Erster Vortrag seines Vortragszyklus: „Der Weg zum Glück.“ Hindernisse des Glücks. — Damen und Herren haben freien Zutritt.

Deutsche Gesellschaft für ethnische Kultur. Freitag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vespaal, Unter den Linden 16 (Gartenhaus): Herr Anwalt Hermann Stern über: „Kolonialwesen und ethnische Kultur.“ Nach dem Vortrag: Diskussion.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen, gegr. 1892. Heute abend 9 Uhr in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20: Geschäftliche Sitzung. Tischlerverein zu Berlin. Sonnabend, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, Reichsstraße 15: Versammlung. Vortrag des Schriftführers Herrn R. Schütte.

Vermischtes.

Aus Rom erhalten antisemitische Blätter folgende seltsame Nachricht: „Eine neue Spur wird in der Winterischen Nordangelegenheit seit einigen Tagen von hier anwesenden Privatdetektives verfolgt. Die königliche Staatsanwaltschaft unterstützt die privaten Streifungen, die wirklich Schuldigen zu ermitteln. Als Ausgangspunkt der neuen Recherchen dient der Schneidermeister Plathische Sad nebst Nachpapier, in welchem der Leichnam Winters gefunden wurde. Es ist jetzt eine Richtung gefunden worden, wo die Kadaverwand geblieben sein kann. Ueber den gegenwärtigen Stand der Ermittlungen wird größtes Stillschweigen gewahrt. Auch in Berlin finden dieserhalb Nachforschungen statt. In den nächsten Tagen wird ein Haus, welches in der Nähe der Winterischen Wohnung liegt, einer gründlichen Durchsichtigung unterzogen werden; man spricht auch schon von Nachgrabungen usw. Hier hat sich ein Komitee gebildet, welches Detektives engagieren will, denen weitere Ermittlungen bezug. Aufklärungen übertragen werden sollen.“ Von dem Wicken der Detektivinstanzen haben verschiedene Gerichtsverhandlungen und neuerdings erst die Sternberg-Affaire ein recht appetitliches Bild gegeben. Man muß der Nachricht, daß ein Staatsanwalt das Treiben solcher Gesellschaften untersagt, trotz allem wohl einige Zweifel entgegen bringen.

Das Reisegepäck einer Theaterprinzessin. Man schreibt der „Voss. Ztg.“ aus Paris: Sarah Bernhardt hat eine Gastspielreise nach Amerika angetreten, nachdem sie mit dem „Aiglon“ die Sahne der Theatererinnahmen während der Ausstellungszeit abgeholt hat (rund 2 100 000 Fr. in sechs Monaten!). Ehe sie sich einschiffte, ließ sie nach ihrer majestätischen Gewohnheit ihren Leib-Intervierver kommen, eröffnete ihm nachlässig, daß sie „hinübergehe“, um sich ander 2 Millionen zu holen, und billigte ein Verzeichnis der wichtigsten Toilettestücke, die sie mitnimmt. Die Liste ist fastlich genug, um auch den verwöhntenen Landsleuten der Frau Gould und Frau Astor zu imponieren. Hier ist sie: 16 Hüte, 9 Pelzmützen, 60 Kleider, 120 Paar Schuhe. Ein Koffer Parfümerie, ein Koffer Hausmittel, 28 Strahemäntel, 48 Regenschirme, 220 Paar Handschuhe, 8 Pelz-angänge, 25 Schlafrode. Wohl gemerkt: die Theaterkostüme sind nicht mitgerechnet. Die sind eine Welt für sich, die mit der andern Welt, der einer Dame der Gesellschaft und ihrer Garderobe, nichts gemein hat. 88 ungeheure Koffer verschiedener Form, doch gleich kräftiger Bauart, sind bestimmt, diese Kostbarkeiten aufzunehmen. Für die Etüde, die Sarah Bernhardt mitnimmt, um sie drüber zu spielen, genügt dagegen ein winziges Kästchen. Es sind ihrer nämlich wohlgehabt vier. Die Schauspielerin läßt sich von einem Rouffeur begleiten, einem Künstler seines Fachs, den die Theaterprinzessin einander streitig machen. Zuletzt hatte die Köhne ihn geangelt und Sarah Bernhardt war höchst genug, ihn ihr wegzufischen. Was die Nebenbuhlerin ihr wünscht, ist leichter gedacht als gesagt.

Wartypresse von Berlin am 14. November 1900

Table with 4 columns: Zeitung, Preis, Anzahl, and other details. Includes entries for 'Wegener', 'Koggen', 'Weich', 'Höfer', 'Richtroß', 'Deu', 'Orßen', 'Speisekohlen', 'Linsen'.

Produktionsmarkt vom 15. November. Der Verkauf auf dem Getreidemarkt hielt sich heute in sehr engen Grenzen bei schwacher Tendenz. Die Ausdauer der milden Witterung, niedrigere amerikanische Notierungen, sowie auch russische Okeren bewirkten zu Beginn einen Preisrückgang. Später versank die höhere Notierungen, die von den österreichisch-ungarischen Märkten eintraten, eine Erholung für Weizen und Roggen. Heller war bedauptet. Rüböl stellte sich auf die gestrige Notierung in Paris 0,20 R. niedriger. Spiritus. Der Roco Spiritus notierte 48,60 R. oder 20 Pf. niedriger.

Witterungsüberblick vom 15. November 1900, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Witterung. Lists stations like Eutin, Danzberg, Berlin, Frankfurt, München, Wien.

Wetter-Prognose für Freitag, den 16. November 1900. Mild und zeitweise anflarend, vorwiegend trübe mit Regenfällen und ziemlich frischen südwestlichen Winden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. J. G. Berlin. Reichstagskassen können Sie nur im Reichstag erhalten.